

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verlagsdirektor: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 4. Januar 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verlagsdirektor: Amt IV. Nr. 1984.

## Der Bülow-offiziöse Reichsverband der Fälscher.

Die Dokumente intellektueller und moralischer Minderwertigkeit, die im Handbuch des Bülow-Verbandes, dem Handbuch für nicht-sozialdemokratische Wähler, zusammengestellt sind, diese schamlose Selbstbrandmarkung der Reichsverbandsmacher, sind zugleich trostlose geistige Armutzeugnisse für Deutschlands herrschende Klasse. Die Kampfesweise des Reichsverbandes, schmutzig wie eine gefüllte Kloake und dumm wie die geistigen Erzeugnisse eines Vereins von Schuppenstebtern, ist Deutschlands Junkern und Bourgeoisie ja gerade gut genug gegen die große Bewegung des Proletariats. Gegen eine weltgeschichtliche Erscheinung, gegen die aufstrebende Klasse einer neuen Welt hat die herrschende Klasse durch den Mund ihres ersten Geschäftsführers, des Reichsanzlers Bülow, Klopffechter bestellt, die von den Kampfmännern der Massenbuben nur der Umstand unterscheidet, daß ihnen die — Ehrlichkeit der Massenbuben fehlt. Es ist in der Tat eine Preisfrage, wovor man größeren Ekel empfinden soll, vor der Dummheit oder vor der Verlogenheit des Reichsverbandes, das sich Handbuch für nicht-sozialdemokratische Wähler nennt. Hässlich verächtlichst haben diese beiden Vaten des Schmutzbuches über jede seiner Seiten gemacht, bald in Arbeitsteilung neben einander hergehend, bald zum edlen Werke getreulich zusammenwirkend. Die Dummheit wiegt vor in den sachlichen Partien, aus denen uns eine geistige Lede, Oberflächlichkeit und Verständnislosigkeit entgegen grinst, der wir Sozialdemokraten uns freuen können, wenn uns „Vaterlandlose“ nicht doch tiefes Bedauern antwandelte, daß das Volk der Denker in seiner herrschenden Klasse also enden muß. Von der Rettung der nationalen Ehre fassen die Blätter der „nationalen“ Parteien. Wir akzeptieren das Wort. Die nationale Ehre ist zu retten vor der frechen Anstiftung durch die den Geist verblödhende und die öffentliche Sittlichkeit zerstörende Agitation des Reichsverbandes, des Wahlführers des Bülow-Kurses, des Preisfuchters der einen reaktionären Masse.

Die sachlichen Partien des Handbuchs sind indes nicht die Hauptfläche für seine Macher. Sie nehmen sich mühtüm und farblos aus neben den anderen, in denen der Geist — wenn man hier von Geist reden darf — des Reichsverbandes in seiner ganzen Lebendigkeit sich tummelt. Hier ist sein Feld, in dem Angriff auf Personen, in der Beschuldigung und Beschmutzung sozialdemokratischer Führer ist er in seinem Element. Das sachliche Weiwert ist Pflichtarbeit, ungen und verdrossen geleistet, möglichst schnell heruntergehobelt. Die persönlichen Partien, das ist der Kern des Buches, das ist die Arbeit, die den Machern des Lügenverbandes liegt, Arbeit, mit innerem Behagen am unsauberen Handwerk, mit Lust und Liebe geleistet. Hier werden sie beredt, die Schmutzfedern des Reichsverbandes, hier entfalten sie ihre Kunst der Fälschungen in ganzer Größe. Steht der sachliche Teil unter der holden Protection der Dummheit, so die Partien des persönlichen Aufwurfs unter der nicht minder holden Protection der Verlogenheit, der wissenschaftlichen Fälschung. Wobei freilich hier und da immer wieder die Dummheit der Fälscherkunst den Drei durch Mitarbeit verdorbt — da nun einmal Leute von Intelligenz sich zu solch schmutziger Arbeit nicht herzugeben pflegen. Was man ihnen nicht verdenken kann!

Ein treffliches Beispiel von solchem Zusammenwirken von Fälscherkunst und Dummheit ist der Artikel „Arbeiterpartei“. Er hebt an:

„Die Sozialdemokratie gibt vor, die Arbeiterschaft vertreten zu wollen. Die Zusammensetzung ihrer Fraktion in dem eben aufgelösten Reichstage läßt dies nicht gerade erkennen! Ihre Abgeordneten waren zu drei Fünfteln Schriftsteller oder Parteibeamte, der Rest zum größten Teil Fabrikanten, Buchdruckereibesitzer, Gastwirte...“

Die Macher des Handbuchs haben indes schon einmal gehört, daß ein Redner, der sich dieser Argumentation bediente, von sozialdemokratischer Seite sofort auf den Sand gesetzt wurde durch den Hinweis, daß die übertriebene Mehrheit der jetzigen Schriftsteller, Parteibeamten, Fabrikanten, Buchdruckereibesitzer und Gastwirte früher Arbeiter gewesen ist und eben wegen ihrer politischen Betätigung für die Arbeiterschaft aus ihrem ursprünglichen Verfassenden mußte. Und um solchen Einwand vorzubeugen, setzen die Handbuchschmierer folgende freche Lüge dreist aufs Papier:

„... Von dieser „Arbeitervertretung“ war auch nur ein sehr geringer Bruchteil überhaupt aus dem Arbeiterstande hervorgegangen.“

Das ist nun zweifellos eine sehr freche, aber auch eine sehr dumme Lüge, da sie sofort aufgedeckt werden kann. Aber die Macher des Handbuchs geniert das nicht. Sie haben sich eine prächtige Ausrede zurechtgelegt, mit der sie offenbar Leute, die über ebensoviele Intellekt, wie sie selber verfügen, über den wahren Sachverhalt glauben hinwegtäuschen zu können. Sie beweisen ihre Angabe, daß „nur ein sehr geringer Bruchteil“ unserer bisherigen Abgeordneten überhaupt aus dem Arbeiterstande hervorgegangen ist, durch eine seine Unterscheidung! Sie ziehen einen Trennungsschritt zwischen Arbeitern und Handwerkern! Buchdrucker, Lithographen, Metallarbeiter, Tabalarbeiter lassen sie als Arbeiter passieren, die Schneider, Buchbinder, Tapezierer, Drechsler, Schuhmacher, Tischler, Gärtner usw. aber sind nicht Arbeiter, sondern Handwerker! Auf diese Weise „beweisen“ die Macher des Handbuchs, daß unter den 1903 gewählten

81 sozialdemokratischen Abgeordneten nur 30 ehemalige Arbeiter waren! Die 25 ehemaligen Handwerksgesellen dürfen nicht zu den Arbeitern gerechnet werden im Interesse einer reinlichen Scheidung der Proletariat und der Besitzenden in der sozialdemokratischen Fraktion. Ehemalige Handwerker haben natürlich zu echten Arbeitern keinerlei Beziehung!

So genial fälschen die Macher des Reichsverbandes! Und mit solchen blöden Zeugnissen unzulänglichen Denvermögens sollen ernsthafte Männer sich auseinandersetzen!

Dabei wäre es noch Fälschung, wenn das Handbuch 55 ehemalige Arbeiter in der gewesenen Fraktion zugeben wollte. In Wirklichkeit sind nämlich 62 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion des aufgelösten Reichstages proletarischer Herkunft, ehemalige Arbeiter, und das Handbuch des Reichsverbandes vermag diesen Tatbestand nur dadurch zu verwirren, indem es eine Reihe ehemaliger Lohnarbeiter als ursprüngliche Schriftsteller, Fabrikanten, Buchdruckereibesitzer und Kaufleute vorführt.

Ist an dieser Leistung mehr die Dummheit zu bewundern, so erstrahlt dagegen die Fälscherkunst und Fälscherfrechheit umso mehr im Artikel „Arbeitergroßen“. Es ist das bis zum Ueberdruß gesungene und längst wirkungslos gewordene Lied von der Verfassung der blutigen Arbeitergroßen durch die Agitatoren. Die Reichsverbandsmacher haben ihm keine neue Note einfügen können — nach dem alten Klischee „beweisen“ sie an den Ausgaben der Gewerkschaften die Verschleuderung der Arbeitergroßen, die erschreckende Höhe der Verwaltungsausgaben, lägen, die das Wachstum der Gewerkschaften nicht verhindert haben und heute selbst „antirationalen“ Arbeitern nicht mehr imponieren. Nach alter, unehrwürdiger Tradition werfen die Macher des Schmutzbuches Gewerkschafts- und Parteibeiträge zusammen und durcheinander. Das alles ist altgewohnt und so armselig dumm, daß es hier kaum Erwähnung verdient.

Daneben enthält der Artikel aber ein paar Fälschungen, die wirklich bemerkenswerte Leistungen darstellen. Da heißt es nämlich:

„... Auch kann es als erwiesen gelten, daß 20000 Mark aus den für die streikenden Bergleute im Ruhrgebiet gesammelten Fonds für die russischen Revolutionäre verwendet worden.“

Diese Behauptung ist eine wissenschaftliche Lüge, denn die Macher des Reichsverbandes, die natürlich alle Äußerungen unserer Partei mit Aufmerksamkeit verfolgen, wissen ganz genau, daß diese Mähergeschichte im Ruhrrevier längst gerichtlich totgeschlagen wurde. Wissen ganz genau, wie sich die Sache in Wirklichkeit verhält, daß nämlich der Parteikassierer Genosse Gerisch die Sammlung für die Streikenden schloß, als die Streikleitung erklärte, daß sie genug habe, um ihre Verpflichtungen zu erfüllen und daß die nach Schluß der Sammlung eingelaufenen Gelder im Einverständnis mit den Gebern, die befragt wurden, dem kämpfenden russischen Proletariat überwiesen wurden!

Aber es kommt noch besser. Das Handbuch hemängt die hohen Gehälter der „Vorwärts“-Redakteure. Die Macher schreiben:

„In dem Bericht des Parteivorstandes für den Parteitag von 1906 sind bei dem Geschäftsbericht des „Vorwärts“ unter 111 Kosten 60 483,10 M. Redaktionsgehälter gebucht. Schwerlich sitzen in der Redaktion des „Zentralorgans“ mehr als acht bis zehn Redakteure. Es kommen also auf jeden circa 7000 Mark Einkommen. In dieser Weise werden die Arbeitergroßen verwendet, um den Herren „Parteifunktionären“ an der bekannten „Parteikrippe“ ein „proletarisches“ Futterplättchen zu sichern.“

Schamloser ist selten gefälscht worden. Die Quelle nämlich, auf die sich das Schmutzbuch des Reichsverbandes selbst beruft, ergibt ganz zweifelsohne, daß das Durchschnittsgehalt der „Vorwärts“-Redakteure nicht so hoch sein kann, wie das Handbuch es darstellt. Im Geschäftsbericht des „Vorwärts“, wie ihn das Mannheimer Parteitagprotokoll wiedergibt — und dem haben ja die Fälscher des Reichsverbandes, nach des Handbuchs eigenen Angaben, die Zahlen entnommen — steht folgendes zu lesen:

Redakteure, Korrektoren, Juristische Sprechstunde 60 483,10 Mark.

Um zu dem Durchschnittsgehalt von circa 7000 Mark zu kommen, fälscht das Handbuch diese Angabe, unterschlagen seine Macher die Tatsache, daß aus der Summe von 60 483,10 Mark nicht nur die Gehälter der Redakteure, sondern auch der Korrektoren — deren der „Vorwärts“ vier hat — und die Honorare der — damals fünf, jetzt sechs — Rechtsanwältinnen flossen, die an fünf Tagen der Woche juristische Sprechstunde abhielten.

Das ist die erste Fälschung in den eben angeführten 9 Zeilen des Schmutzbuchs. Aber damit ist es noch nicht genug!

Die Macher des Reichsverbandes wissen als genaue Beobachter der Sozialdemokratie ganz gut, daß in den 60 483,10 Mark des weiteren auch die Summen stecken müssen, die den sechs ausgedienten Redakteuren des „Vorwärts“ für die Zeit ihrer Rändigungsfrist zustanden und ausgezahlt sind. Auch diese Tatsache verschweigen, unterschlagen sie.

Endlich behaupten die Macher frech und unbezogen ohne sich irgendwie zu informieren, daß in der Redaktion des „Zentralorgans“ schwerlich mehr als acht bis zehn Redakteure sitzen. In Wirklichkeit sitzen elf darin, außerdem zwei Redaktionssekretäre! Wenn nicht eine Fälschung, so liegt hier eine gewissenlos-leichtfertige Unwahrheit vor.

(Um den Machern des Reichsverbandes das weitere Katen zu ersparen, wollen wir ihnen verraten, daß die Redaktionsgehälter im „Vorwärts“ sich zwischen 2400 — 4500 M. bewegen. Das Höchstgehalt von 4500 M. bezieht ein einziger Redakteur.)

Zwei direkte, bewusste Fälschungen, eine gewissenlos-leichtfertige Unwahrheit, das alles bringen die Macher des Reichsverbandes Handbuchs in neun Zeilen unter!! Der gute Niccaut de la Martinière mit seinem „corrigor la fortune“ ist in der Tat neben ihnen ein armseliger Stümper! Wenigstens was die Quantität anbelangt. Aber eleganter hat er sicherlich seine Sache gemacht, so plump, so leicht zu entlarven sind seine Volten jedenfalls nicht gewesen!

Zimmerhin, Quantität ist auch nicht zu verachten, denken die Macher des Schmutzbuchs und so beelien sie sich, den neun Zeilen mit den zwei Fälschungen und der gewissenlos-leichtfertigen Unwahrheit sofort noch ein paar Zeilen mit ebenso frechen Fälschungen folgen zu lassen. Sie fahren also fort im üblichen Werke:

„... Auch die Redaktion der „Neuen Zeit“, trotzdem dieses „wissenschaftliche“ Organ des echten und unverfälschten Marxismus an chronischem Abonnement- und Inseratenschwund leidet (die Inserateneinnahme im verfloffenen Jahre betrug rund 44,08 M.), ist mit 12000 M. besoldet. Redakteure sind Kautsky und Mehring...“

Diese zweite Leistung übertrifft fast noch die erste! Hier sind zwei Fälschungen und eine gewissenlos-leichtfertige Unwahrheit in sechs Zeilen untergebracht! Die gewissenlos-leichtfertige Unwahrheit besteht darin, daß die Leute ohne jede Kenntnis des Sachverhalts einfach frech darauf los behaupten, die Redakteure der „Neuen Zeit“ seien Kautsky und Mehring, daß sie den Genossen Wurm als dritten nicht anführen. Sodann weisen die Parteitagprotokolle aus, daß die Inserateneinnahmen der „Neuen Zeit“ niemals erheblich höher, oft aber auch niedriger als im Jahre 1906 waren. Von einem Inseratenschwund kann deshalb nur ein Fälscher reden; die „Neue Zeit“ ist niemals auf Inseratengeschäft angelegt worden. Noch krasser ist aber die Behauptung vom chronischen Abonentenschwund der Zeitschrift. Der sieht nämlich ausweislich des Parteitagprotokolls von Mannheim — dem die Macher des Handbuchs nach dessen eigener Angabe ihre Zahlen entnommen haben — so aus:

Der Abonnentenstand betrug am 31. Dezember 1905 . . . 6400

„Angefaßt“ dieser unabweislichen Angabe dieser nicht mißzuverstehenden Zahlen, die es gelesen hat, schreibt das verlogene Gefindel des Reichsverbandes von „chronischem Abonentenschwund“ der „Neuen Zeit“!

Welch eine abgrundtiefe Schamlosigkeit, welche eine eiserne Stirn!

Zwei Fälschungen und eine gewissenlos-leichtfertige Unwahrheit in sechs Zeilen, vier Fälschungen und zwei gewissenlos-leichtfertige Unwahrheiten in fünfzehn Zeilen!

Und so ist das ganze Buch, von Anfang bis zu Ende — lodernd, oberflächlich, leichtfertig und frech erlogen, dreist gefälscht! Das sind die „geistigen Waffen“, deren sich die „Nationalen“ gegen den „Ansturz“ bedienen; das sind die „geistigen Waffen“, die Bülow, der deutsche Reichsanzler, Bülow, der Fein- und Hochgebildete, gesegnet hat vor aller Welt!

Volk der Denker, verhandle Dein Haupt! . . .

Trotzig empor zur Sonne aber reckt sich das deutsche Proletariat. Es hat keinen Anteil an dieser Schmach, keine Mitschuld an dieser Schändung deutscher Kultur! In ihm loht die janzende Erkenntnis, daß ihm die Welt gehören wird, da seine Feinde so erbärmlich, so jämmerlich armselig sind! Noch haben sie die äußeren Machtmittel. Aber auf dem Schlachtfelde des Geistes haben sie bereits schimpflich verloren!

Vorwärts denn zum Kampf, hinein in den sieggekronten Wahlsfeldzug!

## Es bleibt bei den 8000 Mann für Südwest!

Unsere wiederholte Frage, wie stark denn nun, nach Beendigung des Gortentotenkrieges, die Zahl der südwestafrikanischen Truppen bleiben solle, ist unseren Kolonialnarren links und rechts höchst peinlich. Namentlich dem Freisinn, der jetzt Farbe bekennen muß, ob er noch weitere Hunderte von Millionen für die wertlose Sand- und Steinwüste verpulvern will!

Der Freisinn sucht sich durch einen plumpen Schwindel aus der Klemme zu ziehen. Die „Voss. Ztg.“ will von „gut unterrichteter Seite“ erfahren haben, daß die Regierung in der Tat beabsichtigt, die Truppenzahl in aller Wähe auf 2500 Mann herabzusetzen. Das werde geschehen, sobald Oberst Deimling aus Südwest zurückkehrt und durch Oberleutnant v. Etsorff ersetzt sein werde. Wenn Herr Deimling zurückkehren wird, das verrät freilich das freisinnige Blatt nicht.

Daß die ganze Kotiz aber nichts ist als dreister Wahlschwindel,

das beweist ein offiziös inspirierter Artikel in der „Nordd. Allg. Ztg.“ von Donnerstag abend. Hier wird rund und klar erklärt, daß auf einstuweilen noch unabsehbare Zeit hinaus

8000 Mann

in Südwest bleiben müßten! 2000 Mann ständen im Norden, an der Ovambogrenze, an der Ostgrenze und im Hererolande. „Und da müssen sie frech bleiben!“ Für den Süden bleiben dann noch 6000 Mann übrig. Auch davon sei kein Mann zu entbehren. Zur Deckung der Etappenlinie Windhuk-Keetmanshoop seien 1421 Mann erforderlich, und die übrigen 4500 Mann brauche man zum Schutz der Farmen, der Provinzialdepots und gegen den Feind, ständen doch noch immer 160 Mann im Felde! Außerdem

Die Inserations-Gebühr

beträgt für die sechsbestimmte Kolonien-größe oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Betriebs- und Beramtungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stichgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

sei es möglich, daß nach dem Friedensschluß die dann nicht länger von den Engländern festgehaltenen Hottentottenslächlinge wieder zurückkehren könnten. Also auch

#### nach der Niederwerfung des Aufstandes

selen die Truppen notwendig, um die ruhige Besiedelung zu ermöglichen!

Es bleibt also für das Jahr 1907, vielleicht auch noch 1908, bei den 8000 Mann, die uns pro Jahr rund

80 Millionen kosten!

Wir sind gespannt, welche Haltung zu dieser Forderung der Regierung nunmehr der Freisinn einnehmen wird! Wird er die

#### Kolonialarmee

Bewilligen?!

Weder ist es mit den 80 Millionen pro Jahr für Südwest noch lange nicht getan. Es kommt noch hinzu der Bahnbau bis Keetmanshoop mit 20 Millionen, die Farmerschädigung mit 10 Millionen, der Ausbau der Bahn bis Kubub mit 25 Millionen, der abgelehnte Nachtragset mit 80 Millionen, die Ueberführungen aus früheren Jahren mit 80-50 Millionen. Das sind für zwei Jahre zusammen

300 Millionen Mark!

Und dies Sündengeld soll auch fernerhin noch für eine Kolonie vergeudet werden, in der nach 50 Jahren günstigenfalls einmal 10000 Kolonialagrarier wohnen werden!

Das deutsche Volk müßte selbst am Tropfenkollekt leiden, wenn es diese skandalöse Wirtschaft mitmachen wollte!

## Wahlkampf.

### Die Wahlbewegung in Württemberg.

Stuttgart, 31. Dez. (Fig. Ber.)

Die sozialdemokratischen Kandidaten sind nunmehr für alle 17 württembergischen Reichstagswahlkreise aufgestellt. Sie heißen:

1. Kreis Stuttgart: Landtagsabgeordn. A. Hildenbrand, bisheriger Vertreter.
2. Kreis Gammstadt: Landtagsabgeordn. W. Reil, Redakteur.
3. Kreis Heilbronn: Fr. Feuerstein, Sekretär der württembergischen Konsumvereine.
4. Kreis Böblingen: Gemeinderat A. Sperla, bisheriger Vertreter.
5. Kreis Esslingen: Gemeinderat L. Schlegel, bisheriger Vertreter.
6. Kreis Reutlingen: A. Schilde, 1. Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes.
7. Kreis Calw: A. Dier, Hilfsarbeiter im württembergischen Parteisekretariat.
8. Kreis Heidenstadt: W. Kowald, Schriftfeger in Stuttgart.
9. Kreis Tuttlingen: Bürgerausschußmitglied S. Rattutat, Arbeitersekretär.
10. Kreis Göppingen: Landtagsabgeordneter Dr. G. Lindemann, bisheriger Vertreter.
11. Kreis Hall: Gemeinderat Krüger in Hall.
12. Kreis Gerabronn: Gemeinderat H. Birch in Langenburg.
13. Kreis Kalen: Landtagsabg. Fr. Fischer, Buchhändler.
14. Kreis Ulm: Gemeinderat A. Dietrich, Buchbinder.
15. Kreis Blaubeuren: Maler G. Böhring in Ulm.
16. Kreis Wiberach: Landtagsabgeordneter Hildenbrand in Stuttgart.
17. Kreis Ravensburg: Schreiner Krauß in Wiberach.

Die Gegner sind mit ihren Wahlvorbereitungen noch nicht so weit. Das Zentrum hatte bisher vier Kreise: Kalen, Blaubeuren, Wiberach und Ravensburg, vertreten durch die Abgeordneten Hofmann, Gröber, Erzberger und Döfer, von denen die letzteren drei wieder kandidieren, während der erste zurücktreten wird. Diese vier Wahlkreise erhält das Zentrum in jedem Fall wieder.

Der Bauernbund besaß bisher drei Kreise, Heilbronn, Hall und Crailsheim. Seine drei Abgeordneten Vogt-Vösch, Vogt-Mittelbronn und Dr. Wolff, kandidieren wieder.

Die Volkspartei hatte bisher fünf Kreise, Reutlingen, Calw, Heidenstadt, Tuttlingen und Ulm. Von seinen Abgeordneten werden Bauer, Hauptmann und Schweidhardt wieder kandidieren, Storz hat sich noch nicht entschieden, und Wagner ist zurückgetreten.

Die Nationalliberalen hatten bisher nur den Tammstatter Kreis inne, wo auch der bisherige Abgeordnete Professor Diesler wieder kandidiert.

Das von den Nationalliberalen angestrebte allgemeine württembergische „Kaffernartell“, das in allen Wahlkreisen eine allgemeine Wahlung „wider Schwarz und Rot“ bilden sollte, ist allmählich ins Wasser gefallen! Die Volkspartei lehnte es grundsätzlich ab, mit den Konservativen resp. dem Bauernbund Wahlabsmachungen zu treffen, und letztere wiederum wollten nur dann mit der Volkspartei verhandeln, wenn diese über ihre Stellung zur Sozialdemokratie eine befriedigende Auskunft geben würde, d. h. wenn diese erklären würde, einen Bauernbündler in jedem Falle einen Sozialdemokraten vorzuziehen! Daß die Volkspartei das nicht kann, hat sie nicht nur durch die Ablehnung ihrer Beteiligung am „Kaffernartell“, sondern auch dadurch bewiesen, daß sie für die am 9. Januar stattfindende Landesproportionalwahl mit der Sozialdemokratie einen „verbundenen Wahlvorschlagn“ einreichte. Diese „Verbindung“ der beiderseitigen Wahlvorschlagn hat die Bedeutung, daß bei der Mandatverteilung die von beiden Parteien erhaltenen Stimmenzahlen zusammengezählt werden. Es besteht dann die Möglichkeit, durch die von beiden Parteien aufzubringen Stimmreste, mit denen jede für sich kein Mandat mehr erzielen würde, gemeinsam noch ein Mandat mehr zu erhalten, das auf solche Weise der Reaktion auf jeden Fall verloren ginge. Wenn es zufällt, ob der Volkspartei oder der Sozialdemokratie, das wird dann auf dem Wege einer besonderen Stimmverteilung erzielt.

Durch diese zwischen Volkspartei und Sozialdemokratie getroffene Vereinbarung werden insbesondere die Nationalliberalen sehr unangenehm berührt sein, und die Vereinbarung beweist auch, daß in Württemberg für die Wahlparole gegen die in der Frage des südwesafrikanischen Krieges sich ablehnend verhaltende Reichstagsmehrheit absolut kein Boden mehr vorhanden ist.

### Die Situation im Herzogtum Sachsen-Altenburg.

Aus Altenburg wird uns geschrieben: Die sozialdemokratische Landesorganisation im Herzogtum Sachsen-Altenburg hat auf einer am vergangenen Sonntag in Gera abgehaltenen außerordentlichen Landeskonferenz, auf der (bis auf zwei keine Parteimitglieder) sämtliche Organisationen vertreten waren, Stellung zur Reichstagswahl genommen. Als Kandidat wurde wiederum Genosse Waidwald aufgestellt, der bekanntlich 1903 im ersten Wahlgange gewählt worden war, dessen Mandat dann aber für ungültig erklärt wurde, weil der Staatsminister v. Hellendorf in einer konservativen Vertrauensmännerverammlung vor der Wieder-aufstellung des bisherigen Vertreters des Wahlkreises, des 7 1/2 Mark-Schöners v. Widdau getreten hatte, da dieser keine Auswärtigen auf Wiederwahl habe und der Kreis unter solchen Umständen an die Sozialdemokratie verloren gehen könne! In der Nachwahl, die man Hals über Kopf anberaume, um noch schnell nach den Listen von 1903 wählen zu können, wurde der Oberlandesgerichtsrat Porzig, ein konservativer Reaktionsminister Art, mit einer Mehrheit von einigen hundert Stimmen gewählt.

Die Parteigenossen gehen mit Zureden in den Wahlkampf und hoffen, den Kreis im ersten Wahlgang wieder zu erobern.

Kandidat der Konservativen ist wiederum der Reaktionsminister Porzig, der als Mitglied des Reichsvereins zur Verleumdung der Sozialdemokratie natürlich alle Altenburger Großbauern und junger-

lichen Grundbesitzer auf seiner Seite hat. Ebenso arbeitet der ganze reaktionäre geführte Beamtenklingel zugunsten seiner Wiederwahl, für die auch der Bund der Landwirte und die diesem gleichwertige „Mittelstandsvereinigung“ eintritt.

Neben diesen beiden Kandidaturen ist auch der Freisinn auf den Plan getreten. Die Freisinnigen, die früher im Wahlkreis Altenburg — er umfaßt das ganze Bändchen — stark vertreten waren, sind von Wahl zu Wahl immer mehr zusammengeklumpten. 1903 verzichteten sie, im Gefühl ihrer Ohnmacht, auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten, und 1904 stimmten sie — trotz der skandalösen Ungültigkeitserklärung des sozialdemokratischen Mandats — für den Reaktionsminister Porzig! Mit auf dieses feige Verhalten des Freisinn, der lieber einen ultrakonservativen Reichsparteiler als einen demokratischen Sozialisten im Besitze des Mandats sah, ist die Auslieferung des Kreises an die Konservativen zu setzen.

Bei der diesmaligen Wahl tragen sich die Freisinnigen mit der Hoffnung — in die Sichtwahl zu kommen! Ihr Kandidat ist ein Altenburger Rechtsanwalt Dr. Höfer. Der Reichsverein hat bereits entschieden, daß er sich auch für den Freisinnskandidaten ins Zeug werfen will, und daß er ihn als dem Porzig gleichwertig ansehe! —

Während sich die bürgerlichen Parteien noch ruhig verhalten, hat die Sozialdemokratie im Anschluß an die Landeskonferenz am vergangenen Sonntag den Angriff gegen die „Kaffernparteien“ in breiter Linie aufgenommen. An zehn Orten fanden am Sonntag Versammlungen statt. Die Parteigenossen hatten während der Weihnachtstage das erste Flugblatt vorbereitet und für die Versammlungen gut vorbereitet. Diese waren denn auch fast ausnahmslos gut besucht.

Nachdem bemüht sich die Polizei, Landrat und Ortsvorsteher, schon jetzt Wahlveranstaltungs-material beizuschaffen. So hat der Altenburger Landrat v. Schenk den Ortsvorsteher der Landorte anbefohlen, keine Abdrücken der Wählerlisten und ebensowenig die Listeneinsichtnahme für dritte zu gestatten! In Schmöln hat die Polizei verschiedenen Flugblattverbreitern die Verteilung von Flugblättern ohne vorher eingeholte Erlaubnis als strafwürdig unterlagt und deren Sistierung vorgenommen, um sie strafrechtlich verfolgen zu können! Die größten Schwierigkeiten werden denjenigen Parteigenossen gemacht, die sich um die Sammlung von „Wahlpulver“ bemühen. Der Bürgermeister von Rommberg, Dr. Hiller, hat nur einer beschränkten Zahl von Genossen — im ganzen sieben — die Erlaubnis zur Sammlung von Geldern erteilt. Dabei hat der gute Mann noch sorgfältige Erhebungen darüber veranlaßt, ob die Sammler — nicht vorbestraft sind, in welchem Falle er überhaupt keine Vollmacht erteilen will. (Es besteht nämlich in diesem angenehmen Vaterländchen ein Gebot, daß man zu Sammlungen die behördliche Erlaubnis einholen muß!) Eine angenehme Vorfahrt dieses genialen Rommberger Bürgermeisters ist auch die: die Sammlerlisten zur Hälfte mit dem Texte seiner Erlaubnis und seiner höchstgehändigen Unterschrift zu versehen, wodurch er es fertig bringt, daß gerade noch 12 Zeilen für Unterschriften frei bleiben. Für 7 Listen hat er Erlaubnis gegeben, und 7 x 12, das gibt 84 Personen, die um einen Beitrag angegangen werden können. — Ist das keine geniale Methode, die Sozialdemokratie unterzukriegen?!

Die Genossen auf dem Lande, die sich mit der Munitionssammlung abgeben, sind noch schlimmer dran. Von ihnen wird verlangt, daß sie sich persönlich auf dem Landratsamte einfinden, wenn sie um die Erlaubnis zur Sammlung nachsuchen! Um nun vielleicht fünf Mark einzusammeln, kann man aber nicht zehn Mark Heilegeld usw. opfern, und deshalb verzichtet man lieber auf die Ehre, den Herrn Landrat belästigen zu dürfen. Katholisch spornen derlei Liebesheldigkeiten den Eifer unserer Parteigenossen nur an, und da zudem die Zahl der organisierten Parteigenossen, sowie auch die der Leser und Abonnenten des Parteiorgans, der „Altenburger Volkszeitung“, seit 1904 beträchtlich angewachsen ist, so darf mit einiger Gewißheit auf einen günstigen Wahlausgang gerechnet werden.

### Der abgewimmelte Arbeiterkandidat.

Wie die Wähler meldebten, war in Saathausen der Gewerkschaftssekretär Bernerus als Zentrumskandidat aufgestellt worden. Jetzt hat die Vertrauensmännerverammlung den Beschluß des Vorstandes der Zentrumspartei, Bernerus aufzustellen, verworfen und mit großer Mehrheit den Justizrat Strauß (Saathausen) als Kandidaten berufen! Für Strauß wurden 91, für Bernerus 50 Stimmen abgegeben. Die Verammlung nahm einen sehr erregten Verlauf. Jedenfalls wollte die Parteileitung den „besseren“ Zentrumskandidaten das Schicksal der Duisburger Ultramontanen ersparen, die aus Haß gegen den schlichten Mann aus der Werkstatt, der als Kandidat aufgestellt war, lieber dem liberalen Gegner die Stimme gaben. —

### „Kein Parabebeiter.“

Die Nationalliberalen im Wahlkreise Duisburg-Mülheim-Ruhrort-Derhausen haben sich zu einer „sozialen List“ aufgeschwungen, indem sie an Stelle des mandatsmilden Herrn Beumer einen Arbeiter, den Former Christoph Jung, als Kandidaten aufstellten! Der nationalliberale Arbeiterkandidat hat auch schon seine Wahlrede gehalten. Nachdem zunächst ein Fabrikbesitzer und ein Professor geredet hatten, entwickelte der Kandidat sein Programm. Aus seiner Rede hebt die „Kölnische Ztg.“ als besonders bemerkenswert den Satz hervor:

„Ich bin kein Parabebeiter, wie das Zentrum und die Sozialdemokratie solche aufweist, sondern ich habe meinen Beruf lieb und bleibe ihm treu. Sollte ich zum Abgeordneten gewählt werden, dann lehre ich zum Schluß der Session wieder in meine Werkstatt zurück, um mich in gewohnter Weise zu ernähren.“

Die Nationalliberalen werden wissen, weshalb sie diesen Musterkandidaten zum Nachfolger des Oberstschmieders Beumes ausersuchen haben. Da Herr Jung seinen Beruf so über alle Maßen liebt, so ersparen es ihm hoffentlich die Sozialdemokraten, seine Tätigkeit durch Ausübung eines parlamentarischen Mandats unterbrechen zu müssen.

### Zentrum und Koalitionsrecht.

Der „Bayerische Kurier“ bringt in seiner Beilage „Soziale Fragen“ vom 27. Dezember eine bemerkenswerte Notiz, die nicht ohne Nutzen im Kampfe gegen das Zentrum sein wird. Sie lautet:

„Die Koalitionsfreiheit gehört zu den Dingen, die doch auch mit gewisser Vorsicht behandelt werden müssen. In Landshut behandelte dieser Tage der Münchener Oberregistrator Löwensted diese Frage und verlangte die Schaffung von Beamten- und Bedienstetenauswärtigen, die Gewährung der vollständigen Koalitionsfreiheit. Das ist nun doch eine Forderung, die unter Umständen geradezu zu einem zweifelschneidigen Schwerte werden kann. Den staatlich angestellten Beamten und Bediensteten sind doch vom Tage ihrer Anstellung an eine ganze Reihe von Rechten verährt, die jeder im privaten Dienste stehende Mann sich erst durch Vertrag verschaffen muß, wenn er soweit gehende Rechte überhaupt bekommt, die er sich im Lohnkampf erringen muß. Es wird sehr zu überlegen sein, ob man jemals an die Zulassung solcher Rechte mißdenken können. Man denke sich die möglichen Folgen eines solchen Zusammenstufes!“

Das Zentrum würdigt die staatlichen Angestellten zu Staatsbürgern zweiter Klasse herab und gibt sie wehrlos ihrem Arbeitgeber: der Regierung, preis. Die Beamten mögen sich das merken!!

### Das Zentrum als sozialpolitischer „Einpeitscher“.

Die „Kölnische Volkszeitung“ untersucht in einem längeren Artikel, was bei der bevorstehenden Reichstagswahl auf dem Spiele steht. Am Schluß des Artikels heißt es:

„Die Weiterführung der Sozialreform endlich ist dahin, wenn der Liberalismus sagt; auf diesem Gebiete hatte er nie eine Stoskraft, nie eine Initiative. Das Zentrum mußte stets den Einpeitscher machen. Solange die Regierung auf das Zentrum Rücksicht nehmen mußte, konnte sie auch die Sozialreform nicht ganz ins Stocken kommen lassen; macht der Liberalismus die Geschäfte, so steht der Karren still, daher auch der Jubel aller sozialdemokratischen Zeitungen. Für Arbeiter und Mittelstand kann es daher auch keine bessere Parole geben als Erhaltung eines starken Zentrums.“

Es war die „Soziale Praxis“, die im Juni vorigen Jahres schrieb: „Es ist keine einzige politische Tat der Sozialreform in dieser sechs Monate währenden Session zustande gekommen... Die wirklichen Taten fehlen seit einigen Jahren.“ Und ein christliches Blatt, die „Vaugenewigkeit“, schreibt in seinem Jahresrückblick: „Die sozialpolitische Ernte des schiedenden Jahres ist mager; über einige schöne Reden ist man nicht hinausgekommen.“

Das sind die Erfolge der ultramontanen „Einpeitscher“. Das Zentrum hat allerdings die Regierung eingepitscht — aber nur zur Untätigkeit auf sozialpolitischem Gebiete.

### Christliche Zivilisation.

Aus Baden schreibt man uns:

Die Genossen, welche die erste Flugblattverbreitung auf den Dörfern vorgenommen haben, wissen davon zu berichten, daß unter der häuerlichen Bevölkerung beider christlichen Konfessionen der Fanatismus gegen die Sozialdemokratie seine bedenklichen Folgen zeitigt.

In Weiringen bei Bruchsal sind Hunde auf die Zeitelträger gehetzt worden. In Linkenheim bei Karlsruhe geriet ein Bauer beim Lesen des Namens unseres Kandidaten in eine solche Christenwut, daß er noch einem eigenen Bengel griff und unseren Zeitelträger mit Totschlag bedrohte, falls er nicht das Anwesen verlasse! In einem anderen Hause machte eine Frau ihrer christlichen Nächstenliebe gegen einen älteren Arbeiter Lust durch die Titulaturen: „Dredpap!“ „Lauddube!“ usw. — Glücklichweise gehören diese Erscheinungen der pfläffischen Volksvergiftung noch zu den Ausnahmen. Bei früheren Wahlen waren hier solche Rohheiten gegen anständig auftretende Arbeiter nicht zu verzeichnen. —

### Pfarrer Naumann: Reichstagskandidat im Reichslande.

Im Wahlkreise Solmar stellten die vereinigten Liberalen und Demokraten den Führer des Jungliberalismus, Pfarrer Friedrich Naumann, auf. Naumann nahm die Kandidatur an. Bei der Reichstagswahl im Jahre 1903 erhielten im ersten Wahlgange Reichsanwalt Preiß (Kerikal) 8183, Peitotes (Soz.) 2571, der Kandidat der Off. Volkspartei 2768 und Kieger (lib.) 2723 Stimmen. In der Stichwahl siegte Preiß mit 9110 Stimmen über Peitotes, der 6187 Stimmen erhielt. Aussicht, gewählt zu werden, besteht für Naumann nicht. Die Sozialdemokratie ist im Kreise sehr rührig und bei der in den Landkreisen zum Teil noch bestehenden Antipathie gegen die Altdeutschen ist es selbst zweifelhaft, ob die liberale eingetretene Bauernschaft Naumann mit ihrem Vertrauen beschenkt. Bezeichnend aber für die Liberalen in Altdeutschland ist es, daß einer ihrer tüchtigsten Führer und jedenfalls einer ihrer ehrlichsten Politiker am rechten Rheinufer keine Kandidatur erhalten konnte. Fürchtet man ihn etwa in den eigenen Reihen? —

### Die deutsche Kaufmannschaft.

Einen Aufruf an die deutsche Kaufmannschaft erläßt der „Konfessionär“. Er empfiehlt, bei den kommenden Reichstagswahlen die richtigen Leute in das Reichsparlament zu wählen: An die Reichstagsmehrheit, die durch ihre Sozialpolitik (ganze Industriezweige lahmgelegt) das deutsche Volk schwer schädigte, an die Reichstagsmehrheit, die dem deutschen Volke eine neue enorme Belastung durch neue verheerend-feindliche Steuern brachte — an diese Reichstagsmehrheit werde man noch lange denken! — Die Kaufmannschaft habe es bisher immer verstanden, hinterher, wenn es zu spät ist, zu schimpfen, zu jammern und zu klagen! Die Furcht, irgendwo bei Befundung der wahren Befimmung anzustehen, müsse aufhören, und die Erfahrungen der letzten Jahre müßten bei den kommenden Wahlen beherzigt werden!

Da die sozialdemokratische Partei die einzige ist, die gegen jene wahnsinnige Politik Krieg führt, so muß die deutsche Kaufmannschaft demnach sozialdemokratisch wählen, will sie im Sinne des „Konfessionär“ wirkungsvollen Protest erheben!

### Die Parteilavallerie.

Ein Parteigenosse (Krzj), der im Winter schon große Radtouren unternommen hat, schreibt:

Die roten Radler haben in diesem Wahlkampfe wesentliche Schwierigkeiten zu überwinden: Kälte und Schnee! Es erscheint deshalb ratsam, einige sachmännische Winke zu geben. Die fellmächtige Ausrüstung der Parteilavallerie muß bestehen aus Drehschneidern, Handlähnen, Fußwärmmern und doppelten Unterhosen. Letzteres deswegen, weil die Weine trotz des Strampelns nicht von selbst warm werden. Ohne besonderes Zutun wird von selbst warm der Rücken und der übrige Körper. Eventuell empfiehlt es sich auch, ein Taschenmesser vor den Mund zu binden, damit die scharfe Luft nicht unmittelbar auf die durch das Radeln erhitzen Atmungsorgane einringt. Für Lungenkranke ist die Teilnahme am Dienst der roten Kavallerie auf keinen Fall zu empfehlen.

### Für Humor im Wahlkampf

Forst der Herr Gendarm aus dem Dorfe Nietleben, wo sich die Provinzial-Asylanstalt befindet. Der Herr Beamte verlangt, daß künftig in sozialdemokratischen Versammlungen Stöße und Schirme von Teilnehmern nicht mehr mitgeführt werden, da diese Gegenstände nach § 7 des preussischen Vereinsgesetzes als Waffen anzusehen seien!

Nächstens wird der gute Mann vielleicht noch verlangen, daß die Versammlungsbesucher barfuß erscheinen; denn die Stiefel könnten schließlich auch noch als „Waffen“ angesehen werden.

### Versammlungen.

Danzig. Eine äußerst stark besuchte Volksversammlung tagte am 28. Dezember v. J. im „Bürgergarten“ in Schöding. Weit über 1000 Personen hatten sich eingefunden und lauschten mit großer Spannung dem Vortrage des Gewerkschaftssekretärs Genossen Trilse-Übding, der über „Die Reichstagsauflösung und das hungernde Volk“ sprach. Nach dem mit brausendem Beifall aufgenommenen Vortrage wurde einstimmig unter lebhaften Beifallrufen Genosse Trilse zum Kandidaten nominiert!

In Koblenz. St. Coar eröffneten unsere Genossen am 30. Dezember v. J. den Wahlkampf mit einer sehr gut besuchten Versammlung, in der Genosse Heinrich Güttnmann-Frankfurt a. R., der Kandidat des Kreises, referierte.

In Halle a. S. sprach am Mittwochabend Genosse Paul Singer. Von überfüllter Versammlung köstlich begrüßt, erinnerte der Redner daran, daß er seine erste Wahlrede außerhalb Berlins in einem für die Partei historisch gewordenen Lokale halte. Im Versammlungssaale des Abends („Vesper“) fand nämlich der erste sozialdemokratische Parteitag nach dem Fall des Sozialistengesetzes statt. Die Partei, die trotz Sozialistengesetzes vorwärts gekommen sei, werde auch siegreich aus der kommenden Reichstagswahl hervorgehen.

In Fürth sprach Bebel am Mittwochabend vor einer überaus stark besuchten Versammlung. Aus der politischen Situation, unter Anführung des Briefes des Reichstanzlers an den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, zog Bebel die Schlußfolgerung von der Unfähigkeit Bülow, die Reichsaffäre zu leiten. Er verspottete die Anstrengung

einer liberal-konservativen Reichstagsmehrheit und prophezeite die Verstärkung der Parlamentsmehrheit vom 13. Dezember durch die Neuwahlen. Gegen Schluß seiner zweistündigen Rede entwickelte Bebel das sozialdemokratische Gegenwartsprogramm zugunsten der Rückeroberung Zürichs durch Segh.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Januar 1907.

### Bülow als Politiker und Geschichtskenner.

Halbabsolutistische Regierungen unter konstitutionellen men bedürfen diplomatischer Redeminister, welche die festiven Einflüsse und veränderlichen Anstöße des persönlichen Regiments nach außen als ihre eigenen politischen eudnungen vertreten und mit einer gewissen konziliantigen Debattierkunst die Angriffe der bürgerlichen position abzutrupfen verstehen. Zu diesem Zweck hatte poleon III. seinen von Jola unter der Maske der zellenz Eugène Rougon" verpötenen igene Rouher, der es vom simplen Advokaten im zösischen Landstädtchen Rom zum napoleonischen Vize-er" brachte, und zu demselben Zweck hat Wilhelm II. en Bülow, der durch die gleiche Verwandtschaft vom ein-Abeligen zum Fürsten avanciert ist. Damit soll indes ht gesagt sein, daß wir den Herrn Reichskanzler Fürsten low einfach als Rouher II. hinstellen möchten. Das hieße 3 politische Talent Rouhers und die parlamentarisch-ismännische, zitatengeplante Redegewandtheit Bülows unter-igen. Rouher besaß immerhin die diplomatische Befähig-ung nicht nur Napoleons III. persönliche Einflüsse konstitu-ell zu drapieren, sondern auch dem Reffen des großen icks in wichtigen Fragen seinen Willen zu suggerieren: ie Fähigkeit, die schwerlich jemand bisher beim Fürsten low entdeckt haben dürfte, selbst nicht Herr Stein von der rankfurter Btg.". Dagegen ist Fürst Bülow dem Vize-er Rouher, wie gerechtere Weise anerkannt werden muß, in r edlen Anmut, mit der er parlamentarisch zu parlieren id schlagwortartige Sentenzen zu prägen weiß, entschieden verlegen. Er hat noch besser als Rouher begriffen, wie icht sich der bürgerliche Liberalismus mit schönen Reden-ten abfüttern läßt, wenn die Abfütterung mit einigen ernen Phrasen und feuilletonistischen Wigen gewürzt ist.

So hat sich Fürst Bülow trotz seiner höchst fragwürdigen estungen auf dem Gebiete der äußeren Politik und seiner icht mehr fragwürdigen Leistungen auf dem Gebiete der inneren Politik unter den Liberalen den Ruf des welt-emandten Diplomaten und bedeutenden Politikers verschafft, ie ihm wiederholt nicht nur das „Verl. Tagebl.“, sondern elbst das Blatt des Herrn Sonnemann attestiert hat. Was wonder, wenn ob dieser billigen Erfolge des Reiches Kanzler sich selbst als großen Diplomaten einschätzt und jetzt, nachdem er den Reichstag aufgelöst hat, durch seine nach derselben Methode wie seine Reichstagsreden abgefaßte Botschaft an den Präsidenten des Reichsverbandes gegen die Sozialdemo-kratie die Liberalen für die Schönheiten seines politischen Kurzes einzufangen sucht. Allerdings mit irgend welchen liberalen Zusicherungen hält Bülow in seiner Botschaft zurück. Mag er immerhin sich noch so sehr überschätzen, so viel weiß er doch, daß ihm wesentlichen sein Mini-sterium nur eine „Rebenregierung“ des ostelbischen Junkertums ist und daß, wenn diese Kaste durch wirkliche Zugeständnisse an die Liberalen gereizt, gegen ihn ihre Machtmittel am Hof und in der hohen Bureaucratie ausbietet, seine Lage als Reichskanzler gezählt sind. So beschränkt er sich in weiser Vorsicht darauf, in seinem Silvesterbrief die Rationalen wegen ihres Patriotismus zu loben, den Freiinnigen eine Vorlesung über Doktrinarismus und die Ueberwindung ihrer Prinzipien zu halten, und ihnen schließ-lich halb ironisch den Rat zu geben, die konservative Agrar-politik anzuerkennen, da ja der Landwirtschaft doch „der unbedingte notwendige Schutz“ auf ein Jahrzehnt durch die Handelsverträge gesichert sei. Aber selbst wenn der Freisinn diese Bedingungen erfüllt, will der Reichskanzler ihn nur von Fall zu Fall zur Wehrheitsbildung heranzuziehen.

Das sieht mehr nach einer Verpottung, denn nach Zugeständnissen aus; doch ein echtes Freisinnsgemüt weiß aus jeder Blüte Honig zu saugen. Die „Bos. Btg.“ faßelt bereits von einer Schwelung des Kanzlers und meint in anerkannter Weise: „Bebel und die Sozialdemokratie“.

Wemerkenswert bei diesem Plan ist in erster Reihe die Front-veränderung gegenüber dem Freisinn. Fürst Bülow sieht ihn nicht mehr, wie es die Regierung von alters her, in Theorie und Praxis, getan hat, als Gegner, sondern als Verbündeten an. Vielleicht wäre es unter diesen Umständen nützlich gewesen, nicht so ausführlich, wie es der Kanzler tut, angebliche Fehler in der früheren Haltung der Freisinnigen zu edizieren, zumal, da der Hinweis auf eine Verleugnung dieser Haltung nicht mit den Tatsachen übereinstimmt.

Indessen braucht der Reichskanzler das Argument von der veränderten Stellung des Freisinn zur Rechtfertigung seiner eigenen Schwelung, und deshalb kann von einer eingehenden Erörterung seiner Kritik vorerst abgesehen werden.

In des es lohnt sich nicht, mit den traurigen Resten der ehemaligen Fortschrittsherrschaft über politische Fragen zu rechten. Nur eine Auslassung des Kanzlers möchten wir noch kurz glossieren, da sie die Bülow'schen Geschichtskennntnisse illustriert. Von den Bestrebungen der Sozialdemokratie heißt es in seinem Silvesterbrief:

„Nicht nur sind ihre kommunistischen Zukunftssträume kul-turfeindlich, die Mittel zu ihrer Verwirklichung brutaler Zwang — alles, was sich etwa irgendwo in Deutschland an reaktionäre Bestimmung findet, gewinnt Kraft und Recht durch die sozialistische Unterwühlung der Begriffe von Obrigkeit, Eigentum, Religion und Vaterland. Auf den wild gewordenen Spieß-bürger und phrasentrunknen Gleichmacher Robespierre folgte der Degen Bonapartes. Er mußte kommen, um das französische Volk von der Schreckensherrschaft der Jakobiner und Kom-munisten zu befreien.“

Neu ist diese Auffassung nicht. Es ist die Folgerung der Schel und Konfession, die sich der Reichskanzler aneignet; aber, da ihm die Schel'sche Geschichtskennntnis fehlt, ins Aberr-triviale überseht. Wir wollen mit Bülow nicht darüber streiten, ob Robespierre ein „wild gewordener Spieß-bürger“ und „phrasentrunkener Gleichmacher“ war, aber charakteristisch für den ersten Beamten des Deutschen Reiches ist es, daß er in dem großen französi-

schen Revolutionsdrama nur das Werk einiger politischer Akteure sieht. Er begreift nicht, daß die französische Revolution ein großer Klassen-kampf gewesen ist: das gewaltige, geschichtlich bedingte Ringen verschiedener Klassen, in welchem entsprechend dem geschicht-lichen Entwicklungsgehe die Klasse siegte, welche die wirtschaftlich größten Machtmittel besaß; die Bourgeoisie. Nicht der Degen Bonapartes hat denn auch die Herrschaft Robespierres und der Jakobiner abgelöst; Robespierre wurde vielmehr gestürzt durch die Vertreter einer Bourgeoisie, die nach der Rückkehr zu „geordneten Verhältnissen“, d. h. zu einer im Dienste ihrer wirtschaftlichen Interessen stehenden Regierung verlangten. An die Stelle der jakobinischen Regierung trat nicht das Regiment Napoleons, sondern das Regiment der Barras und Konforten. Erst durch den Staatsstreich des 18. Brumaire (1799) gelangte Napoleon zur Herrschaft, und seinen weiteren Aufstieg verdankte er nicht zum wenigsten der Tatsache, daß er sich in den Dienst der wirtschaftlichen Interessen der in der Revolution entstandenen neuen Geschäftsbourgeoisie stellte und die eng-lischen Handels- und Kolonialinteressen aufs äußerste bekämpfte.

Was soll überhaupt der Hinweis auf den Degen Bona-partes? Beabsichtigt der Kanzler mit ihm zu drohen, und sühlt er sich vielleicht selbst als staatsrettender Bonaparte? Das wäre eine geradezu lächerliche Selbstüberschätzung, denn der „korsische Barbare“ war nicht nur ein militärisches Genie, sondern auch ein scharfsinniger Politiker, der politische Situa-tionen schnell über sah und mit gegebenen Möglichkeiten zu rechnen wußte. Oder sollte vielleicht Fürst Bülow in den vom Regimentskommandanten zum Festinger Gehandten, Gouverneur von Ostafrika und schließlich zum General-leutnant beförderten Herrn von Liebert den zukünftigen Bonaparte sehen, der die terroristische Sozialdemokratie niederwirft? Das wäre noch weit lächerlicher. Wenn doch einmal geschichtliche Parallelen gezogen werden sollen, dann ähnelt der Generalfeldmarschall des Reichsverbandes weit mehr dem Operettengeneral Gilbert Motier, den die Geschichte unter dem Namen Lafayette kennt, jenen französi-schen Hahnen, den Bonaparte verächtlich den „Hanswurst zweier Welten“ nannte.

### Koloniale Unfallgefühle des Zentrums!

Der schreib- und rebelle Herr Erzberger hat außer seiner schon erwähnten, für den Massenvertrieb bestimmten Kolonialpropaganda inzwischen auch eine umfangreiche Broschüre über die „Zentrumspolitik im Reichstage“ er-scheinen lassen, in der die Frage der Kolonialpolitik ebenfalls sehr umfangreich behandelt wird. In den Darlegungen Erz-bergers über Südwestafrika findet sich nun eine höchst interessante Stelle, die aufs neue beweist, wie wenig ernst es dem Zentrum mit seiner Kritik der südwestafrikanischen Geldverschleuderungswirtschaft ist. Herr Erzberger verweist nämlich auf S. 46 seiner Broschüre darauf, daß das Zentrum ja im Grunde ebensowenig daran gedacht habe, nach dem 1. April 1907 die Truppenzahl in Südwest auf weniger als 8000 Mann herabzusetzen wie die Regierung oder die Herren Kardorff, Arendt oder Baasche! Habe doch Herr Spahn am 13. De-zember, also in der entscheidenden Reichstagsitzung beantragt, zwar bis zum 1. April 1907 Vorbereitungen zu treffen, die Schutztruppe auf 2500 Mann herabzusetzen, doch habe er gleich-zeitig beantragt, die an den 8000 Mann fehlenden 5500 Mann durch Polizeisoldaten zu ersetzen. Bei einer solchen Ersetzung der Mannschaften der Schutztruppe durch Polizeisoldaten könnten, da ein Polizeisoldat statt 10 000 M. pro Jahr wie ein Schutztruppier nur 4000 M. jährlich koste, jährlich 33 Millionen erspart werden; die Jahresausgabe für den militärischen Schutz betrage dann „nur“ noch 47 Millionen Mark!

Man sieht: 47 Millionen pro Jahr allein für die Schutz- und Polizeitruppe will auch das Zentrum bewilligen! Und das für eine Kolonie, deren absolute Wertlosigkeit Herr Erz-berger selbst so überzeugend nachgewiesen hat!

Hinzukommt, daß Herr Spahn am 13. Dezember zwar von der Möglichkeit eines Erfalles der in die Heimat zurück-geforderten Schutztruppier durch Polizeisoldaten gesprochen, daß er aber die Zahl von 5500 Mann nicht genannt hat, daß davon auch in dem Zentrumsantrag kein Wort zu lesen war!

Wenn nun also Herr Erzberger einfach die Be-willigung der 5500 Mann Polizeisoldaten — außer den 2500 Mannschaften der Schutztruppe — einfach als einen Teil des Zentrumsantrages darstellt, so begeht er eine kleine literale Korrektur der Tatsachen! Aber das Wichtigste dabei ist, daß Herr Erzberger nunmehr — und offenbar namens des Zentrums! — erklärt, daß das Zentrum im neuen Reichstage mit sich handeln lassen und an den 8000 Mann Schutztruppe und Polizeitruppe keinerlei Anstoß nehmen werde!

Kraffer kann sich die Unzuverlässigkeit und Unfallstör-heit des Zentrums nicht offenbaren. Erst kritisiert man die ganze koloniale Lotteriewirtschaft in Grund und Boden hinein — und dann haut man den tollsten Forderungen der Regierung goldene Brücken!

Es verdient deshalb immer wieder betont zu werden, daß in kolonialen Dingen das Zentrum genau so unzu-verlässig ist wie der Freisinn! Das Zentrum hat das Volk durch seine Förderung der Kolonialpolitik um 1 1/2 Milliarden schädigen helfen und es wird alle weiterhin geforderten Milliarden ebenso strupplos bewilligen! —

### Deutsches Reich.

#### Aus einem Zentrums-A.-B.-C.-Buche.

Im Jahre 1900 ist im Süddeutschen Verlage von Daniel Döps ein „Politisch-soziales A.-B.-C.“ herausgegeben, das sich auf dem Titelblatt weiter bezeichnet als ein „Handbuch für die Mitglieder und Freunde der Zentrums-partei.“ Verfasser sind drei wackere Schwaben: Der Herr Pfarrer und Landtagsabgeordnete Schwarz, der Schriftsteller Paul Sieber und der Redakteur Rathias Erzberger. Wie auf dem Titelblatt weiter bemerkt wird, hat die Bearbeitung stattgefunden „auf Grund authentischen Quellenmaterials.“

Das A.-B.-C. der drei Zentrumschwaben hat sich in seinen zwei umfangreichen Bänden einen doppelten Zweck gesetzt: die ultra-montane Politik bis in alle Himmel zu heben, die Sozialdemokratie dagegen dem tiefsten Schlunde der Hölle zu überliefern. So er-sahen wir (Seite 456), daß die Zentrumsparthei bei allen Fragen, die die Verteidigung des Vaterlandes betreffen, stets nur das wahre Wohl des Volkes im Auge hatte.

In Rarinesagen (Seite 287) hat das Zentrum „dem Vater-lande zum Schutz Wehr und Waffen bewilligt, deren es bedarf, dem Volke aber hat es keine neue Steuerlasten

aufgelegt, die es erdrücken.“ Und insbesondere zur Steuer-frage versichert das Handbuch nochmal, „daß das Zentrum stets für eine bessere Besteuerung der leistungsfähigen Kräfte und gegen jede Erhöhung der indirekten Steuern sich erklärte.“

Das wird gesagt vom Zentrum, mit dessen Hilfe Bismarck seine das Volk ausplündernde Wirtschaft- und Zollpolitik durch-setzte; vom Zentrum, das entgegen seiner früheren Oppositions-stellung der Regierung jede Militär- und Flottenverleugung bewilligte; vom Zentrum, dem wir den weltpolitischen Schwandel mit seinen Opfern an Gut und Blut, an politischem und moralischem An-sehen verdanken.

Im Gegensatz zum glorreichen Zentrum ist die Sozial-demokratie eine Partei, die nicht nur nichts für die Arbeiter getan, sondern sogar absichtlich auf ihren Schaden, auf ihr Elend hin-gearbeitet hat. Was die Sozialdemokraten für eine nichtsnutzige Gesellschaft ist, sehen wir am besten an ihren Führern: „Die inter-nationale Sozialdemokratie wurde (Seite 378) gegründet von drei jüdischen Großkapitalisten: Ferdinand Lassalle, Karl Marx, und Friedrich Engels.“

Karl Marx ein Großkapitalist und Friedrich Engels ein Jude! Und wie ihre Gründer, so ist auch die jetzige Führerschaft der Sozialdemokratie ganz jüdisch. (Seite 241.) Und ferner sind „die eigentlichen Führer der Sozialdemokratie sämtlich reiche Leute.“ Liebknecht bezog und Kautz bezog ein großartiges Ge-halt, Stadthagen hat eine „fürstliche Wohnung“ und Bebel und Hoffmann können sich die „herrlichste Villa“ leisten. (Seite 541.) Bebel's Villa ist ein eigener Artikel gewidmet. (Seite 210—211.) Wir erfahren den genauen Preis, die bauliche Einrichtung des Hauses und die Wohnung des Gärtners im „angesunden Souterrain“ wird beschrieben — alles Dinge, die, wie jedermann ein-sieht, für die politische Bildung der Mitglieder und Freunde der Zentrumsparthei von hoher Bedeutung sind.

Wie die sozialdemokratischen Führer zu ihrem Wohlleben ge-langen, darüber belehrt uns der Artikel „Agitationsgelder“ (Seite 21—23): „Zue Geld in Deinen Beutel — heißt es für den Arbeiter, wenn er an der sozialdemokratischen Bewegung teil-nehmen will.“ Weiter erfahren wir, daß von den Hundert-tausenden, die „den deutschen Arbeitern aus der Tasche gezogen“ werden, nur 10 Proz. den Mitgliedern, dagegen 90 Proz. für Agitation und Verwaltung den Führern zugute kommen.“

„Das ist das Ergebnis der sozialdemokratischen Massenführung“ — rufen die drei wackeren Zentrumschwaben entrüstet aus: „Die armen Arbeiter müssen zahlen und immer wieder zahlen, damit die Kosten der Agitation gedeckt werden; die Führer aber freuen sich ihres Nichtstuns und bereuen die große Masse immer wieder, noch mehr Arbeitergroßchen auf dem Altar der Propaganda niederzuliegen.“

Aber nur Geduld, die Strafe für die Untaten der Sozialdemo-kratie ist nahe. Die Partei befindet sich nämlich, wie das Zentrums-handbuch Seite 429—448 nachweist, in einer selbstverleumdenden Hausierung: „Man lasse sie auf dem Wege nur ruhig fortfahren — sie wird an dem inneren Zwiespalt unfehlbar zu-grunde gehen.“

Es wäre gut, wenn die drei Zentrumschwaben Schwarz, Sieber und Erzberger diesen Rat, die Sozialdemokratie „ruhig fort-machen“ zu lassen, befolgt und das A.-B.-C. Buch nicht herausgegeben hätten. Sie hätten sich und ihre Partei vor einer großen Blamage bewahrt. —

### Schaumflägerlein.

Die Parteien des großen „nationalen Blods“ erteilen sich nehm-lich den brüderlichen Pfaffen auch allerlei gute Ratsschlüsse, wie der Wahl-kampf zu führen ist. Die eine Partei ist mit dem Tamtam der anderen unzufrieden; und diese wieder zeigt die andere der Leise-reterei. Der einen ist der nationale Phrasenschwall zu groß, die andere wünscht noch kräftigeres Blechmusik. Recht amüsan schildert die von den patriotischen Blättern betriebene große Schaumflägererei der Herausgeber der „Antisozialdemokr. Korresp.“:

Der afrikanische Kolonialkrieg und die materiellen Vorgänge in der Reichstagsitzung vom 13. Dezember geben an und für sich und allein dem Wahlkampf keinen genügenden Inhalt. Wenn es z. B. in einem Flugblatt heißt: „Noch stehen Tausende treue deutsche Soldaten fern von der Heimat im Kampfe gegen einen Feind, der an Grausamkeit seinesgleichen in der Weltgeschichte nicht aufzuweisen hat! Sollen wir sie schußlos sich selbst überlassen? Deutschlands Ehre, Deutschlands Größe, Deutsch-lands Ruhm, errungen durch die glorreichen Siege von 1870—71, stehen auf dem Spiele“ — so ist das eine höchst schäd-liche und abgeschmackte, von Unwahrhaftigkeit strotzende Ueberreizung, auf die der biedere und immerhin realpolitisch genug empfindende deutsche Wähler nicht anders als mit dem Worte „Stuh“ reagiert. Und wenn stiel Studenten hundert Jahre zurück auf die Napoleonzeit greifen, um zu argumentieren: „Damals galt es Deutschlands Befreiung vom Joch der Franzosen, einen nicht geringeren Feind gilt es heute zu bekriegen: Sozialdemokratie und Zentrum“ — so möchten wir gegenüber allen solchen Ueberchwänglichkeiten erklären: Mit Blechmusik und literarischen Wiafahang-läusen läßt sich keine Stimmung, kein Feuer der Begeisterung im deutschen Volke wecken und kein Wahlkampf führen. Das deutsche Volk ist viel zu mahnung über ein Uebermaß von Dohheit, mit der seit Jahren vielfach deutsche Politik betrieben worden ist, um jetzt auf Schaum-flägerlein noch weiter zu reagieren. Der Wahl-kampf muß einen realen Inhalt haben und wirklich von innerer Wahrhaftigkeit und möglichst von Kraft und Größe getragen sein, um schließlich — wenn vielleicht auch nicht unmittelbar — zu einem guten Ende zu führen.

Das ist recht schön gesagt. Aber woher sollen denn die Blod-parteien die Kraft und Größe nehmen, um dem Wahlkampf einen realen Inhalt zu geben? Wo nichts ist, hat bekanntlich auch der Kaiser sein Recht verloren. —

### Steuerzahler, tu' Geld in den Beutel!

Der „Reichsbote“ kündigt vor wenigen Tagen, ohne irgend-wie demeritieren zu werden, an, daß die Regierung für das Jahr 1907 erhebliche marinsische Wehrforderungen stellen werde, da das De-placement der Linienfahrer und Panzerkreuzer erheblich über das Maß hinausgehen werde, das den Anforderungen des Flottenbauplanes vom Jahre 1900 und der Flottenmobelle vom Jahre 1906 zugrunde gelegt worden sei.

Damit werden aber die marinsischen Forderungen keineswegs erledigt sein. Es muß auch wieder an die Pläne erinnert werden, den Nordsee-Kanal, der für die neuen Panzerkolosse zu klein geworden ist, dem neuen Linienfahrertyp entsprechend zu erweitern. Es ist ja schon früher allerlei über diese Projekte durchgesickert. Es handelt sich nicht nur um Vergrößerung der Schleusen, um Erwei-terung der Ausweichtstellen, sondern auch um eine Vertiefung und Verbreiterung der Fahrtrinne, die kolossale Kosten erfordern dürfte. Wie wir hören, soll bereits eine Forderung für diese Kanalumbauten in Gestalt eines Gesetzentwurfes ausgearbeitet sein. Die Neuforderung für den Kanal soll eine Höhe erreichen, daß sie

den Stenographieren zu all den bisherigen Uebertragungen eine neue zu bereiten geeignet sei! Sie soll nämlich in die Hunderte von Millionen gehen!

Wir vermögen diese Mitteilungen nicht nachzuprüfen, doch glauben wir gern, daß der Umbau des Kanals eine riesige Summe verschlingen wird, eine Summe, die völlig auf das Konto der Flottenerüstungen zu bringen wäre!

Das Volk tut jedenfalls gut, sich auch auf diese Neuforderung gefaßt zu machen!

#### Klerikal-liberale Wahltaktik.

Das Zentrum will beunruhigt im gegenwärtigen Wahlkampf nach dem Grundgesetz verfahren: Keinem Nationalliberalen eine Stimme! Die ultramontane Presse fordert auf, auch bei Stichwahlen dieser Parole treu zu bleiben und sich vor Wahlkandidaturen zu hüten, die zu Stichwahlen und durch diese zur Wahl des Nationalliberalen führen könnten.

Die „Kölnische Zeitung“ meint dazu: „Wenn das Zentrum tatsächlich so verfährt wie die ultramontane Presse hier vorschlägt, so wäre zu überlegen, ob nicht die nationalliberale Partei ebenso verfahren und der Zentrumsparole den Grundgesetz: Unter keinen Umständen ein Zentrumsmann entgegenstellen soll, einerlei welche andere Partei in diesem Falle an die Stelle des Zentrums Siegesaussichten gewinne. Es würde auch nur folgerichtig sein, wenn auch die nationalliberale Partei auf die Aufstellung von Wahlkandidaturen in solchen Fällen verzichtete, wo diese die Niederlage des ultramontanen Kandidaten gleich im ersten Wahlgange verhindern und in der Stichwahl gar einen Zentrumsieg möglich machen könnten.“

Also nur aus Vergeltung wollen die Nationalliberalen dem Zentrum entgegenzutreten, sonst aber, wenn das Zentrum sich artig verhält, wären sie gern bereit, den Ultramontanen in den Stichwahlen beizuspringen. Das verträgt sich dann ja herrlich mit der nach der Reichstagsauflösung ausgegebenen Parole der Nationalliberalen: Das Zentrum ist der Feind, nieder mit dem Zentrum!

**Antisemitische Ehrlichkeit.** Heute druckt die „Staatsbürger-Ztg.“ den Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, ab, der unsere Zahlen über den Etat des deutschen Reiches zu widerlegen und die Tatsache hinwegzudeckeln sucht, daß die nichtbesitzende Klasse den Löwenanteil aller Reichslasten zu tragen hat. Wir haben die schönfarberischen Rechenkunststücke des offiziellen Blattes gleich am anderen Tage, am 29. Dezember, eingehend und schlagend widerlegt. Das offiziöse Organ hat daraufhin die Sprache noch nicht wieder gefunden. Aber die ehrlichen Judenfreier der „Staatsbürger-Zeitung“ drucken heute die Zahlen der „Nordd. Allg. Zeitung“ unbelümmert um unsere Widerlegung ab, ohne diese unsere erneute Abfertigung auch nur mit einer Silbe zu erwähnen! Man weiß nicht, was bewunderungswürdiger ist, die Dummheit oder Verlogenheit solcher Patrone!

**Ein Schreckschuß.** Das Wolffsche Depeschendebureau meldet aus Köln: Einem Berliner Telegramm der „Köln. Ztg.“ zufolge ließ der Gouverneur a. D. von Hennigsen gegen den Abgeordneten Erzberger wegen der in seiner Kolonialbrochüre mit seinem Namen in Verbindung gebrachten Ausführungen das Verfahren wegen verleumderischer Verleumdung einleiten.

Wenn nur nach der Wahl die Klage nicht wieder zurückgezogen wird. Herr Erzberger und die ihm nahestehenden Wähler sind schon wiederholt mit Klage bedroht worden, ohne daß es je zu einem Verfahren gekommen wäre!

### Ausland.

#### Schweiz.

##### Die Proklamation der Willkür.

Jurich, 31. Dezember 1906. (Sig. Ver.) Vor Jahresfrist hat die Reaktion noch einen Triumph erlebt: Das Bundesgericht verwarf den Rekurs unserer Genossen gegen das Verbot des Streikpostenshaltens und der Massenemonstration. Die Abweisung erfolgte auf dem sehr geschuderten formellen Grunde, daß die Rekursanten, unsere Genossen Othmar Lang und Adolphi Dr. Farnheim, zum Rekurs nicht „legitimiert“ gewesen seien, indem sie durch die beiden Verbote in ihren Rechten nicht verletzt worden seien. Die Abweisung enthält aber auch materielle Gründe, indem ausgeführt wird: „Das Verbot der Massendemonstrationen gegen die Erlasse der Regierung anbelangt, so war man darin einig, daß ein solches Verbot in Zürich im Interesse der öffentlichen Ordnung unumgänglich war, infolgedessen (?) könne von Ungleichheit vor dem Gesetz oder von Willkür nicht gesprochen werden.“ Mit Bezug auf das Streikpostenshalten sei allerdings zugubeden, daß dieses nicht schon an sich eine unerlaubte Handlung darstelle, die vom Staate zu verbieten und mit Strafe zu bedrohen wäre. Sobald aber die Streikposten anfangen, gegen Arbeitswillige Gewalttätigkeiten zu begehen und so die öffentliche Ruhe gefährden, sei es nicht mehr möglich, diese Vorverurteilung auf andere Weise zu verbieten als durch ein allgemeines Verbot des Streikpostenshaltens. Diese Voraussetzungen seien in Zürich im Sommer 1906 gegeben gewesen und so erweise auch dieses Verbot gerechtfertigt.

Zu bemerken unser Züricher Parteiorgan, daß „Vollrecht“, daß nach diesem bundesgerichtlichen Entscheid die Kantonsregierungen den Arbeitern gegenüber tun und lassen können, was sie wollen, daß sie ohne weiteres den Arbeitern das Recht der Demonstrationen und das Recht des Streikpostenshaltens rauben können. Das ist die Proklamation der Willkür, die offene Kriegserklärung der kapitalistischen Massenherren gegen die Arbeiter, die eine ungewohnte Verschärfung der Klassenkämpfe zur Folge haben muß.

Die Züricher Regierung hat sofort nach Bekanntwerden des bundesgerichtlichen Entscheides ihre Verbote des Streikpostenshaltens und der Demonstrationen zurückgenommen, so daß das neue Jahr unter normalen Verhältnissen beginnt. Auch mehrere Einweisungen wurden wieder aufgehoben. Es wird aber wohl nicht lange dauern, so beginnt der Krieg aufs neue mit allen Willkürlichkeiten des kapitalistischen Massenregiments gegen die Arbeiter. Offensichtlich bringt das neue Jahr die Arbeiterbewegung wieder vorwärts; das abgelaufene Jahr hat bedeutende Fortschritte gebracht.

#### Marokko.

Kasablanca ist — entgegen der gestrigen Meldung — nicht gegangen, sondern er trifft alle Vorbereitungen, sich gegen die Truppen des Reichs zu verteidigen. Der Kriegsminister Gebbas soll bereits 600 Mann mit drei Gebirgsgeschützen die Stadt Arzila entsandt haben. Die Truppenabteilung hat den Auftrag, sich jedem Versuch Kasankas, die Stadt zu betreten, oder anzugreifen, zu widersetzen!

#### Amerika.

Das amtliche Wahlergebnis für den Staat New York ergibt für den sozialistischen Gouverneurskandidaten Chase 21751 Stimmen. Im Jahre 1904 war die Stimmenzahl 30833 und im Jahre 1902 wurden 23400 Stimmen abgegeben. Der Kandidat der sozialistischen Arbeiterpartei erhielt 4624 Stimmen, 1904 bekam er 11415, im Jahre 1902 sogar 15886 Stimmen. Die Gesamtzahl der sozialistischen Stimmen auf den Gouverneurskandidaten war also am 6. November 1906: 26375 aus einer Gesamtstimmenszahl von 1420210 im Staate New York. Einige sozialistische Kandidaten erzielten höhere Stimmenzahlen; schon der Vizegouverneur bekam 23645, der Staatssekretär 24115, der Generalanwalt 24122 Stimmen.

### Kommunales.

#### Stadtvorordneten-Versammlung.

1. Sitzung vom Donnerstag, den 3. Januar 1907, nachmittags 5 Uhr.

Der Versammlung liegt es in der heutigen ersten Sitzung des Jahres geschäftsbildungsmäßig zunächst ob, sich für 1907 neu zu konstituieren. Demnach steht an der Spitze der Tagesordnung die Wahl des Vorstehers, des Vizepräsidenten, Stellvertreter, der drei Beisitzer und der drei Stellvertreter derselben.

Der bisherige im 67. Lebensjahre stehende Vorsteher, Stadtv. Dr. Langerhans, ist wiederhergestellt; er nimmt seinen Sitz auf der Vorstandsbänke ein und richtet an die Versammlung freundliche Begrüßungsworte zum neuen Jahre, die er zur Eröffnung der Geschäfte mit einem dreimaligen Kaiserhoch schließt, in welches die Anwesenden ausschließlich der Sozialdemokraten lebhaft einstimmen.

#### Wahl des Vorstehers.

Der Stadtv. Liebenow (N. L.) schlägt unter allgemeinem Beifall vor, den bisherigen Vorsteher durch Affirmation wieder zu wählen.

Stadtv. Dr. Langerhans wird einstimmig wieder gewählt, erklärt die Annahme der Wiederwahl und fügt dieser Erklärung folgendes hinzu: Wenn Sie mich wählen, setze ich voraus, daß Sie das Vertrauen zu mir haben, daß ich mich nicht in meiner Amtsführung ändern werde, und ich hoffe, Sie geben mir dadurch, daß Sie mich wiederwählen wollen, ein Zeichen der Zufriedenheit. Sie wissen, mein ganzes Leben lang habe ich bei allen großen Dingen, bei denen mitzuarbeiten ich mir vorgenommen habe, habe ich immer fest betont, daß nicht persönliche Freundschaft oder Voreingenommenheit, sondern einzig und allein die Sache entscheiden soll. (Beifall.) Ich hoffe, ich werde noch soviel Kraft haben, in derselben Weise wie bisher mein Amt zu führen. Ich danke Ihnen. (Wiederholter allgemeiner Beifall.)

Stadtv. Bräse (N. L.): Für den verhinderten Kollegen Heilmann gebe ich als nächstältester Mitglied der Freude darüber Ausdruck, daß unser verehrter Vorsteher von seiner Krankheit wieder genesen ist (lebhaftester Beifall) und spreche ihm und dem ganzen Bureau unseren besten Dank aus für die umsichtige, gerechte und unparteiliche Geschäftsführung während des vergangenen Jahres. Ich wünsche, daß die Herren noch recht lange körperlich gesund und geistlich an unserer Spitze bleiben. (Wiederholter Beifall; die Versammlung erhebt sich von den Sihen.)

Namens des bisherigen Vorstandes spricht Vorsteher Dr. Langerhans der Versammlung den Dank für diese Anerkennung aus.

#### Wahl des Vorsteher-Stellvertreter.

Stadtv. Liebenow schlägt vor, den bisherigen Stellvertreter Michele durch Affirmation wieder zu wählen.

Stadtv. Borgmann (Soz.): Mit Rücksicht auf die Stärke meiner Fraktion erheben wir Anspruch auf den zweiten Vorsitzenden, und ich schlage Ihnen dafür den Kollegen Singer vor.

Es muß Jettelwahl erfolgen. Das Ergebnis ist die Wiederwahl des Stadtv. Michele mit 59 Stimmen; 10 Stimmen entfallen auf Singer, 7 Jettel sind unbeschieden.

#### Wahl der Beisitzer.

Bisherige Beisitzer waren die Stadtv. Geride, Fried und Friederich; von diesen ist der letztere inzwischen verstorben.

Vom Stadtv. Falkow werden Geride und Fried zur Wiederwahl, Liebenow zur Neuwahl vorgeschlagen; Stadtv. Bruns (Soz.) schlägt als einen der Beisitzer den Stadtv. Borgmann (Soz.) vor.

Auch hier wird somit Namensaufruf und Stimmzettelwahl notwendig. Es werden 93 Jettel abgegeben, davon 2 ungültig. Gewählt werden Geride mit 68, Fried und Liebenow mit je 66 Stimmen; Stadtv. Borgmann erhält 22 Stimmen.

Zu Vizepräsidenten werden durch Jure die Stadtv. Bräse (N. L.), Alt (N. L.) und Bährndrich (N. L.) gewählt.

Damit ist der Vorstand konstituiert; die Versammlung tritt in die Erledigung ihrer Geschäfte ein.

Auch im Jahre 1907 werden die ordentlichen Sitzungen der Versammlung an den Donnerstagen von 5 Uhr ab stattfinden.

Die bestehenden ständigen Ausschüsse: 1. für die Wahl der unbefohlenen Gemeindebeamten, 2. zur Begutachtung der Vorlagen wegen Anstellung bzw. Pensionierung besoldeter Gemeindebeamten und Lehrer, 3. für Petitionen, 4. für Rechnungssachen, 5. zur Vorprüfung der Gültigkeit der Stadtvorordnetenwahlen belächelt die Versammlung in ihrer bisherigen Zusammenfassung; nur der Rechnungsausschuss wird gemäß einem früher gefaßten Beschlusse um 10 Mitglieder verstärkt werden.

In bezug auf die Zuteilung der Stadtbezirke an die Mitglieder behufs der Ausführung von Recherchen usw. soll es bei dem Status quo bewenden.

Die im Jahre 1906 eingesetzten Sonderausschüsse und gemischten Deputationen, die ihre Aufgabe noch nicht erledigt haben, werden ebenfalls in ihrer bisherigen Zusammenfassung befristet.

An Stelle des verstorbenen Stadtv. Daber ist je 1 Mitglied zu wählen: 1. in die Arbeitshaus- und Obdachdeputation, 2. in die Hochbau- und Obdachdeputation, 3. in das Kuratorium der Elisabeth-Stiftung für Witwen und Waisen unbefordeter Gemeindebeamten. In die Stelle zu 1 wird der Stadtv. Mertens (N. L.) gewählt; für die Stelle zu 2 sind Dr. Joac (N. L.), Söderland (N. L.) und Ohrenstucht (Fr. Fr.) vorgeschlagen. Für den Posten in der Hochbau- deputation hat sich Stadtv. Iden (N. L.) gemeldet; außerdem wird vom Stadtv. Borgmann der Stadtv. Fischer (Soz.) vorgeschlagen. Die Wahl wird in der nächsten Sitzung vollzogen werden.

Zur Verstärkung des Rechnungsausschusses wählt die Versammlung 10 Mitglieder durch Jure, darunter auch die Stadtv. Dupont, Manasse und Tollsdorf (Soz.).

Stadtv. Ortel berichtet über die Vorlage wegen Zuteilung der Verwaltung des Schulgrundbuchs in der Bahringstraße an den Direktor des Mädchengymnasiums und des Grundbuchs der zum Eingehen bestimmten Gemeindeschule in der Kurfürststraße an die Deputation für die Hoch- und Fortbildungsschulen behufs Unterbringung der Viktoria-Fortbildungsschule namens des auf Antrag Arons eingesetzten Ausschusses. Dieser empfiehlt, nachdem Stadtschulrat Dr. Kiehlois ihm befrriedigende Aufklärungen gegeben hat, der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Ohne Debatte beschließt die Versammlung im gleichen Sinne. Der Ausschuss für Unbesoldete hat aus Anlaß zahlreicher Klagen über Verzögerung der Erledigung von Wohnanträgen folgende Resolution der Versammlung zur Annahme empfohlen: den Magistrat zu ersuchen,

schleunigst, wofon 6000 ermarkt 21 000 von der Verantwärtung gewählt werden. Die Verzögerung in der Befehung, namentlich der Stellen in den Armenkommissionen, habe sich in unliebsamster Weise fühlbar gemacht.

Stadtv. Münsterberg begrüßt die Ausschussvorläge mit großer Sympathie, hebt aber hervor, daß die geäußerten Unzulänglichkeiten auf dem Gebiete der Armenverwaltung nicht erst in neuerer Zeit, sondern seit vielen Jahren hervorgetreten seien. Die Armenverwaltung habe stetig auf Auswege geworben und sei auch auf die Zulassung provisorischer Ersatzkräfte gekommen, dies jedoch in so verlauslielter Form, daß irgend ein Mißverständnis daraus nicht habe entstehen können. In gewissen Fällen werde von dieser Maßregel auch ferner Gebrauch zu machen sein, denn es sei tatsächlich vorgekommen, daß das Amt eines Kommissionsvorsitzenden fast 8 Monate unbesetzt geblieben sei, womit eine geordnete Verwaltung geradezu unmöglich gemacht werde.

Stadtv. Michele (Fr. Fr.): Es ist erfahrungsgemäß schwer, in den Außenbezirken Bürger für diese Arbeiten heranzuziehen. Vielleicht erwägt der Magistrat den Vorschlag, im Zentrum der Stadt, wo die Kommissionen teilweise wegen der Zunahme Warenhäuser usw. kaum noch einen Wirkungsbereich haben, einzige Kommissionen zusammenzuliegen und die freiverwendenden Zeit zur Verfügung zu stellen.

In der weiteren Debatte betont Stadtv. Dr. Langerhans, daß man der Schwierigkeit nicht eher völlig Herr werde, als hie Mittelwirkung der Frauen in größerem Umfange gewonnen sei.

Stadtv. Geride: In der Armenverwaltung sind bis hinhem ganzen 35 Frauen tätig.

Nachdem noch Stadtv. Tollsdorf (Soz.) die Annahme der Ausschussvorläge empfohlen hat, gelangen diese einstimmig zur Annahme.

Für die Maßnahmen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, insbesondere zum permanenten Besch der Schmidt-Gallisch (Kinderasyl) Stiftung angelegten Säuglingsfürsorge stellen sich der Magistrat für 8 eine Nachbewilligung von 8449 M. nach.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Wir treten selbstverständlich die Forderung ein, die uns trotz ihrer ansehnlichen Erbschaft auch gar nicht so sehr überrascht, denn schon im März vorigen Jahr haben wir darauf hingewiesen, daß die damals bewilligten Mittel keineswegs genügen würden, daß vielleicht allein für die Stillz eine jährliche Summe von 800 000 M. erforderlich sein würde; nach dem Wahlsiege von Paris müßten wir sogar 600 000 M. jährlich ausgeben. Professor Schloßmann in Dresden, eine Autorität auf diesem Gebiete, hat pro Kopf der Bevölkerung 1 M. für 15 wendig erklärt, was für Berlin 2 Millionen bedeuten würde. 2 Verwaltung scheint ja die Sache etwas über den Kopf gewachsen sein, denn es wird angegeben, daß man die strengsten Recherchen bezüglich der Dürftigkeit habe einleiten lassen. Daß man so Lohnnachweise verlangt hat, scheint uns doch etwas zu weit zu gehen; als damals die Vorlage beraten wurde, wolle auch der Magistrat diese Fürsorgestellen möglichst weiten Kreisen zugänglich gemacht wissen, auch den Angehörigen des kleinen Mittelstands. Da darf doch die Inanspruchnahme dieser Stellen nicht allzu se erschwert werden. Es ist seinerzeit auch die Heranziehung des Frauenelements in den Gemeindefürsorgestellen für die Kontrolle dieser Frauen und Kinder befürwortet worden; es ist aber in dieser Beziehung nicht viel geschehen, wohl weil die Mitglieder der Bezirksräte im allgemeinen nicht gern mit Frauen arbeiten, diesen höchstens einige Recherchen zuweisen, sie aber andererseits nicht einmal zu den regelmäßigen Sitzungen zuziehen. Hier ist die Beteiligung von Frauen im Ehrenamt doch in erheblichem Umfange, als es gegenwärtig geschieht, angezeigt. Ferner sollten bezüglich der Beschaffung der Milch auch andere Wege als die bisherigen in Erwägung gezogen werden. In einer Broschüre des Sanitätsrats Kassel wird die Notwendigkeit von Säuglingskrankenanstalten mit großem Nachdruck betont; vielleicht entnimmt die Waisenverwaltung hieraus den Anlaß, die Errichtung des städtischen Säuglingskrankenhauses zu beschleunigen, von dem bisher, trotzdem die 228 Millionen-Aufleihe auch hierfür die Mittel bieten sollte, noch immer nichts verlautet hat. Im übrigen halten wir keine Anwendung städtischer Mittel für ersprießlicher und gewinnbringender, als gerade für diese Zwecke. (Beifall.)

Stadtv. Goldschmidt (N. L.) wünsch ebenfalls dezentere Ausführung der Recherchen; eine gewisse Kontrolle müsse aber sein. Auch er spricht sich für stärkere Heranziehung des weiblichen Elements bei der Handhabung dieses Zweiges kommunaler Fürsorge aus.

Stadtv. Dr. Nathan (Soz., Fortschritt): Die Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit der Einrichtung kann nicht mehr bezweifelt werden. Leider ist die Kindersterblichkeit in Deutschland noch immer sehr hoch, nur auf Grund übertritt uns darin. Hier muß besonders Berlin schnell mit Vorbeugungsmaßnahmen vorgehen, die vorhandenen Fürsorgestellen schnell vermehren, um den Procentsatz wirksam herabzudrücken. (Beifall.)

Stadtv. Dr. Bülow (Fr. Fr.) ist persönlich mit den Ausführungen des Kollegen Wehl vielfach einverstanden, glaubt aber, daß die Vermehrung der Stellen um zwei dem Bedürfnisse genügen wird. Die Fürsorge für die Säuglinge unter den Halbtierkindern sollte in den Säuglingsfürsorgestellen zentralisiert werden; bisher habe aber die Waisenverwaltung diesen Weg nicht betreten, obwohl er sogar zu Ersparnissen führe. Auch die Säuglinge im Bereich der Armenverwaltung sollten von diesen Stellen übernommen werden. Die Vorlage wird angenommen.

Für das Geschäftsjahr 1. Oktober 1906/07 der städtischen Feuerzettel ist zur Deckung der Brandschäden, der Beiträge zu den Kosten des Feuerlöschwesens und der Nebenkosten die Einziehung von 4,75 M. auf je 100 M. Versicherungssumme erforderlich. Der Einheitsatz wird in dieser Höhe festgesetzt.

#### Schluß 49 Uhr.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Sozialdemokratischer Presskühler.

Dortmund, 3. Januar. (W. G.) Die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ hatte dem Oberhausener Gewerbegericht Parteibeihaftigkeit vorgeworfen. Redakteur Franke wurde nun wegen Verleumdung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

#### Vom Eisenbahngang getötet.

Halle a. S., 3. Januar. Der Berliner D. - Zug 6 überfuhr bei Annenbrunn zwei Streckenarbeiter, einer war sofort tot, der andere ist tödlich verletzt.

#### Koblenarbeiterstreik.

Hünstirchen, 3. Januar. (W. T. B.) Etwas tausend Arbeiter der bei Hünstirchen gelegenen Koblenbergwerke sind in den Aufstand getreten.

#### Liebeswerben.

London, 3. Januar. (W. T. B.) In einem Schreiben an den Lordmayor von London spricht der Oberbürgermeister von Berlin, Airshner, seine herzlichsten Wünsche zum neuen Jahr aus; er gedachte dabei des gütigsten Empfangs, der den deutschen Stadtvertretern im vergangenen Jahre in London bereitet wurde, und spricht die Hoffnung aus, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und England andauern und immer fester werden.

#### Zum Schiffsbrand in Norwegen.

Korsund (Norwegen). (W. T. B.) Bei dem Brande an Bord des Dampfers „Lindholmen“ sind, wie manchem mitgeteilt wird, 38 Personen umgekommen. Nach einer anderen Mitteilung beträgt die Zahl der Toten neun.

Unser Wahlprogramm.

Dem lahmen Wahlprogramm des Fürsten Bülow stellen wir unser Wahlprogramm entgegen. Es lautet klar und bündig:

Die Sozialdemokratie, als Vertreterin der modernen Arbeiterklasse, ist die natürliche Hüterin von deren Rechten und Forderungen. Sie kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Feudalherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts, der Abstammung.

Ihr Ziel ist: die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.

Aber dieses Ziel kann nicht plötzlich erreicht werden und nur zu verwirklichen durch die Zustimmung der großen Mehrheit der Volksgenossen, die an dieser Umwandlung interessiert ist und die Notwendigkeit derselben erkannt hat.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen handelt es sich nicht um die Bege zu einer solchen Entwicklung frei, die unterdrückten und ausgebeuteten Klassen für ihren Kampf widerstands- und kampffähiger zu machen durch Hebung und Verbesserung ihrer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lage.

Aus diesen Gesichtspunkten tritt die Sozialdemokratie im nächsten Reichstag wieder ein:

- für die Erhaltung und Erweiterung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts und seine Ausdehnung auf die Frauen;
für ein demokratisches Vereins- und Versammlungsrecht ohne Ansehen der Person;
für die Sicherung und Vervollkommnung des Koalitionsrechts und seine Ausdehnung auf die Landarbeiter;
für einen gesetzlich fixierten Normalarbeitsstag von höchstens 10 und allmählicher Einschränkung auf 9 und 8 Stunden für alle Arbeiter;
für Erweiterung des Arbeiterschutzes und Beschränkung der Sonntags- und der Nachtarbeit auf das technisch absolut Notwendige;
für Schutzgesetze für die Heimarbeiter;
für ein Reichsarbeitsamt, Arbeitsämter und Arbeiterkammern;
für ein Reichsberggesetz mit ausreichenden Schutzbestimmungen für die Bergarbeiter;
für ein einheitliches deutsches Arbeiterrecht;
für Erweiterung, Vereinfachung und höhere Leistungen der Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung;
für Verbesserung der Gewerbeinspektion unter Heranziehung von Vertretern der Arbeiter und Arbeiterinnen;
für Sicherung der Meinungsfreiheit und freien Betätigung der politischen und religiösen Ueberzeugung in allen Lebensstellungen, insbesondere auch für die Beamten und Militärpersonen, die ferner nicht Staatsbürger zweiter Klasse sein sollen;
für Sicherung vor Beamtenwillkür und für Sicherung einer unparteiischen Rechtspflege;
für die Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche;
für vollste Freiheit des religiösen Bekenntnisses;
für die stufenweise Herabsetzung und schließlich gänzliche Beseitigung der Zölle und Steuern auf notwendige Lebensmittel;
für Beseitigung der Einfuhrbeschränkungen auf die Einfuhr von Vieh- und Fleischwaren unter Aufrechterhaltung zweckmäßiger, aber nicht schikanöser sanitärer Kontrollmaßnahmen;
für Aufhebung der Zölle auf Futtermittel;
für die Einführung einer progressiven Reichs-Einkommensteuer für alle Einkommen von über 5000 Mk. im Jahr; für die Einführung einer progressiven Vermögenssteuer für alle Vermögen über 50 000 Mk. und für sehr erhebliche Erweiterung der Reichserbschaftsteuer;
für die allmähliche Umwandlung des stehenden Heeres in eine Volkswehr auf demokratischer Grundlage, aufgebaut auf der militärischen Erziehung der gesamten männlichen Jugend; gegen die unnütigen Flottenrüstungen;
für eine auswärtige Politik, die die Versöhnung und Verbrüderung der Völker zum Ziele hat, und Schlichtung internationaler Streitigkeiten durch einen aus Vertretern der Kulturnationen zusammengesetzten Areopag (Gerichtshof);
für Förderung der internationalen Kulturinteressen durch Gründung eines internationalen Parlaments;
gegen eine geldfressende Kolonialpolitik, durch die die Eingeborenen ihres Eigentums gewaltsam enteignet, unterdrückt und ausgebeutet werden, und die Skandale schlimmster Art im Gefolge hat;
gegen die Liebesgabenpolitik;
endlich: für schärfste Kritik und Bekämpfung aller Mißbräuche, Ungerechtigkeiten und Mißhandlungen, wo immer sie vorkommen.

Wir empfehlen den Parteigenossen, dieses Programm in einem der zur Verteilung gelangenden Flugblätter zu veröffentlichen.

Die russische Revolution.

Attentat.

Petersburg, 3. Januar. (W. T. S.) Nach Beendigung des Gottesdienstes verließ der Stadthauptmann als erster die Kirche. In diesem Augenblicke näherte sich ihm ein gut gekleideter, junger Mann und gab aus nächster Nähe auf ihn einen Schuß ab. Der Stadthauptmann fiel mit dem Gesicht in den Schnee, der Unbekannte feuerte weitere sechs Schüsse auf ihn ab, von denen einer den Nacken traf und an der Schläfe heraustrat. Durch einen achten Schuß in den Mund tötete sich der Würber selbst und fiel neben dem Stadthauptmann nieder. Der diensthabende Offizier verlegte dem Würber mehrere Säbelschläge. Der Stadthauptmann wurde in die Kirche getragen, wo er nach kurzer Zeit verstarb. In der Menge wurden zwei Verhaftungen vorgenommen. Man vermutet, daß der Würber aus Tambow stammt, wo der ermordete Stadthauptmann große Besitzungen hatte.

Das Bülow'sche Manifest in der bürgerlichen Presse.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle wissen, aus derselben, die uns schon vorher über den schönen Silberbrief informierte, hat Fürst Bülow auf sein Wahlmanifest große politische Hoffnungen gesetzt und sich bedeutende Wirkungen von ihm versprochen. Inzwischen dürften diese lächerlichen Erwartungen, die sich nur aus der völligen Verkennung der politischen Lage durch den Reichskanzler begreifen lassen, sehr herabgestimmt sein, denn eigentliche Anerkennung findet das geschwätzige Schreiben nur bei der nationalliberalen Presse — mit Ausnahme der „Rhein-Westf. Ztg.“ — die anderen Teile der bürgerlichen Presse sind mit der inhaltlosen Phrasologie des Manifestes mehr oder weniger unzufrieden, und die Zentrumsblätter können sich sogar eines lauten Dohlnachens nicht enthalten: die treffendste Bestätigung der völligen Wirkungslosigkeit des Machwerkes, das an der Stellungnahme der Parteien im Wahlkampfe nicht das geringste ändert.

Beginnen wir mit der konservativen Presse. Die „Konservative Korrespondenz“ schreibt:

„Es liegt uns fern, die Aussichten des Reichskanzlers auf eine solche erfreuliche Entwicklung unseres Parteilebens zerlören zu wollen. Aber nach dem bisherigen Verlauf der Wahlbewegung namentlich im liberalen Lager können wir uns in dieser Hinsicht einem großen Optimismus nicht hingeben. Auch in der Beziehung vermögen wir den Erwartungen des Fürsten Bülow nicht zu folgen, daß der starke Gegensatz, der zwischen den bürgerlichen Parteien der Rechten und denen der Linken in wirtschaftlichen Fragen bestanden habe, kein unüberwindliches Hindernis sei, da der unbedingt nötige Schutz der Landwirtschaft in den neuen Handelsverträgen auf ein Jahrzehnt hinaus gesichert wäre. Diese Sicherung wird jedoch in freihändlerischen Kreisen nach wie vor der Landwirtschaft nicht zugestanden.“

Noch skeptischer äußert sich die „Deutsche Tageszeitung“:

„Was Fürst Bülow über die Wandlung des Liberalismus sagt, das klingt überaus optimistisch. Eine einheitliche liberale Partei, die den klaren Willen und die Fähigkeit gezeigt hätte, positive Politik zu treiben, hat es gewiß nicht gegeben. Die wird es aber auch nach den Wahlen nicht geben, mögen sie ausfallen, wie sie wollen. Von dem Wandel in den doktrinären Anschauungen“ der Vertreter des liberalen Bürgerthums haben wir höchlich wenig verhofft. Im Gegenteile, gerade in den letzten Tagen ist man nach einer kurzen Zeit der Selbstbestimmung mehr und mehr zu diesen doktrinären Anschauungen zurückgekehrt.“

Die „Kreuzzeitung“ lehnt sogar die Bülow'schen Ratschläge mit einem gewissen Spott ab:

„Daß auf die Konservativen und auf die National-Liberalen in nationalen Fragen stets Verlaß gewesen sei, wird ausdrücklich hervorgehoben: sie werden den freisinnigen geradezu als Muster hingestellt. Damit können wir ja wohl zufrieden sein. Da aber die Rundgebung von Silberbrief 1906 datiert ist und bis dahin auch dem Reichskanzler bekannt geworden sein mußte, daß die Nationalliberalen im Wahlkampfe nicht nur gegen Sozialdemokraten, Polen, Welfen und Zentrum“, sondern auch gegen die Konservativen „Wochen zu gewinnen“ suchten, so vermissen wir an dieser Stelle der Rundgebung die so überaus notwendige Mahnung an jene Partei, nicht durch Parteiegoismus die gemeinsame nationale Sache zu gefährden. Möglicherweise, daß der Reichskanzler die Gelobung der Nationalliberalen, auch ihnen Ginge die Nation über die Partei, in abhortativem Sinne gemeint hat: verstanden wird sie nicht so, zumal auch die offizielle Presse zu allen Angriffen der Nationalliberalen auf alte konservativ Wahlkreise beharrlich schweigt. Wir werden also kaum auf die Sympathie des Reichskanzlers in unserer Selbstverteidigung gegen nationalliberale Einbrüche rechnen können. Das kann uns aber nicht beirren.“

Die nationalliberalen Blätter wissen, wie schon vorher erwähnt wurde, an dem Kanzlermanifest allerlei vernünftige Ansichten zu entdecken; nur die „Rhein-Westf. Ztg.“ findet die Sage über das Zentrum viel zu schwach:

„Warum aber in aller Welt fordert uns der Kanzler wieder auf, nicht zu vergessen, daß die wichtigsten Fragen nur mit Hilfe des Zentrums zu lösen waren? Warum rüdt er diese Jahrzehnte dauernde Verhinderung wiederum in den Vordergrund seiner Silberbriefe? Ist nicht zum hundertsten und oberhundertsten Male betonen worden, daß gerade dieses Bündnis der Regierung mit dem Zentrum, auf das der Kanzler ansehnend heute noch stolz ist, alle die giftigen Pfeile — von der nationalen Warte aus gesehen — alle die Mißerfolge unserer Politik hervorgebracht hat? War nicht stets der lauteste und schärfste Vorwurf noch in den letzten Wochen der, daß der Druck mit dem Zentrum nicht frühzeitig erfolgte, daß schon allzuviel veräumt sei? Fürst Bülow mag heute die nationalen Bedenken gegen die ultramontane Parlamentsherrschschaft noch so einleuchtend vorbringen, alle Welt weiß doch, daß er in der großen Aktion der Geschiedenen gewesen ist, daß eine nicht mehr zum Schweigen kommende Opposition ihm das Messer in die Hand zwang, mit dem er das Tischstuch dann zerfchnitt.“

Auch die sogenannte „entfesselte liberale“ Presse beurteilt den langen Schreibbrief des Reichskanzlers im ganzen ziemlich günstig. Die „Freisinnige Zeitung“ findet allerdings noch nicht heraus, ob Fürst Bülow tatsächlich eine politische Kursänderung will. Sie meint:

Aus dem Schreiben des Reichskanzlers geht nicht hervor, ob die Absicht besteht, eine Änderung des herrschenden Kurzes herbeizuführen. Das Ziel des Wahlkampfes soll die Beseitigung der gegenwärtig bestehenden „schwarzen Majorität“ des Reichstages sein. Das entspricht unserer Auffassung. Fürst Bülow wünscht eine Verstärkung der liberalen Parteien, um die Bildung einer Mehrheit von Fall zu Fall gegen Zentrum und Sozialdemokratie zu ermöglichen. Seine Äußerungen über die bisherige Haltung der liberalen Parteien sind nicht

einwandfrei. Der entschiedene Liberalismus, wie ihn die freisinnige Volkspartei vertritt, erstrebt nicht „Einfluß auf die Regierungsgeschäfte“, sondern verlangt, daß liberale Grundsätze im Staatsleben Platz greifen. Die freisinnige Volkspartei, die in diesem Wahlkampfe auf Seiten der Regierung steht, wird Maßnahmen der Regierungspolitik, die ihren Anschauungen nicht entsprechen, wie bisher auch in Zukunft entschieden bekämpfen.“

Vertrauensvoller, wie immer, ist die gute altjungerliche „Wolff. Ztg.“:

„Aber schließlich, die Tatsache bleibt bestehen, daß Fürst Bülow genötigt ist, der bürgerlichen Linken um seiner selbst willen im Wahlkampfe Erfolg zu wünschen. Und deshalb wird sie denjenigen Teilen seiner Rundgebung, die ihr mißfallen müssen, kein übertriebenes Gewicht beimessen. Uebrigens setzt sie ihre ganze Kraft ein, um ihren Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung zu verstärken, liberale Grundsätze zur Geltung zu bringen nicht um einem Staatsmanne zu gefallen. Und Fürst Bülow wird in demselben Maße liberaler sein, wie der Liberalismus im Reichstage in der Lage ist, auf dessen Geschäfte einzuwirken. Fallen die Wahlen liberaler aus, so wird die Regierung, gern oder ungern, in liberalere Bahnen einlenken.“

Dagegen findet das „Berl. Tagebl.“ an dem Schreiben recht vieles auszusetzen:

„Der Brief studiert, gelangt schnell zu der Ueberzeugung, daß Fürst Bülow sehr gern auch mit den Liberalen „arbeiten“ will, falls die Liberalen bereit sind, auf sämtliche liberalen Forderungen und Grundsätze zu verzichten. Man gewinnt beinahe den Eindruck, als habe Fürst Bülow seinen Brief in einer leicht ironischen Stimmung geschrieben, denn was er beispielsweise von dem Gegensatz in wirtschaftlichen Fragen sagt, klingt wie verstellte Ironie. Fürst Bülow hält diesen Gegensatz für „kein unüberwindliches Hindernis“ zur Einigung, dem „der unbedingt notwendige Schutz der Landwirtschaft in den neuen Handelsverträgen auf ein Jahrzehnt hinaus gesichert“. Und ist es nicht Ironie, wenn Fürst Bülow die Liberalen vor jeder „Uebertreibung der Prinzipien“ warnt und sie auf das „praktisch Erreichbare“ hinweist? In seinem ganzen Schreiben macht er dem Liberalismus auch nicht die winzigste Konzession, und er fordert ihn auf, mit diesem „praktisch Erreichbaren“ zufrieden zu sein!“

Man muß sich fragen, was Fürst Bülow mit diesem Briefe bezweckt und ob er wirklich geglaubt hat, die Liberalen damit zu befriedigen. Die liberalen Wählermassen werden von dieser Epistel schwerlich sehr erbaut sein, und selbst diejenigen freisinnigen Wahlvereine, die dem Reichskanzler Huldigungstelegramme geschickt, werden ihr Doveschensgeld zurückwünschen. Mit einer klüftigen Geschicklichkeit, die Fürst Bülow wohl im intimen Umgange mit den Zentrumsparates gelernt und die einen Pascal entzückt hätte, wird in dem Briefe gegen „die leider in einigen liberalen Köpfen noch herrschende Idee“ protestiert, daß „die Reaktion im Reiche von rechts drohe“. Die Behauptung, daß diese Idee nur „in einigen liberalen Köpfen“ herrsche, ist schon an sich nicht ganz einwandfrei, aber nach der Lectüre des Manifestes könnten diese argwöhnischen Köpfe sich vielleicht noch vermehren.“

Voller Hohn sind die Zentrumsblätter. Die „Germania“ schreibt ironisch:

„Wir gestehen von vornherein: dieser Silberbrief gefällt uns gar nicht so übel; das Zentrum kann in Anbetracht der Umstände“ sehr damit zufrieden sein. Wird ihm doch von autoritativer Seite bezeugt: 1. daß staatliche Hoheitsrechte ihm zu Liebe nicht preisgegeben und irgendwie bedenkliche Zugeständnisse in religiösen und kulturellen Fragen ihm nicht gemacht worden sind, 2. daß es die wichtigsten nationalen Aufgaben, die an den Reichstag herantraten, hat lösen helfen. Damit verpufft die Wahlparole: „Gegen die ultramontane Herrschaft und das unrationale Zentrum“ in die Luft. ... Daß die Liberalen mit dem „Programm“ des Fürsten Bülow zufrieden sein werden, bezweifeln wir. Nach ihren bisherigen Äußerungen hatten sie bestimmte Zusagen wegen eines liberalen Regiments erwartet. Und was hören sie? An dem, was mit Hilfe des Zentrums geschaffen worden ist, namentlich auch auf wirtschaftlichem Gebiete, dürft ihr nicht rütteln, wohl aber ist die Regierung bereit, „von Fall zu Fall“ mit euch eine Mehrheit zu bilden, das heißt, ihr von der Linken dürft einbringen, wenn sonst keine Mehrheit zu beschaffen ist. ... Alles in allem: die Rundgebung des Reichskanzlers wird uns die Wahlen nicht verderben. Sie ist ein gutes Zeugnis für das Zentrum, aber wenig geeignet, die Regierungsparteien zu begeistern und zu geschlossenen Vorgehen zu reizen.“

Säufiger noch in ihrem Spott ist die „Rhein. Volksztg.“:

„Wo das ist die Regierungsrundgebung, die von den liberalen Blodgenossen stürmisch und immer stürmischer verlangt war, und deren Erscheinen der „Vorwärts“, der unter dem Personal des Reichsverbandes zur Belämpfung der Sozialdemokratie — o Ironie! — belanntlich gute Freunde hat, zu Neujahr angekündigt hatte! Wir sehen schon die enttäuschten Gesichter im Blodlager: „Watt, Luise, wie Deine Seele ist diese Simonabel!“ Was Fürst Bülow über die Parteiverhältnisse in den letzten Reichstagen, insbesondere über die Fehler der beiden freisinnigen Gruppen — die süd-deutschen Demokraten nennt er nicht einmal — und über die von oben gewünschte Änderung ihrer Politik sagt, ist gewiß keine politische Offenbarung; ganz so, fast mit denselben Worten, ist es den Nationalliberalen vom „großen Bruder“ rechts“, den Nationalliberalen, schon seit Jahren gepredigt worden. Nach dem Tode Eugen Richters, den Fürst Bülow übrigens gründlich mißversteht, wenn er seinen Kampf gegen die Sozialdemokratie als Beginn einer Schwächung des Freisinnus ansieht, hatte dieses Zureden ja auch einigen Erfolg. Ob aber Fürst Bülow mit diesem Wahlflugblatt die richtige Rauberformel gefunden hat, um dem Freisinn das Oppanzieren ganz abzugewöhnen, ist uns doch recht fraglich.“

Man sieht, das deutsche Volk hat „den großen Moment“ noch nicht richtig erfaßt, in dem kein parfümierter und schön frisierter zweifler Kanzler zu ihm spricht.

Ein „Geheimbündnisprozess“.

Unter gewaltigem Andränge des Publikums begannen Donnerstag vormittag vor der Strafkammer des Bresener Landgerichts die Verhandlungen in einem politischen Prozesse, der allgemeines Interesse erregt. Man glaubt, endlich einige der Hauptführer des groß-polnischen Sozialverbandes in die Saiten des Gesetzes verstricken zu können. Nach Ansicht der Anklagebehörde sollen nämlich die heute aus Hunderttausenden von Anhängern zusammengesetzten Sozialverbände die „Kadres der künftigen polnischen Revolutionsarmee“ bilden. Welches Interesse auch im Auslande der Verhandlung entgegengebracht wird, erhellt u. a. daraus, daß an dem überfüllten Berichterstatterische Vertreter des Pariser „Welt Journal“ und des „Echo de Paris“ sowie Journalisten aus Warschau, Krakau und Lemberg sitzen! Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landgerichtsdirektor Engel, während als Verteidiger der aus dem Bresener Schulkammler-Prozesse her bekannte Rechtsanwalt Archimedes Wiesen tätig ist.

Der deutsche Arbeitsmarkt im Jahre 1906.

Nach den Ermittlungen der Arbeiterorganisationen ist die Zahl der Arbeitslosen ständig zurückgegangen. Von den Verbänden, die an das kaiserliche statistische Amt berichten, wurden Arbeitslose gezählt in Prozentsatz:

im 1. Quartal	im 2. Quartal	im 3. Quartal
1905 = 1,6	1905 = 1,5	1905 = 1,4
1906 = 1,1	1906 = 1,2	1906 = 0,8

Die niedrigste Arbeitslosenziffer trat auf den Monat August, an dessen Ende 0,7 Proz. Arbeitslose ermittelt wurden. Rückwärts an dem Durchschnitt war bei allen Arbeitslosenzählungen 1906 ein Prozent nach unten abgefallen; so waren Ende August 0,2 Proz. der den Organisationen angeschlossenen Arbeiter ohne Beschäftigung.

Vielmehr sind Verschiebungen der arbeitenden Bevölkerung beobachtet gewesen, wie im allgemeinen der Zugang nach den Städten und nach den Industriezentren sich von neuem verft hat, so sind auch aus Berufen, deren Verhältnisse weniger günstig lagen, zahlreiche Arbeiter in Berufe übergetreten, wo die Verhältnisse besser waren. Besonders stark ist die Binnenwanderung vom Osten nach dem Westen Deutschlands hervorgerufen worden hauptsächlich der Kohlenbergbau und die Eisenindustrie in Inland und Westfalen waren es, die den Zustrom an Arbeitslosen aufgenommen haben. Ausserordentlich stark war auch der Zuwachs von außerdeutschen Arbeitern, die alle und sehr rasch in Deutschland an Arbeitsunterkommen fanden. Sehr günstig war während des ganzen Jahres das Baugewerbe beschäftigt; nur in einem Distrikt im Osten der preussischen Monarchie hatte das Baugewerbe einen klaren Geschäftsgang. Infolge dieser günstigen Baukonjunktur waren nicht nur die zahlreichen Schichten von Bauhandwerker und Bauarbeiter gut beschäftigt und erzielten einen höheren Verdienst, auch die verschiedenen Nebengewerbe, welche die Baumaterialien liefern, erreichten dadurch eine gesteigerten Umsatz und zugleich höhere Preise. Ebenso kann die Lage der Textilindustrie im allgemeinen als eine günstige bezeichnet werden; beeinträchtigt wurde die Produktion durch den Mangel an Arbeiterinnen. Auch das Maschinenbau und die chemische Industrie, die Papierindustrie, die Lederindustrie, die elektrische Industrie, der Waggonbau usw. und wie in der Großindustrie war auch in den Industriezweigen mit mittleren Betrieben und in den handwerksmäßigen Betrieben der Geschäftsgang ein guter. In den kleinen Betrieben und im Handwerk, wo es sich oft um qualifizierte Arbeiter und um Spezialfertigkeiten handelt, mannt es ebenfalls recht häufig an geschickten Arbeitern. Besonders e Betriebe in den kleineren Orten hatten darunter zu leiden. Wer wurde im Handwerk wiederum ein starker Lehrlingsmangel empfunden. Der günstige Geschäftsgang in allen Produktionszweigen wirkte auch auf den Handel und Verkehr günstig und sowohl der Handel im großen wie auch der Detailhandel haben günstig abgeschlossen. Sehr stark wirkte die gute Konjunktur noch ein auf das private und monopolisierte Transportwesen, es das Expeditionsgewerbe, auf die Eisenbahnen und Posten. Die Eisenbahnen der preussisch-hessischen Eisenbahngesellschaft sind im Jahre 1906 gegen das Vorjahr um 10 Proz. gestiegen, trotzdem auch schon das Vorjahr günstig abgelaufen. Nach den vorliegenden Aufträgen läßt sich auch für 1907 ein Jahr günstiger Konjunktur erhoffen.

**Siemens u. Halske A.-G.** Die Aktionäre der Siemens u. Halske Aktiengesellschaft beschloßen in der am Mittwoch stattgefundenen Generalversammlung, der vorgelegten Bilanz und einer sofort zahlbaren Dividende von 10 Proz. zuzustimmen.

**Preiserhöhung.** Die Vereinigung rheinisch-westfälischer Schweiß- eisensalzwärker beschloß eine sofort in Wirksamkeit tretende Preiserhöhung um 5 M. pro Tonne.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ meldet, daß in der letzten Versammlung der Vereinigung der Eisenwalzwerke beschloßen wurde, die Inlandpreise für Bandisen um 2,50, die Auslandspreise um 5 M. pro Tonne zu erhöhen.

Die Terraingefellschaft am Großschiffahrtswege Berlin-Stettin hat ein Gelände von 17 Morgen mit einem Buchwert von 34 000 M. zu 105 400 M. verkauft.

**Der deutsch-dänisch-westindische Lotterieschwindel.** Die dänisch-westindischen Kolonialinteressenten und ihre deutschen Mitinteressenten und Helfershelfer meinen offenbar, daß das deutsche Volk durch seine eigenen Kolonien noch nicht schwer genug belastet ist und wohl noch eine freiwillige Steuer auf sich nehmen kann, um dem chronischen Mangel der dänischen Kolonialverwaltung von St. Thomas, St. Cortz und St. John abzuhelfen. Dänemark allein konnte mit dem schönen Mittel einer Lotterie nicht das nötige Geld aufbringen, nun soll das Ausland, besonders das deutsche Volk, helfend eingreifen und gerade zu Neujahr wird den deutschen Reichsbürgern der pompöse Prospekt der „Dänischen Koloniallotterie“ ins Haus geschickt. Eine Postanweisung ist beigelegt, damit man schleunigst sein Geld los werden kann. Das dänische Staatswappen zielt jedes der Lose. Wie es mit dieser Lotterie bestellt ist, hat der „Vorwärts“ bereits im vorigen Jahre in Nummer 248 darzulegen. Taschen zu!

**Deutschlands Außenhandel.** In den ersten elf Monaten ist der Umsatz im deutschen Außenhandel um 9 Proz. gegenüber dem Vorjahre gestiegen; die Bilanz des Jahres 1906 ist bereits um beinahe 50 Proz. überholt. Auf die Einfuhr und Ausfuhr verteilt sich die Bewegung folgendermaßen:

	Einfuhr	Ausfuhr
1900	421 367	298 427
1901	410 808	294 590
1902	400 442	318 925
1903	431 648	351 648
1904	445 219	352 518
1905	495 171	369 015
1906	525 671	401 519

Die Hauptzielsetzung entfällt also relativ auf die Ausfuhr, die allein um rund 34 Proz. gegenüber 1900 zugenommen hat. Auch im Vergleich zu 1905 ist die Ausfuhr kräftiger gewachsen als die Einfuhr, allerdings hauptsächlich in der ersten Hälfte des Jahres; in den letzten Monaten erfährt die Einfuhr wieder einen kräftigeren Aufschwung.

**Gewerkschaftliches.**

Berlin und Umgegend.

**Die Aussperrung in den Luckenwälder Bronzewarenfabriken** ist beendet, und zwar mit einem durchschlagenden Erfolg für die Arbeiter. Die Unternehmer haben eingesehen, daß der von ihnen aufgestellte und den Arbeitern zur Unterschrift vorgelegte „neue Accordtarif“ nicht durchzuführen war. Auch waren alle Bemühungen der Herren, Arbeitswillige in genügender Zahl heranzuziehen, mißlos. Nur ein verschwindend kleines Häuflein dieser für den Staat so außerordentlich nützlichen Elemente hatte sich den Luckenwälder Fabrikanten zur Verfügung gestellt. Es waren aber auch welche da. — Sollten sich die Fabrikanten also nicht selbst einen unannehmbaren Schaden zufügen, so mußten sie wohl oder übel andere Seiten aufziehen. Sie verließen daher schleunigst ihren ursprünglichen Schlichtungspunkt, jede Einmischung „dritter“ in die Angelegenheiten des Fabrikanten mit „feinen“ Arbeitern grundsätzlich abzulehnen, und zogen die sonst so verhassten Verhandlungsvertreter zu den notwendigen Verhandlungen hinzu. Was war denn auch das durchgeführt, was bei einigermaßen gutem Willen der Herren auch ohne Aussperrung mit Leichtigkeit möglich gewesen wäre. Die Fabrikanten zogern ihren Accordtarif und damit auch die halbnackten Lohnreduktionen zurück und gaben nunmehr eine spezialisierte, für jeden Betrieb

Auf der Anklagebank sitzen insgesamt 22 Personen. Der Haupt- und ursprünglich der Herrenhausmitglied Dr. Josef von Roscielski, der seinerzeit für seine Abstimung bei der Maxime-Vorlage mit dem Kronenorden 2. Klasse dekoriert wurde und seit dieser Zeit den Beinamen „Admiral“ trägt. Herr von Roscielski, ein sehr vermöglicher Rittergutsbesitzer, soll seinen Mitangeklagten im Oktober 1906 seinen Outspart in Mikoslaw zur Abhaltung eines geheimen Sokol-Kongresses zur Verfügung gestellt und einige der Angeklagten voranlaßt haben, bei dieser Veranstaltung bewaffnet zu erscheinen! Seine am Parteieingänge postierten Förster haben nämlich mit ihren ungeladenen Jagdgewehren den eingehenden Sokols präsentiert und den Eintritt Andereusener, vor allem auch der zur Kontrolle der Tagung ausgesandten Polizeibeamten, den Zutritt verweigert. Nachdem Herr von Roscielski schon einmal durch Erkrankung zu dem im November v. J. geplanten Verhandlungstermin nicht hatte erscheinen können, war am Mittwoch abermals eine Anzeige eingelaufen, wonach er schwer erkrankt und nicht behandlungsfähig ist. Auch sein Verteidiger, der Reichs- und Landtagsabgeordnete Rechtsanwalt Dr. von Dziembowski-Bosen, hatte sein Herabkommen mit plötzlicher Erkrankung entschuldigt. Aus diesem Grunde wurde zu Beginn der Verhandlung auf Verzicht des Gerichts der Herr von Roscielski betreffende Teil der Anklage abgetrennt und gegen die übrigen 22 Angeklagten verhandelt. Allen Angeklagten wird je ein Vergehen gegen das Vereinsgesetz zur Last gelegt, die mitangeklagten Förster werden außerdem des verbotenen Waffentragens beschuldigt.

Auf Befragen erklären die Angeklagten von Chranowski und von Projeki, sie fühlen sich nicht schuldig. Sie müßten zwar zugeben, die in Rede stehende Zusammenkunft im Park zu Mikoslaw angekündigt zu haben, und zwar in ihrer Eigenschaft als Vorstandsmitglieder des polnischen Sokolverbandes, allein ein Verstoß gegen die Gesetze liege hierin nicht. Es müsse doch gestattet sein, in privaten Räumen zusammenzukommen, überdies seien aber auch alle Teilnehmer seitens des Mikoslawer Schlossherrn persönlich und namentlich zu der Zusammenkunft eingeladen worden. Die Polizei sei allein schuld, weil sie die öffentlichen Zusammenkünfte der polnischen Sokolvereinigungen nicht gestatte und auch die im vorliegenden Falle zunächst für Bosen geplante und ihr rechtzeitig angemeldete Tagung nicht genehmigt habe! Der Angeklagte von Chranowski gibt ferner zu, am Denkmal des polnischen Freiheitskämpfers Stowadi in Mikoslawer Schlosspark an die verammelten Sokols eine „Ansprache“ von 3 Sätzen gehalten zu haben, in der er auf die Bedeutung dieses lyrischen Dichters hinwies.

Der Angeklagte Kaufmann Gladyski erklärt, er habe an der Zusammenkunft in Mikoslaw überhaupt nicht teilgenommen. Die mitangeklagten acht Förster meinen, sie seien entsprechend den Befehlen des Herrn von Roscielski zur Aufrechterhaltung der Ordnung mit Hirschjägern bewaffnet zu der Zusammenkunft erschienen. Da es sich um ein Privatvergnügen handelte, müßten sie an den Parkfakoren Wache halten, damit keine unbeteiligten Personen in den Privatbesitz eindringen konnten. Jemand welche Waffenübungen hätten sie nicht ausgeführt, sie hätten nur vor den eintretenden Sokols die Gewehre präsentiert. Auf Veranlassung des Gerichts haben sämtliche angeklagten Förster und Oberförster die damals benutzten Karabiner mitgebracht und mit diesen auf der Anklagebank Platz genommen. Bei der weiteren Vernehmung dieser Angeklagten wird festgestellt, daß der Oberförster Konczewski sich im Jahre 1860 an dem damaligen polnischen Aufstande beteiligt hat und wegen Hochverrats zum Tode verurteilt, später aber begnadigt wurde. Die mitangeklagten Sokolmitglieder erklären ebenfalls, daß ihres Erachtens ein rein private Veranstaltung vorlag, zu der sie von dem Gastgeber privatim eingeladen worden waren und in die nach ihrer Empfindung weder die Polizei noch das Gericht etwas hineinzusetzen habe.

Von Seiten der Staatsanwaltschaft ist als Sachverständiger für die Angelegenheiten der Sokolvereine, deren Streben und Ziele, der Kriminalkommissar Günther-Bosen von der dortigen polnischen Polizei geladen und erschienen. Rechtsanwält Dr. Pichinski stellte den Antrag, den Polizeipräsidenten v. Dellmann-Bosen und den Polizeirat Jacher, welche letzterer seit Jahrzehnten die polnische Bewegung im Auftrage der Regierung überwacht, als Zeugen darüber zu vernehmen, daß im Jahre 1904 in einem Privatpartei in Bosen ein allgemeiner privater Sokolturntag abgehalten worden sei, nachdem die Polizei die Abhaltung eines öffentlichen Sokoltages aus politischen Gründen nicht genehmigt hatte. Mit ausdrücklicher Erlaubnis des polnischen Polizeipräsidenten seien zu jener Veranstaltung mehrere hundert Einladungsarten an die Mitglieder des Sokolvereins in Bosen und Umgegend verhandelt worden. Dieser private Kongress, sei dann von polnischen Kriminalkommissaren „privatim“ überwacht worden. Aus diesem Grunde hätten die Veranstalter des Mikoslawer Turntages, zu dem bedeutend weniger Teilnehmer eingeladen waren, wohl annehmen dürfen, daß die Polizei auch gegen ihre Veranstaltung nichts einzuwenden haben würde, zumal auch in diesem Falle durch die vorhergegangene Richtgenehmigung der öffentlichen Tagung die Polizei annehmen konnte, daß man sich auf andere Weise helfen würde. Nach längerer Beratung beschloß das Gericht, den Anträgen der Verteidigung stattzugeben und den Polizeipräsidenten v. Dellmann, den Polizeirat Jacher sowie die Kommissare Böhmert und Weichert telegraphisch zu der Freitag-Sitzung zu laden.

Zu der dann folgenden **Beweisaufnahme** betanden die meisten Zeugen, daß sie eine Generalerlaubnis zum Betreten des Mikoslawer Schlossparks hatten. Aus diesem Grunde hätten sie auch an dem Sokoltage den Park ohne böse Absicht betreten.

**Die Zustände im Dresdener Findelhaus vor Gericht.**

Der Gesundheits unserer gesellschaftlichen Ordnungszustände entspricht es, daß unter dem Deckmantel humaner Bestrebungen schmachvolle, einseitige Breueltaten, insbesondere wehrlosen Kindern zugefügt werden. Häufig haben wir diese Schande durch Aufdeckung so mancher „Fürsorge“ für Fürsorgezöglinge aufdecken müssen. Besonders erboht war über solche Entstellungen der Pastor Mohr aus Siedersdorf und mit ihm das politisch ihm nahe stehende durch Wortfrömmel und Begleitung seiner Nächsten unendlich bekannt gewordene Stüderorgan „Das Reich“. „Das Reich“ stellte uns Strafentwurf in Aussicht, der Pastor der Fürsorge stellte auch Strafentwurf, nahm ihn aber selber, wie wir bereits mitteilten, wieder zurück und setzte uns dadurch außer Stande, die Gemeinwohlbedeutung des im Lande der Ordnung gelübten „Fürsorge“-Systems vor Gericht zu beleuchten. An unser preussisches Fürsorgegesetz und seine Handhabung durch die Anhänger der Ordnungssippe wurden wir durch einen Prozeß erinnert, der sich am Mittwoch vor der Dresdener Strafkammer abspielte und das System des dortigen Findelhauses beleuchtete. Hier wie dort Einrichtungen, die gegenwärtig wirken wollten, wenn sie in der Tat ein Ansehen verleihten, wurde zum Besten der Kinder wären. Aber hier wie da statt Beziehung von Kindern, statt einer Ausbildung der geistigen, sittlichen und körperlichen Fähigkeiten der Kinder ein System, das mit Notwendigkeit zur geistigen, moralischen und körperlichen Verelendung der diesem System anvertrauten Jünglinge führen muß.

Die Mißstände des Dresdener Findelhauses kamen durch einen Verleumdungsprozeß gegen den Büchereibesitzer Karl Emil Frenzel aus Tageslicht. Frenzel war wegen Verleumdung von Beamten des städt. Findelhauses angeklagt und am 10. Juli vom Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 200 M. oder 40 Tagen Gefängnis verurteilt. Wegen dieses Urteil hatte er Berufung eingelegt. Der Anklage liegt folgender Tatbestand zugrunde: Der Wagenführer Diebig von der städt. Straßenbahn sah sich gelegentlich der Erkrankung seiner Ehefrau gezwungen, seine vier Kinder im

Alter von 2-6 Jahren dem städt. Findelhaus anzubetruen. Am 2. Februar 1906 wurden sie eingeliefert und am 9. März ihren Eltern wieder zugeführt. Aber in einem Zustande, daß sich diese entsetzten. Der kleine Junge befand sich in einem hoffnungslosen Zustande und nach kurzer Zeit nachher, die anderen hatten Husten und Ausschlag und hatten eben erst die Spitzblättern überstanden. Die Eltern machten für den Zustand ihrer Kinder die Behandlung im Findelhaus verantwortlich. Der Angeklagte Frenzel stand ihnen mit Rat und Tat zur Seite und übermittelte dem Rat zu Dresden und dem Stadtverordnetenkollegium ein Schreiben, in welchem er behauptete, die Kinder des Wagenführers seien im städtischen Findelhaus durch Hunger, Kälte und Mißhandlungen halbtot gemartert worden. Darauf — stellte Oberbürgermeister Deutler Strafentwurf gegen den Beschwerdeführer.

Während der Verhandlung erhob der Angeklagte die unheimlichsten Anschuldigungen gegen die Behandlung der Kinder im Findelhaus. „Wenn man ein Kind los werden wollte, bräuhne man es nur ins Findelhaus zu schaffen“ heiße es im Volksmunde. Die vier Kinder des Straßenbahnangestellten seien wie blöde und sämtlich krank gewesen, dem kleinen Jungen hätten sogar einige Zähne gefehlt, die bei einem Stöße in den Mund verloren gegangen seien. Er habe die Kinder vor ihrer Einlieferung ins Findelhaus und nach ihrer Zurückkunft gesehen; dieselben seien in einem erbarmungs- würdigen Zustande gewesen. Nachdem der kleine Junge, dem ein eitriger Anschluß aus Nase und Ohren gekommen sei, habe er auf eine Sektion der Leiche gedrungen, allerdings ohne Erfolg. Es sei allgemein bekannt, daß die Kinder im städtischen Findelhaus ungenügend ernährt und viel geschlagen würden. Auch hätten verschiedene Kinder bei kalter Witterung hartnäckig lausen müssen. Einem Kinde habe man die Hände festgebunden, damit es sich nicht kratzen solle. Er, Angeklagter, habe lediglich im öffentlichen Interesse gehandelt und hoffe, daß das System der Kinderbehandlung im Findelhaus geändert werde.

Die beiden Ärzte, welche die Kinder nach ihrer Rückkehr aus dem Findelhaus behandelt haben, wollen das elende Aussehen derselben dem krankhaften Zustande zuschreiben und von Mißhandlungen und deren Folgen nichts wissen. Einer der Herren hat aber Kindermißhandlungen im Findelhaus von dritter Seite Mitteilungen erhalten, aber selbst keine derartigen Fälle erlebt. Der kleine Sohn des Wagenführers sei allerdings in einem hoffnungslosen Zustande gewesen.

Der Angeklagte fährt dagegen an, daß er bereits früher von der Frau eines Bezirksaufsehers auf das Findelhaus aufmerksam gemacht worden sei, „es sei eine Schmach, wie es dort zugehe!“ Ein Hausmann habe sogar seinen Koffern verlassen, weil er die Behandlung der Kinder nicht mehr mitanzusehen konnte. Frau Diebig sei zu ihm gekommen und habe gesagt, die Kinder seien ganz blöde, die müßten viel Prügel bekommen haben, und hätten ausgehoben, als wären sie aus einem Schutthaufen gezogen worden. Außerdem seien sie gestraft gewesen und der verstorbene Junge habe eine Weile an der Stirn gehabt.

Eine als Zeugin geladene Frau erklärte, daß sie ihr gesundes Kind nach 14 Tagen in krankhaftem Zustande, mit Ausschlag bedeckt und menschenscheu wieder erhalten hätte. Eine Näherin hat zwei Kinder 6 und 9 Wochen in der Anstalt gehabt. Beim ersten Besuche hätte eins der Kinder an der rechten Kopfsseite grüne und blaue Flecke gehabt, während das andere einen Verband um den rechten Knöchel getragen habe. Die Kinder hätten sie gar nicht wieder erkannt und ganz blödsinnig ausgesehen; am Körper befand sich ein eitriger Anschlag. Einem anderen Jungen war ein Kind im Findelhaus gestorben; als er sich die Leiche angesehen habe, hätte er sein Kind gar nicht mehr erkannt. Ein Arzt habe ihm erklärt, die hohe Sterblichkeitsziffer rühre daher, weil die Kinder meist krank ins Findelhaus eingeliefert würden. Zeuge stellte ferner die Behauptung auf, man habe im Findelhaus nicht genügend Nahrung, um frische und gesunde Kinder zu separieren.

Der Sachverständige führte aus, daß diese Mißstände nicht zu umgehen (!) und bei jeder Anhäufung von Kindern zu vermeiden seien. Einrichtungen zur Isolierung seien im Findelhaus nicht vorhanden.

Das Gericht sprach den Angeklagten frei. Er habe beim Anblick der Kinder nicht anders urteilen können, außerdem habe er im guten Glauben gehandelt. Andere Redewendungen hätte er nicht anwenden können.

Es ist gewiß erfreulich, daß sich auch ein sächsisches Gericht dem Eindruck der Schilderungen durch Augenzeugen trotz der eigenartigen Ansichten der Ärzte nicht entziehen konnte und anschnaußweise nicht gar auch noch den, der über Mißstände im allgemeinen Interesse sich beschwerte, verurteilt hat. Aber ist auch das System, das Kindern Armer gegenüber angewendet wird, damit gerichtet, so ist auch hier eine Besserung nur durch völligen Systemwechsel möglich. Dresdens Stadtverwaltung war gar eifrig mit der Verschlechterung des Wahlrechtes der Arbeiter am Werke. Hätte sie einen kleinen Teil des nach dieser Richtung entwickelten Eifers zugunsten der Kindererziehungsanstalten verwendet, so stände es um ihr Ansehen besser. Das vor Gericht bloßgestellte System ist keine Dresdener, keine sächsische Eigentümlichkeit — dieselbe Mißbräutigkeitsgefahr gegen Leben und Gesundheit, geistiger und körperlicher Ausbildung findet sich überall in Deutschland. Derartige Mißstände und das auf ihre Verstärkung oder auf Bestrafung der Beschwerdeführer über solche Mißstände gerichtete System ist „nationales“ Eigentümlichkeit des für „nationale Ehre“ in den Wahlkampf ziehenden Ordnungsbreis.

**Soziales.**

Zum Handlungsgehilfenentend.

Der Subdirektor Eg. Lingg in Kempton hat eines Abends seine Buchhalterin in das Bureau gesperrt und sie dann belästigt. Wegen Freiheitsberaubung und Verleitung zum Meineide wurde der Herr Prinzipal nun zu 3½ Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Eheverlust verurteilt.

**Warnung vor Serien- und Prämienlotteriegeldgeschäften.**

Im preussischen Ministerialblatt für die gesamte innere Verwaltung wird eine gemeinschaftliche Verfügung des Finanzministers, des Ministers des Innern und des Handelsministers veröffentlicht, in der abermals vor dem schwindelhaften und strafbaren Handel mit Anteilen an Loten, insbesondere Prämien- und Serienlosen in der Form von angeblichen Spielgesellschaften gewarnt wird. Es wird in dem Erlaß hervorgehoben, daß den ausländischen Firmen, die eine Geschäftstätigkeit nach dieser Richtung hin entwickeln, sich auch deutsche Unternehmer zugesellt haben. Als solche Firmen, die bei der Veranstaltung von (strafbaren) Spielgesellschaften auch die preussische Klassenlotterie in den Bereich ihrer Tätigkeit gezogen haben, seien insbesondere hervorgetreten: in L. h. e. d.: Wilhelm Lübbers, Paul Engelbrecht, Gerhard E. Hegerfeld, Hans Schröder, August Wehrmann, Bernhard Gredsmühl, Wilhelm Lämmert, Ludwig Müller u. Co. (letztere anscheinend auch in Kiel); in Hamburg: Hans Jacobs (Norddeutsche Bank), Franz Becker u. Co., Emil Hagen, Arthur Magnus, Franz J. Niebuhr, Franke u. Co., W. Lam; in Frankfurt a. M.: Ohlert u. Co.; Ferdinand Bindner in Cassel, Fr. Schmidt und E. G. Bindler in Braunschweig, Arthur Geiber in Hannover, Adolf Weidmann in Trier, Alphonso Roeder u. Co.

Wir haben wiederholt vor Beteiligung an solchen Serienlosengesellschaften gewarnt und können auf Grund der vielen bei uns eingehenden Anfragen feststellen, daß diese Art Gesellschaften trotz aller strafrechtlichen Verfolgungen munter ihr Geschäft weiter betreiben, das abgesehen von seiner Strafbarkeit häufig moralisch nicht tiefer steht als eine staatlich konzeffionierte Lotteriegeldgeschäfte.

günstige Preistabelle heraus, in der bei über hundert Einzelpositionen eine annehmbare Lohnerhöhung vorgesehen ist. Hiermit konnten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen einverstanden erklären, und so wurde die Arbeit denn am 2. Januar in vollem Umfang wieder aufgenommen. — Damit ist der Friede in Badenwalde einstweilen wieder hergestellt. Auch das enorme, vollständig überflüssige Gendarmerieaufgebot in voller Wasserrüstung ist wieder aberufen worden, so daß der Ort jetzt wieder sein alltägliches Gepräge zeigt. Selbst die Zustimmung und liebevolle Aufmunterung der „Arbeiter-Zeitung“ hat den Unternehmern nichts genützt. Die Zukunft wird außerdem lehren, daß die Ludauer Bronzeindustriellen die jetzt zugestandenen Lohn-erhöhungen sehr wohl zu tragen imstande ist.

Zu der Aussparung in den Nilsenwerken zu Ober-Schönenweide bringt die Berliner „Volkszeitung“ in ihrer gestrigen Morgennummer folgende merkwürdige Notiz:

„In den letzten Tagen haben wiederholt Verhandlungen stattgefunden mit dem Resultat, daß die Firma die Lohnreduzierung aufgehoben hat und sich bereit erklärte, alle Ausgesperrten wieder einzustellen mit Ausnahme der zehn Großformer, für die keine Arbeit vorhanden ist. Der eigentliche Streitpunkt ist somit heiligt, die Versammlung der Ausgesperrten beschloß jedoch, die Arbeit nur dann aufzunehmen, wenn auch die zehn Großformer eingestellt werden.“

Diese offenbar wieder von Hirsch-Dunderscher Seite stammende Nachricht ist einfach unrichtig. Sie bezweckt nichts mehr und nichts weniger als die Ausgesperrten als Leute hinzustellen, die aus Hang zur Faulheit oder aus purer Streiklust die Arbeit nicht wieder aufnehmen wollen, obgleich der „eigentliche Streitpunkt“ durch das Entgegenkommen der Firma „beseitigt“ sei. Nun liegt die Sache aber so, daß der eigentliche Streitpunkt durchaus nicht beseitigt ist; ebensowenig kann von einem Entgegenkommen der Firma die Rede sein. Wohl haben Verhandlungen stattgefunden, bei denen sich die Firma bereit erklärte, alle Ausgesperrten mit Ausnahme der zehn Großformer und der dazu gehörigen Hilfsarbeiter wie Gusspiper, Kernmacher usw. wieder einzustellen. Eine Zurücknahme der Lohnreduzierungen ist jedoch nicht erfolgt. Vielmehr hat die Firma die streitigen Großarbeiten nach auswärtig vergeben und sucht es nun so darzustellen, als wenn dadurch die Lohnstreitigkeiten ihre Erledigung gefunden hätten. Sie will nur die Großformer nur nach Bedarf wieder einstellen, falls sie wieder Großarbeiten annimmt. Hierin liegt aber gerade die Ungerechtigkeit ihres Vorgehens. Die Abweisung der Großformer und deren Hilfsarbeiter unter diesem Vorwande steht nämlich einer Maßregelung so ähnlich wie ein Ei dem anderen. Aus diesem Grunde verlangen denn auch die Ausgesperrten, daß die Gruppe der Großformer nebst Hilfsarbeitern ebenfalls sofort wieder eingestellt werde, event. unter vorläufiger Beschäftigung mit Kleinarbeit bei verzüglicher Arbeitszeit. Da aber die Firma darauf besteht, die Großformer, wegen der die Differenz ausbrach, für ihre Standhaftigkeit in der Abwehr von Lohnreduzierungen durch Einstellung nach Bedarf hängen zu lassen, so lehnten die Arbeiter insgesamt die Wiederaufnahme der Arbeit ab. Sie sagten sich: Wenn uns die Firma wegen der korrekten Haltung der Großformer samt und sonders leichtfertig auf die Straße wirft, so bekommt sie uns auch nur wieder mit den Großformern und nicht ohne dieselben. Für solche Solidaritätsakte haben die „Hirsche“ aber nun einmal kein Verständnis, daher entblöden sie sich auch nicht, Kräfte in die Presse zu lancieren, die ebenso gut in der „Arbeiter-Zeitung“ stehen könnten wie in der „Arbeiterfreundlichen“, „Volkszeitung“.

### Deutsches Reich.

#### Kämpfung!

Um die streikenden Kopenhagener Straßenbahnangestellten in ihrem Kampfe für bessere Lebenshaltung niederguringen, wird versucht, in Deutschland Streikbrecher anzuwerben. Wie wir erfahren, wird besonders versucht, Angestellte der Firma Siemens u. Halske zum Verrat an ihren dänischen Arbeitsbrüdern zu bringen. Es wird ersucht, alle derartigen Angebote strikte abzuweisen.

### Teile und Herrsche.

Diese Parole, welche auch die aller Schärferbereinigungen ist, haben auch die kapitalistischen Beherrscher des Ozeans zu der ihnen gemacht. Den Umstand, daß die organisierten Seeoffiziere wegen der Eigenartigkeit ihres Berufes nur schwer mit einander in Verbindung treten können, machen sie sich zunutze, dieselben einzeln in den verschiedenen Häfen telegraphisch zum Austritt aus dem Verein deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine zu zwingen. Triumphtierend lassen sie aus Bremen durch Voemanns Bureau verkündigen:

„Bei dem Norddeutschen Lloyd ist dem Verlangen der Direktion, durch schriftliche Erklärung die Zugehörigkeit zu dem Verein beziehungsweise den Austritt aus ihm zu bezeugen, von sämtlichen Offizieren ohne weiteres entsprochen worden. Ebenso bei der Deutschen Dampfschiffgesellschaft Hansa, bei der Argos, der Repton, und der Roland-Linie und den übrigen Reedereien mit Ausnahme von drei Häfen, in denen die Entlassung verfügt wurde. Auch die in Hongkong anwesenden Kapitäne und Offiziere der Rüstendampfer des Norddeutschen Lloyds erklärten durch telegraphische Meldung ihren Austritt aus dem Verein.“

Inzwischen entwickelt sich die ganze Angelegenheit weiter genau nach dem Schema, das wir auch bei Kämpfen gegen Arbeiter-Organisationen kennen gelernt haben. Sogar eine „gelbe“, eine Streikbrecher-Organisation hat sich bereits gefunden, die sich bei den Seelapitalisten „lieb kind“ macht, um die Stellungen der hinausgeworfenen einnehmen zu können. „Verein deutscher Seefahrer“ nennt sich dieses Produkt einer besonderen Auffassung von Ehre und Standesbewußtsein. Die „gelbe“ Seefahrerorganisation brachte sich durch Annahme folgender Resolution bei den Reedern in empfehlende Erinnerung:

„Der Verein deutscher Seefahrer zu Hamburg hat bisher die Sorgänge, welche zu dem gegenwärtigen Zerwürfnis zwischen den Hamburgischen Reedereien und dem Verein deutscher Kapitäne und Offiziere geführt haben, ohne Stellungnahme verfolgt und würde diese Zurückhaltung bei einem anderen Verlaufe der durch den Verein deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine einberufenen und am 19. Dezember abgehaltenen öffentlichen Versammlung auch weiterhin geübt haben. Dort habe aber der Vorsitzende des Vereins deutscher Kapitäne und Offiziere, Herr Freyer, unter Bezugnahme auf den Konflikt seines Vereins mit den Reedereien eine Interessengemeinschaft zwischen Vorgesetzten und Untergebenen an Word gegen die Reedereien in einer Weise durchzuführen lassen, die geeignet ist, die Disziplin an Word auf das Alleräußerste zu schädigen. Geradezu unheilvoll für die Interessen aller deutschen Kapitäne und Schiffsoffiziere wäre es jedoch, wenn die Schiffleute aus den Worten des Herrn Freyer die Konsequenz ziehen und überall dort die Arbeit niedersetzen wollten, wo die Schiffsoffiziere bei der Wahl zwischen ihrem Reeder (1) und dem Verein deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine die erste Alternative für die richtige gehalten haben.“

Aus den angeführten Gründen bedauert der Verein deutscher Seefahrer zu Hamburg im Interesse seiner Mitglieder und in dem der deutschen Handelsmarine (1) jene Kundgebung ebenso, wie er sein Bedauern hierüber nicht unterdrückt kann, daß einem als Sozialdemokrat bekannten Arbeiterführer auf jener Versammlung widerspruchslos Gelegenheit zu einer Verräterkundgebung für das hier in Frage kommende Vorgehen des Vereins deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine gegeben worden ist. Gegenüber der in der Öffentlichkeit verbreiteten irigen Ansicht, daß auch die Hamburgischen Kapitäne bei dem Konflikt zwischen den Reedereien und dem Verein deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine

beteiligt seien, hält es der Verein für seine Pflicht darauf hinzuweisen, daß die weitest große Mehrzahl aller Kapitäne der hier fraglichen Reedereien Mitglieder des Vereins deutscher Seefahrer sind und als solche nichts mit der Angelegenheit zu tun haben.“

Sieht das nicht aus, wie eine Hirsch-Dunderscher oder Hirsche Resolution bei Kämpfen der freien Gewerkschaften?

Wieder ein großer Aufruhrprotest. In dem Steinbrunngebiet um Würzburg streikten im vorigen Sommer die Steinarbeiter wegen der Forderung eines korporativen Arbeitsvertrages. Der Streik dauerte nach 17wöchiger Dauer wegen zu großen Andranges von Streikbrechern abgebrochen werden. Am 20. August kamen unter Führung des Geschäftsleiters Tschöner eine große Anzahl Arbeitswilliger nach Hofmannsdorf, wo sie trotz des Zuredens der Streikenden, ihnen nicht in den Rücken zu fallen, in den Mainlandsteinwerken Arbeit nahmen. Am Abend des gleichen Tages versuchten die Streikenden nochmals, die Arbeitswilligen zu überzeugen, wie ungerecht sie handeln, aber vergeblich, die Streikbrecher traten vielmehr äußerst provokatorisch auf und verhöhnten die Ausständigen, worauf sich eine Schlägerei entspann, die, wie es jetzt üblich ist, zum „Aufruf“ gesimpelt wurde. 83 ehemalige Streikende sind teils wegen Verbrechen, teils wegen Vergehens des Landfriedensbruchs vor das Schwurgericht Würzburg verwiesen.

### Ausland.

#### Zum Straßenbahnerstreik in Kopenhagen.

Die „Dänische Arbeitgeber- und Reistervereinigung“ hat es offenbar wieder einmal auf eine Machtprobe abgesehen. Weil die ungefähr 1450 Straßenbahn- und Omnibusangestellten von Kopenhagen und Frederiksberg streikten, sollen Jehntausende, ja, vielleicht alle 100 000 organisierten Arbeiter im ganzen Lande ausgesperrt werden, um ein für allemal das bei der besseren Geschäftskonjunktur hier und da hervortretende Streben nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Keime zu ersticken. Welchen wird der Plan sicherlich nicht. Daß dies die Absicht ist, kann man daraus schließen, daß die Verhandlungen hauptsächlich an einer Lohnforderung scheiterten, die der Kopenhagener Gesellschaft mit ihrem Millionenbudget eine Erhöhung ihrer Jahresausgabe um nur 11 000 Kronen verursacht hätte. Es handelte sich hier wesentlich um einen Jahreslohn von 1000 Kronen, der für das Fahrpersonal nach sechzehnähriger Dienstzeit verlangt wurde. Die Gesellschaften wollten nicht mehr als 1550 Kronen bewilligen. — Die Gesellschaften gehen nun äußerst rücksichtslos vor. Sie haben dem Personal durch Anschlag bekanntgegeben, daß jeder Streikende als entlassen gelten soll und daß keine durch Dienstalter erworbenen Rechte auf Lohnzulagen und Pension verfallen sind. Sämtliche bei den Verhandlungen gemachten Zugeständnisse sind zurückgezogen.

Daß sich die Angestellten auch durch diese Drohungen nicht mitmachen ließen, ist ein Beweis für den Ernst und Kampfesmut, womit sie ihre Forderungen vertreten.

Der neue Verband der niederländischen Gewerkschaften gewinnt immer mehr an Stärke und Einfluß. Nachdem sich neuerdings der Verband der Maurer und Bauhilfsarbeiter, der erst vor kurzem gegründete Verband der Kalk-, Schotstein-, Zuckerpflanzenarbeiter und Konditoren, sowie der Tapeziererverband angeschlossen haben, zählt der Verband der Gewerkschaften jetzt schon 25 000 Mitglieder. Der Verband der Magazine, Läden, Badungsangestellten und Hausdiener beschäftigte sich auf seinem Verbandstag zu Weihnachten ebenfalls mit der Frage, sich dem Gewerkschaftsverbande anzuschließen, was jedoch wegen Grenzstreitigkeiten mit dem Handels- und Kontorgewerkschaftsverband noch nicht geschehen konnte. Auch die niederländischen Volksschullehrer sind zum Teil bereit, ihre Organisation dem Gewerkschaftsverbande anzuschließen. Sie beschloßen auf ihrem Verbandstag, der nach Weihnachten in Amsterdam stattfand, fast einstimmig, daß diese Frage in den Ortsabteilungen des Verbandes behandelt werden soll.

#### Eisenbahnerstreik in Bulgarien.

Die Eisenbahnangestellten sind wegen Nichtbewilligung der von ihnen geforderten Lohnerhöhung sowie wegen des von der Subtanje angenommenen Gesetzes, das die Ausständigen mit Entlassung und Verlust der Pensionen bedroht, gestern in den allgemeinen Ausstand getreten. Die Regierung hat entsprechende Maßnahmen getroffen. Nachrichten aus der Provinz zufolge schlossen sich sämtliche Bahnbeamten dem Ausstand der Eisenbahnangestellten an. Es sind militärische Maßnahmen zur Vertretung der Ausständigen verfügt, der Bahnverkehr wird teilweise durch Pionieroldaten aufrecht erhalten. Eisenbahnbeamte, welche Reservisten sind, sind zu Waffenübungen einberufen worden; sie sollen auf diese Weise zur Dienstleistung gezwungen werden. Ein großer Teil der Sozialisten, meist Sozialisten, hat sich den Ausständigen angeschlossen und unter Abhängung revolutionärer Lieder eine Kundgebung veranstaltet, bei der es zu Ausschreitungen kam.

## Aus der frauenbewegung.

### Frauenrechtlerische „Logik“.

Wotto: Wir wird von alledem so dumm, als ging mir ein Rühlrad im Kopfe herum.

Und ist selten ein solches Sammelsurium von Nichtigem, Unrichtigem, Schiefem Darstelltem, Halbrichtigem und logischen Fehlgedanken, falschen Schlussfolgerungen vorgekommen, als in dem „Bedrufen“ der Frauenbewegung. Die „Bedrufen“ sind eine vorzügliche Illustration zu der theoretischen Unklarheit und Verfahrtheit in der bürgerlichen Frauenbewegung überhaupt. Schon die Einleitung zeigt eine grobenhafte Unkenntnis der treibenden Kräfte und Entwicklungsgänge des historischen Bewegungskampfes. Und daher denn auch die falsche Darstellung und Bewertung der gegenwärtigen politischen Geschehnisse. Kein Wunder. Zur Entschuldigung der Damen wollen wir uns daran erinnern, daß ihnen die materialistische Gesichtsauffassung ein Buch mit sieben Siegeln ist.

Uns wundert es daher auch nicht weiter, wenn sie Dernburg als den „harten Mann“ feiern, der durch ein „kühnes“ Wort den Vorn gebrochen, der jahrelang auf unserem öffentlichen Leben gelastet, der „die Eiterbeule aufgestochen“ und damit eine „nationale Tat“ beging.

Daß die Affäre Dernburg-Koerter für die Regierung mindestens ebenso schimpflich und blamabel ist wie für das Zentrum, ist den Damen nicht zum Bewußtsein gekommen. Daß der zitatenreiche Kankel, der wiederholt die Zentrumskriegsverwaltung energisch in Worte gefaßt hatte, arg desorientiert wird, daß auf Regierung und Zentrum bei dieser Gelegenheit vorzüglich das Heimische Wort vom Rabbt und König paßt, sehen sie keineswegs ein. Noch weniger erkennen sie, daß Beholds klammernde Anklage gegen die verwerflichen und schimpflichen Kolonialabenteuer mit all ihren Greueln, ihrer Korruption ein System traf. Großen dieses ganze System kämpft mit dem Ankläger ein sehr großer Teil unseres Volkes, die vielmillionenköpfige Sozialdemokratie. Deren Ansichten und Grundfragen verleihe Genosse Rebel Worte.

Und diese im Teil unseres Volkes haften nichts an von der „Lakaienhaftigkeit“, der „Anerkennung“, nichts von dem „Kleinlichen“ und „Lächerlichen“, das die Damen dem deutschen Volke nachreden, dabei aber, ohne es zu wissen, vorzüglich den „wahren Liberalismus“ zeichnen, zu dem sie sich selbst bekennen.

Geradezu komisch wirkt das Angewimmern der Damen ob der „Gezeiten, die auf Sturm deuten“, der Sturm, der, wenn er losbräche, Schuldige und Unschuldige mit sich fortziehen würde. Dagegen erwähnen sie kurz und knapp, aber sehr zureichend die Fleißnot, das Antigenverhältniß, unsere Vereins- und Verarmungsmisere, die „moderne Rechtspflege“, sowie die unumkehrbare Polizeigewalt, um schließlich die Frauen zur Beteiligung an politischen Leben aufzurufen.

Schon gut, aber die Begründung für diese Aufforderung ist geradezu lässlich. Da heißt es z. B.: „Ist es nicht für die

Frauen gleichgültig, wenn Millionen deutschen Geldes aus den Taschen der deutschen Steuerzahler in unsere Kolonien wandern? Tragen sie nicht auch ihr Teil bei zu diesen Steuern? Ist es gleichgültig für die Frauen, wenn das Blut deutscher Männer im dunklen Erdteil fließt? Sind es nicht Söhne deutscher Mütter, von ihnen mit Schmerzen geboren? Ja, die Kolonialfrage ist in jeder Linie auch eine Frauenfrage, denn — und nun erwartet jeder logisch denkende Mensch, daß eine scharfe Abjage an die Kolonialpolitik erfolgt. Aber man höre und staune, wie unsere Frauenrechtlerinnen schlupflügeln: „Denn nur dann kann die neue Welt dem deutschen Vornehmen zur Heimat werden, wenn es gelingt, deutsche Frauen dort anzufiedeln!“

Wunderbar! Nächstens wird sicher als Leitartikel in der „Frauenbewegung“ eine glänzende Schilderung der „herrlichen“ Kolonien erscheinen; eine Schilderung aller der „kraftvollen“, „schönen“, „arbeitsfähigen“ Männer, die in den Kolonien noch unbewehrt sind und sehnsüchtig nachschau halten nach einem deutschen Mädchen, dem sie die Hand zum Ehebunde reichen können (wenn sie der schwarzen Geliebten überdrüssig sind oder sich nach Abwechslung sehnen). Wie wäre, wenn die „Frauenbewegung“ einen Auszug an die Damen zur Massenwanderung nach den Kolonien erlassen würde? Wo und wie man Paare erhält, darüber wird Jesko v. Puttkamer sicher gern Auskunft geben.

Aber noch eine schöne Stelle findet sich in den „Bedrufen“. Die Damen jammern darüber, daß „das kleine Häuflein ziellosere Männer, die sich abmühen bis zu ihrer letzten Kraft“, den wahren Liberalismus wieder zu Ehren zu bringen, in Preußen-Deutschland von der Anteilnahme an regierender Stelle ausgeschlossen sind. Das sei „unnatürlich, ungerecht, gegen das allgemeine Volksempfinden“.

Wußt doch die Sehnst nach dem Ministerstuhl groß sein, daß sie sich in solchen Stoßgeizern Luft machen! Wie wäre, wenn die radikalen Frauenrechtlerinnen eine Audienz beim Fürsten Bülow nachsuchen würden, um ihm klar zu machen, daß die „wahrhaft Liberalen“, die edlen Freisinnsmänner, es unmöglich weiter treiben können in der politischen Entmannung, als sie es taten in der Kolonialfrage, daß Männer aus solchen Reihen sich vorzüglich für einen Minister eignen, daß sie nie unbenutzt werden. Politische Einreden haben weder das Recht, noch die Kraft, als Männer mit festem Willen und freiem Mut aufzutreten gegen ihren Herrn und Beherrscher, aber um so besser verstehen sie es, nach „unten“ herabzusteigen zu verfahren. Ist eine solche Audienz auch nicht, so schadet sie auch nichts. Benützens könnten die Damen eine Festlang gehen von dem Glanz und der Ehre, die über sie ausgegossen würde, wenn ihnen die Gnadenzone seiner Erhellung geleuchtet. Und würden die Damen ihren nationalen und kolonialen Sinn dabei in das rechte Licht rücken, viele auch für sie vielleicht eine besondere Ehre ab. Wie wäre mit einem Orden für Küdrallosigkeit? Jedem das Seine!

### Eingegangene Druckschriften.

Großer Britanniens Katalog. Neuauflage 1907 von Coatsworth u. Vogler, älteste Annoncenexpedition. Der Katalog enthält alle Zeitungen und Zeitschriften der Welt und bildet mit seinem reichhaltigen Inhalt ein gutes Nachschlagewerk.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Handelsstraße Villenzone, Turmgang auch Lindenstr. 101), wochenttäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gestützt 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

3. 42. Ein Grund zur Belagerung der Schallmögeffon ist das von Ihnen Vorgebrachte nicht — W. S. 1. Sie möchten sich an das Polizeipräsidium wenden. 2. Das ist möglich. — A. S. S. 7. 1. Ja. 2. Nein. 3. Nein. Wird dem Begehren Ihres Bruders nicht stattgegeben, so ist er nicht unterhaltspflichtig. 4. Durch 3 erledigt. — G. 101. Nein, für Wittenberg besteht leider eine Krankenversicherungspflicht nicht. — Borghausen 11. Ist die Wohnung gesundheitsgefährlich, so fragen Sie ein Antiquar nach Aufhebung des Mietvertrages und um Schadenersatz. Zweckschuld ist es, mit der Klage den Antrag auf einstweilige Verfügung zu verbinden und diesem Antrag das Attest eines Arztes beizulegen. — 12. 1. Sie lassen die Forderung durch einen Gerichtsvollzieher betreiben. 2. Dilemme Zweck lassen Sie sich von dem Gericht eine vollstreckbare Haftbefehl ausstellen. 3. Nein. — M. 07. Ob die Annahme eines Einzahlungsbeschlusses abgelehnt wird oder nicht, ist rechtlich ganz gleichgültig; er gilt doch als erhalten. — A. S. 108. 1. Ja. 2. Ja. 3. Nein. — B. W. Die Forderung für im Jahre 1904 geleisteten Maurerarbeiten verjährten mit dem 31. Dezember 1906. Ist die Forderung aber inzwischen zum Beispiel durch Ratenszahlungen im Jahre 1905 anerkannt, so verjährt sie erst mit Ablauf dieses Jahres. — G. W. 11. Sehen Sie der Klage mit Ruhe entgegen. Sie sind zum Urteil des für Ihre Geschwister Bevollmächtigten Wechsler nicht und somit erschuldig auch nicht zum Urteil der weiteren Summe verpflichtet. Erhalten Sie die Klage, dann sprechen Sie in der juristischen Sprechstunde vor. — Oester 708. 1. Ja, aber trotzdem ist er gültig. 2. Nein. 3. Das muß Ihnen überlassen bleiben. 4. Na der Regel von 300 M. an. — G. 2. Interessensverhältnis sind diese Prämien abzugänglich. — Burgdorff 12. Unseres Wissens seit seinem Bestehen. — W. W. 1. 1. Für die Dauer des Vertrages sind Sie zur Mietzahlung verpflichtet. 2. Ja. Der vereinbarte Preis ist zu zahlen. — W. W. 1. und 3. Ja. 2. Nein. — G. Scheide 75. Da kein Testament vorliegt und Ihre Ehe kinderlos war, so erben nicht Sie allein. Sie haben die Wahl, ob Sie nach dem bürgerlichen Recht oder nach dem bürgerlichen Gesetzbuch erben wollen. Erben Sie nach dem bürgerlichen Recht, so würde das beiderseitige Erbengeld zusammenzulegen sein und die Hälfte hiervon Ihnen, die andere Hälfte dem anderen Erben zufallen. Sie können aber immer so sechs Wochen nach dem Tode Ihrer Frau an das Gericht eine beglaubigte Eingabe richten, in der Sie erklären, daß Sie nicht nach dem bürgerlichen Recht, sondern nach dem Erbrecht des bürgerlichen Gesetzbuches erben wollen. Dann erfolgt die Erbfolge in folgender Weise: Ihr Vermögen bis 4 Tausend vollständig, das Vermögen Ihrer Frau fällt zur Hälfte an Sie, zur Hälfte an die Schwägerin usw. Aber Sie erhalten als Voraus die nachgelassene Hälfte und das zum gleichen Haushalt verwendete Mobilien. — 23. G. 77. Ja. — Richard S. 5. 15. Haben Sie den Vertrag unterschrieben, so ist er gültig, wenn aus Versehen Sie als Vermietler und der Vermieter als Mieter bezeichnet ist. Haben Sie ihn nicht unterschrieben, so brauchen Sie auf den Vertrag soweit nicht eingegangen, als Sie ihn nicht ausdrücklich vereinbart haben. Sie können also z. B. die gesamte Hausordnung, ferner die Paragraphen streichen, die Ihnen eine Verpflichtung auferlegen, die über das bürgerliche Gesetzbuch hinausgehen, und ebenso die Prämienabzugsverpflichtung in eine Postnummerenverpflichtung vermindern. — G. S. 9. Nicht ohne weiteres. — C. Henn. An dem einmal geschlossenen Vertrag sind Sie gebunden, Sie können nicht einseitig zurücktreten. Die Ansicht, man könne innerhalb vereinbakter Stunden von einem Vertrage einseitig zurücktreten, ist weit verbreitet, aber irrtümlich. — 2. 76. Sie haben verfehlt gekündigt. Wenn eine dreimonatliche Kündigung vereinbart ist, so muß die Kündigung volle drei Monate in den Händen dessen sein, dem gekündigt wird. Das Kündigungsschreiben hätte also spätestens am 31. Dezember in den Händen des Vorgesetzten sein müssen. — C. B. 9720. Ist ein Lohn nicht vereinbart, so würde unter den von Ihnen geschätzten Umständen ein solcher auch nicht zu verlangen sein. Das Erbrecht steht der Frau und dem Erben zu. Ihre Schwester sollte erben, daß ausdrücklich eine Aufhebung Ihr schriftlich zugestimmt wird. — H. B. 7. Ihre Anfrage ist unter der damals gemachten Adresse A. H. bereits in Nr. 303 das 4 beantwortet: 1. Nein. 2. Sie können nur auf Rückzahlung auf Ihre Kosten klagen. 3. Soweit möglich, wird im Handelstil darauf Rücksicht genommen werden. Wenn Sie eine Anfrage stellen, sollten Sie den Briefkasten nachsehen. — 100. G. 2. 1. und 2. Die Kündigung ist gültig. — M. S. 3640. 1. und 2. Sie möchten sich an die bürgerliche Regierung wenden, die Ihnen auch die Einzelheiten mitteilt. 3. Wenn Gesundheitsgefährdung vorliegt ja. — M. 14. Ein bestimmter Satz betragt nicht 1,25 M. werden als angemessen erachtet. — G. S. 4. Den Antrag auf Rückzahlung möchten Sie an das Verwaltungsgericht stellen. Es werden Ihnen etwa 30 M. zurückgestellt werden. — Bornum 100. 1. Legen Sie Besondere beim Landrat ein und außerdem laden Sie den Schuldner zur Leistung des Offenbarungseides ein. Hierbei hat er anzugeben, von wem er seine Lohnausfertigungen erhält. Diese pfänden Sie. 2. Ja.

# Zum Wahlfonds

gingen in unserer Expedition Lindenstr. 69 folgende Beiträge ein: Von Mahnhardt 5,—, Von H. Konigsh 3,—, Von L. 49 4,—, Weihnachtsgeld L. M. d. K. 79 2,05, Arbeiter der Firma M. Koppel 15,—, Verband d. Steinmetzen u. Verlagsgenossen, Filiale Berlin III, Steinhauer 50,—, Weihnachtsgeld v. B. C., Dez. 14 20,05, Angestellte d. D. A. K. f. d. W., 2. Rate 9,50, Vorstandsführung der Hilfskasse der Sattler 3,25, Gef. Ver. Waldhög, Vorstand 7,40, Arbeiter d. Firma Bach Sohn 5,50, Buchdruckerei Bernhard Paul, 2. Rate 6,90, Vater des Charlottenburger Schiller-Theater 3,45, Personal d. Buchdruckerei u. Buchbinderei Heinde 4,60, Ein „Vorwärts“-Abonnent in Basel 3,20, Guckentisch 1,—, Handlungsgeh. H. 2,—, Arbeiter A. G. 1,—, A. Stiller, Rentier-

empfänger 3,—, Ueberschuss aus der Sparkasse der Abteilung Meister Schroder H. C. G. 3,—, Kontobuchhalter v. Wedding 24,90, Verlobungsgeld d. Frl. M. Höfer am 25. 12. gej. d. Waise 4,40, W. G. B. 14 10,—, E. H. 1,50, Arbeiter und Arbeiterinnen der Kaffeebörse Emil Tengelmann, 1. Rate 15,50, Kronengeldüberhöhung gesammelt von den Drochsenführern der Mittelde durch Lang 2,05, Zwei Zeitende 1,—, Jac. Wiebe, Gr. Frankfurterstr. 88, gef. am Silvesterabend 10,00, R. G. 50,—, St., Niefema (Apt.) 6,20, Buchbinderei Läderig u. Bauer 39,10, Die Angestellten der Expedition des „Vorwärts“ 2. Rate 20,—, Buchdruckereihilfsarb. Verlag, Vorwärts, 1. Rate 10,—, Summa 345,45 M. Bereits quittiert 2679,82 M. Summa 8025,27 M. Weitere Beiträge werden in unserer Expedition entgegen-

Witterungsbericht vom 3. Januar 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 10 Grad C. u. F.	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 10 Grad C. u. F.
Erlangen	747	SW	5 mäßig	2	5	Darmstadt	756	SW	2	bedeckt	-18
Göteborg	746	SW	8 heftig	3	5	Wiesbaden	760	SW	2	Schnee	-15
Berlin	751	SW	3 heiter	1	5	Stettin	749	SW	3	Regen	7
Frankfurt	752	SW	5 halb hd.	3	5	Merseburg	753	SW	3	Regen	8
München	758	SW	5 heftig	1	5	Paris	752	SW	4	halb hd.	8
Wien	759	SW	4 halb hd.	1	5						

Wetter-Propgnose für Freitag, den 4. Januar 1907. Nachts etwas kälter, am Tage mild bei lebhaften südwestlichen Winden, zunehmender Bewölkung und Niederschlägen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

## Theater.

Freitag, den 4. Januar. Anfang 7 1/2 Uhr.

Regl. Oberhaus. Salome. Anfang 8 Uhr.

Regl. Schauspielhaus. Klein Dorrit. Deutsches. Die Wechsler. — Die Wilschuldigen.

Deutsches. Cousin Bobby. Vortrag. Martha.

Anfang 8 Uhr.

Leitung. Das Blumenboot.

Schiller O. (Wallner-Theater.) Doppelfestabend.

Schiller-Theater Charlottenburg. Die Räuber.

Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schauspielhaus.) Der Familien-

Neues Schauspielhaus. Die Hoch-

kleined. Eine triviale Komödie.

Berliner. Herold Holmes. Komische Oper. Carmen.

Neues. Kinder.

Zentral. Künstlerblut.

Residenz. Florette und Patapon.

Volkstheater. Dolanenstüber.

Deutsch-Amerikanisches. Der Sorgenbrecher.

Thalia. Eine lustige Doppelst. re.

Luisen. Die schöne Ungarin.

Bernhard Rose. Berliner Raub-

vogel.

Metropol. Wo ist der Papa? Vor-

her: Die Schlosskellerei.

Metropol. Der Teufel lacht dazu.

Gebr. Herrfeld. Familientag im

Haue Prellstein.

Wintergarten. Saftart. Spezial-

itäten.

Apollo. Die schöne Bekassin. Spe-

zialitäten.

Raffino. Die beiden Champignon.

Spezialitäten.

Folies Caprice. Das Modell. Se-

rensimus August XXVI. Josef

Reichsmann.

Prater Theater. Robert und

Bertram.

Vollage. Spezialitäten.

Ignaro. Der Kaiser. Die Klau-

en. Völlageer Landwirt. Unterm

Hell.

Karl Goversand. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sän-

ger.

Walhalla. Spezialitäten.

Urania. Tautenkraut 48/49.

Im Theater nachmittags 4 Uhr zu

kleinen Preisen: Sizilien.

Abend 8 Uhr: Die Feuergewalten

der Erde.

Der Sternsaal. Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonn

Berliner Theater. Heute und folgende Tage:

Anfang 8 Uhr:

## Urania.

Wissenschaftliches Theater.

Im Theater nachm. 4 Uhr

zu kleinen Preisen:

Sizilien.

8 Uhr:

Die Feuergewalten der Erde.

Theater des Westens

Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12

Abend 8 Uhr:

Cousin Bobby.

Reiz Berner a. G.

Zentral-Theater.

(Operette.) Abend 8 Uhr: Künst-

lerblut Operette in 3 Akten v. G. Göt-

tern. nachm. 3 Uhr: Schenkwitz.

Abend 8 Uhr: Künstlerblut.

Lustspielhaus.

Täglich 8 Uhr:

Sinfarienfieber.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.

Heute und folgende Tage

Anfang 8 Uhr:

Florette und Patapon.

Schwanz in 3 Akten v. M. Hennequin

und Pierre Weber.

Sonntag nachmittags 3 Uhr: Eine

Hochzeitsnacht.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 34.

Abend 8 Uhr:

Die schöne Ungarin.

Metropol-Theater

Der Teufel lacht dazu.

Große Jahresrevue in 7 Bildern

von Julius Freund. Musik von

Viktor Hollaender. Dirigent Max

Roth. In Szene gesetzt von

Direktor Richard Schultze.

Massary. Wolff. Bender.

Giampietro. Josaphi.

Morgen

Sonabend, den 5. Januar 1907:

I. gr. Metropol-Theater-Ball.

Apollo Theater

Abend 8 1/2 Uhr:

Die schöne Vestalin.

Operette. Musik von Viktor Holländer.

Vorher 8 Uhr:

Die neuen Spezialitäten.

Sonntag, den 6. Januar:

Nachm. 3 Uhr. Halbe Preise!

Doppelveranstaltung. Variétés u. Operette

Bennis auf Erden von Paul Linke.

Bernhard Rose-Theater

Große Frankfurterstr. 132

## Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)

Freitag, abend 8 Uhr:

Doppelfestabend.

Bauernposse in 5 Bildern von Ludwig

Angenieder.

Sonabend, abend 8 Uhr:

Mathias Gollinger.

Sonntag, nachm. 3 Uhr:

Die rote Robe.

Sonntag, abend 8 Uhr:

Mathias Gollinger.

Schiller-Theater, Charlottenburg,

Blumenstraße, Ecke der Grotte.

Freitag, abend 8 Uhr:

Die Räuber.

von Friedrich Schiller.

Sonabend, abend 8 Uhr:

Minna von Barnhelm.

Sonntag, nachm. 3 Uhr:

Die Räuber

Sonntag, abend 8 Uhr:

Minna v. Barnhelm.

## Zirkus Schumann

Heute Freitag, den 4. Januar, abend 8 1/2 Uhr: u. a.:

Jum 1. Male: Die größte Sensation direkt aus Amerika

Eine absolute ?Globe of Life? mit Irene u. Mr.

Robinat! Wizard Stone.

Feiner Neu! 3 Frères Willé und die neungelagerten

Spezialitäten.

Um 9 Uhr: Die größte Pracht-Ausstattungspantomime

St. Hubertus.

Zirkus Busch.

Heute abend 7 1/2 Uhr.

Obi. Brockmanns Radiobrie. I.

Todes-Reifen.

Feiner: Rih Dianda, drei Affen,

Dumbe, Kaladus, Schelm, Singer,

Equilibristen, Dr. Ernst Schumann

Reisereisen, Frl. Marguorite

Schulzeitein.

Um 7/10 Uhr:

Gr. Leight.-Ausk.

ROM. Pantom. in 7 Akten.

Die großen Kampfspiele im Zirkus

Catigula. Ring- u. Faustkämpfer,

Bärenkämpfe, Hestiergruppen etc.

Brunnen-Theater

Gesundbrunnen. Badstraße 58.

Direktion: Bernhard Rose.

Almenrausch und Edelweiß.

Solistisch mit Gesang in 9 Bildern.

Kasseneröffnung 7. Anfang 8 Uhr.

Billettoverkauf von 10-2 Uhr an

der Theaterkasse.

Berliner Prater-Theater

Spitzen-Allee 7-9.

Freitag, den 4. Januar 1907:

Im Abonnement:

Robert und Bertram.

Anfang 8 Uhr.

Folies Caprice

Linienstr. 132

Ecke Friedrichstraße.

Dir. Felix Berg.

Das Modell.

Serenissimus August XXVI.

Josef Fleischmann.

Anfang 8 Uhr. Vorverk. 10-2

a. d. Theaterk. u. b. Werthim.

WINTERGARTEN

SAHARET.

Otto Reutter

Kaufmann-Truppe, weibl. Radfahrer.

Ein Ballabend in Paris, Ballet, ausgef.

## Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse

Täglich 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.

Der Riesen-Januar-Spielplan.

u. a.: The Romeo, Japan. All.

4 Silbersterne.

Geschieden.

Schwanz in 1 Akt.

12 erstklassige Nummern!

Familienlusten, zum halben Kassens-

preise gültig, in allen Vorber-

preisur u. Nargengelächten gratis.

Colosseum

Dresdenerstr. 97.

12 erstklassige Schlager

12 erstklassige Schlager

Wienerschrammeln.

Rosenhöl:

Gustav

Behrens

Theater,

Berlin O.,

Frankfurter

Allee 85.

In dem großartigen Weihnachtsfest

Das Wiedersehen

nach 30 Jahren.

Direktor Gustav Behrens als

Hamburger Schiffskapitän.

Außerdem 22 Nummern.

Otto Pritzkow. Münzstr. 16.

Welt-Ausstellungs-

Biograph-(St. Louis)

Theater lebender

Photographien mit

abwechslndem

Abnormitäten-Prrog.

Verbindung mit größter Filma-

fabrik Frankreichs, daher täglich

neueste Bilder.

Den ganzen Tag Vorstellung.

Arbeiter-

Notiz-Kalender

1907

Geb. 60 Pf. Porto 10 Pf.

Ein nützlicher Ratgeber, ein un-

entbehrliches Nachschlagewerk

für alle in Partei- und Gewerks-

chaften organisierten Arbeiter.

Der diesjährige Kalender ent-

hält u. a.:

Die Parteien des Reichstages.

Die Reichstagsabgeordneten von 1903

und die Nachwähler. — Völg.

Notizen unserer Reichstagsab-

geordneten — Sozialdemokratische u. Gewerkschafts-

Der Wahlkampf in Groß-Berlin.

Heute ist der letzte Tag,

an welchem die Wählerlisten zur Einsichtnahme ausliegen. Wer sich seines Wahlrechtes noch nicht vergewissert haben sollte, muß das heute schleunigst nachholen.

In Berlin liegen die Listen in den dieser Tage von uns bekannt gegebenen Turnhallen in der Zeit von 4 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends aus; in den beiden Landkreisen in den Gemeindebüros während der Dienststunden.

Wie notwendig die Einsichtnahme in die Wählerliste ist, beweisen unter anderem folgende Fälle: In der Wilsnaderstraße wohnt ein gewisser B. bereits zehn Jahre in einem Hause und trotzdem stand er nicht in der Liste.

Ueber mangelnde Kenntnis des Reichstagswahlrechts

Scheinen städtische Beamte zu verfügen, die in der Turnhalle Blumenstraße 63a der Einsichtnahme in die Wählerlisten vorstehen. Einem Arbeiter F., Holzmarktstr. 67, wurde dort der Bescheid: „Weil Sie noch nicht ein Jahr in Berlin sind, sind Sie nicht wahlberechtigt und werden zur Einsichtnahme nicht zugelassen.“

Die Kandidatenaufstellung unserer Gegner

geht sehr langsam vor sich. Im ersten Berliner Wahlkreis haben die Konservativen, Antisemiten und Mittelstandsparteiler eine eigene Kandidatur aufgestellt in der Person des Postsekretärs Stodmann, der früher bereits im zweiten Berliner Reichstagswahlkreis für die Konservativen und Antisemiten kandidiert hat.

Was die Aufstellung Damaschles betrifft, so hat es damit, wie die „Vossische Zeitung“ bemerkt, eine eigene Verwandnis. Sie schreibt:

„Die Nachricht, daß Herr Damaschle vom Bund deutscher Bodenreformer aufgestellt worden sei, hat sich nicht bestätigt. In einem Schreiben eines sogenannten unabhängigen Wahlausschusses für den ersten Berliner Wahlkreis, unterzeichnet J. A.: Dr. jur. A. Polenske, Lessingstraße 10, wird erklärt, daß der Bund deutscher Bodenreformer seinen politischen und religiös durchaus neutralen Grundsätzen gemäß an keiner Kandidatur beteiligt sei. Der Bundesvorsitzende Damaschle sei vielmehr von einem „unabhängigen Wahlausschuß“ aufgestellt worden.“

Im zweiten Wahlkreis ist in einer vom geschäftsführenden Ausschuss der freisinnigen Volkspartei einberufenen Vertrauensmännerversammlung der Bürgermeister Reide als Reichstagskandidat aufgestellt worden. Reide hat die Kandidatur angenommen. Das ist also der „geeignete“ Kandidat, nach dem die Freisinnigen so lange gesucht haben.

Für den vierten Berliner Wahlkreis hat Abgeordneter Albert Kröger die Uebernahme der ihm angetragenen Kandidatur abgelehnt, da es ihm mit Rücksicht auf die Verhältnisse im Wahlkreise Babelsberg nicht möglich ist, sich in Berlin am Wahlkampf zu beteiligen.

Freisinnige Wahllisten

Das Berliner Tageblatt sucht das Erbe Eugen Richters in der Verleumdung seiner politischen Gegner anzutreten. Im gestrigen Abendblatt bringt es von einem „Arbeiter“ (der wahrscheinlich mit gleichem Recht sich Arbeiter nennt, wie Lehysohn und Mugdan sich als Vertreter des Christentums auspielen) eine Beschimpfung unseres Genossen Fischer.

Das Berliner Tageblatt sucht das Erbe Eugen Richters in der Verleumdung seiner politischen Gegner anzutreten. Im gestrigen Abendblatt bringt es von einem „Arbeiter“ (der wahrscheinlich mit gleichem Recht sich Arbeiter nennt, wie Lehysohn und Mugdan sich als Vertreter des Christentums auspielen) eine Beschimpfung unseres Genossen Fischer.

Das Berliner Tageblatt sucht das Erbe Eugen Richters in der Verleumdung seiner politischen Gegner anzutreten. Im gestrigen Abendblatt bringt es von einem „Arbeiter“ (der wahrscheinlich mit gleichem Recht sich Arbeiter nennt, wie Lehysohn und Mugdan sich als Vertreter des Christentums auspielen) eine Beschimpfung unseres Genossen Fischer.

Das Berliner Tageblatt sucht das Erbe Eugen Richters in der Verleumdung seiner politischen Gegner anzutreten. Im gestrigen Abendblatt bringt es von einem „Arbeiter“ (der wahrscheinlich mit gleichem Recht sich Arbeiter nennt, wie Lehysohn und Mugdan sich als Vertreter des Christentums auspielen) eine Beschimpfung unseres Genossen Fischer.

Ausbeuter“, während Fischer doch genau so um Lohn arbeitet wie irgend ein anderer Arbeiter, und sie läßt drittens, daß Fischer von der sozialdemokratischen Parteileitung aufgestellt, während alle Schmuds vom „Berliner Tageblatt“ ganz genau wissen, erstens, daß bereits vor Monaten die Genossen des zweiten Wahlkreises sich mit der Stellungnahme Fischers in dem Streite mit Reihhäuser und seinen Hintermännern einhellig als durchaus einverstanden erklärten, und zweitens, daß Fischer von den Genossen, also den organisierten Arbeitern, des zweiten Kreises einstimmig aufgestellt worden ist, ganz genau in derselben Weise wie alle übrigen Kandidaten unserer Partei. Auf die „Arbeiter“, deren Sprachorgan das Geschäftsblatt des Bourgeois Woffe ist, wird Genosse Fischer freilich auch bei dieser Wahl verzichtet müssen.

Dritter Wahlkreis.

Im dritten Wahlkreise ist das konservative Element ziemlich stark vertreten. Allerdings, so stark war es nie, daß es der von der Börse und dem Bankierstand beeinflussten Gruppe auf dem demokratischen Boden des gleichen Wahlrechtes den Vorrang streitig machen konnte. Selbst eine starke Durchsetzung mit nationalliberalem Geiste konnte der konservativen Gruppe nicht den Sieg über die Handelswelt verschaffen. Einmal, im Jahre 1874, mußte die Fortschrittspartei das Reichstagsmandat in der Stichwahl gegen die Sozialdemokratie behaupten, sonst fiel den Fortschrittlern bis 1884 der Sieg schon im ersten Wahlgange zu. 1884 hatten sie dann mit der konservativ-nationalliberalen Gruppe in der Stichwahl um das Mandat zu ringen. Der konservative Kandidat unterlag. Seitdem gelang es keinem Vertreter der Rechtsparteien mehr, in die engere Wahl zu gelangen. Zehn Jahre waren verfloßen, daß die Sozialdemokratie zum ersten Male in der Stichwahl mit den Fortschrittsmännern um die Palme rang, da kam 1887 diese Konstellation wiederum zustande. Vom Gegner hart bedrängt, gelang es dem Freisinn diesmal und auch bei der nächsten Wahl, im Jahre 1890, das Mandat noch zu behaupten. Dann war es vorbei mit der Herrlichkeit des Freisinn. 1893 siegte in der Stichwahl unser Kandidat, Genosse Vogtherr, mit ganz erheblicher Majorität über den Freisinnsmann. Bei der nächsten Wahl (1898) blieb die Sozialdemokratie wiederum Siegerin, um dann 1903 das Mandat gleich im ersten Wahlgange zu erobern. Im Nachfolgenden geben wir ein Zahlenbild von dem Wahlen unserer und dem Niedergang der gegnerischen Parteien. Es erhielten Stimmen:

Table with columns: Jahr, Sozialdemokratie, Fortschrittspartei, Konservativ-natlib., Reichspartei, Sozialdemokratie, Freisinn, Konservativ. Rows for years 1871 to 1903.

\* Nachwahl.

Im allgemeinen zeigt sich hier für unsere Partei derselbe Entwicklungsgang wie überall. Zunächst ein fortgesetztes Anschwellen unserer Stimmenzahlen; dann, im Jahre 1881 ein Rückgang. Aber schon 1884 wurde die Schwärze wieder ausgeweht und dann ging es unaufhaltsam vorwärts. 1898 folgte allerdings nochmals ein kleiner Stimmenrückgang, dafür brachte die nächste Wahl eine Zunahme der für uns abgegebenen Stimmen um fast 33 Prozent, bei einem gleichzeitigen Rückgang der gegnerischen Stimmen um über 23 Prozent. Und mit diesem Sprung vorwärts ist der 3. Wahlkreis hoffentlich in die Reihe unserer sicheren Hochburgen eingereiht. Bisher wurden im 3. Wahlkreise gewählt: 1871 Moritz Wiggers (Fortschrittspartei), 1871 (Nachwahl) Windthorst (Fortschrittspartei), 1874 v. Hovebed (Fortschrittspartei), 1874 (Nachwahl), 1877 Herz (Fortschrittspartei), 1877 (Nachwahl), 1878 und 1881 v. Sauten (Fortschrittspartei), 1881 (Nachwahl), 1884, 1887, 1890 Runder (Fortschrittspartei), 1893 Vogtherr (Sozialdemokrat), 1898 und 1903 Heine (Sozialdemokrat). Die Zahl der Wahlberechtigten, die Wahlbeteiligung sowie das Prozentverhältnis der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen in der Hauptwahl veranschaulicht folgende Aufstellung:

Table with columns: Jahr, Zahl der Wahlberechtigten, Abgegebene gültige Stimmen, Für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen. Rows for years 1871 to 1903.

Auch im dritten Kreise hat die Zahl der Wähler abgenommen. Das die Abziehenden sich vornehmlich aus den proletarischen Schichten rekrutieren, kann man aus der Prozentziffer der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen schließen. Die Werbefähigkeit der Sozialdemokratie kommt in der Stärkezunahme von 1898 auf 1903 recht deutlich zum Ausdruck. Unsere Gegner machen sich große Hoffnungen, den dritten Kreis uns wieder zu entreißen. Es muß also mit aller Macht dahin gearbeitet werden, daß nicht nur diese Hoffnung zu Schanden gemacht wird, sondern daß am 23. Januar der freisinnig-nationalliberal-konservative Block vollständig zerquetscht werde.

Unsere Genossen müssen zeigen, daß die Träume Wilows von einer Stärkung des Liberalismus Schäume sind. Der 23. Januar muß eine vernichtende Niederlage der freisinnig-konservativen Koalition bringen.

Der Freisinn rückt auf dem Vauz vor der Regierung und vor der Christ- und Fleischwucherpartei; sorgen wir dafür, daß er nicht wieder aufstehen kann.

Genossen, spielt dem Freisinn zum Tanzen auf, daß ihm der Atem ausgeht!

Kreis Teltow.

Dänneke. In gut besuchter Wählerversammlung referierte am 30. Dezember Genosse Hoffmann-Kowalew über die bevorstehende

Reichstagswahl. In 1 1/2 stündiger, mit reichem Beifall aufgenommenen Rede geißelte er die Weltmachts- und Kolonialpolitik der deutschen Regierung, durch die das Reich in eine ungeheure Sündenlast gelürzt wird. Am Schluß lenkte der Referent die Aufmerksamkeit der Zuhörer auf die heutige Lebensmittelerhöhung als Folgeerscheinung der Zoll- und Wucherpolitik der Agrarier und ihrer Handlanger. Gegner waren nicht anwesend. Genosse Poefeneder ermahnte die Anwesenden, nach dem soeben Gehörten nicht nur einmütig für den Kandidaten der Sozialdemokratie zu stimmen, sondern auch durch Massenbeitritt zum Wahlverein gegen das heutige Regierungssystem zu demonstrieren.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Kreis. Heute abend 8 1/2 Uhr findet eine Volksversammlung im „Adligshof“, Wilowsstr. 87, statt, in der unser Kandidat Genosse A. Fischer über die bevorstehende Reichstagswahl sprechen wird. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Achtung! Vierter Wahlkreis! Sonntag, den 6. Januar: Flugblattverbreitung. Alle Genossen müssen zur Stelle sein. Der Vorstand.

Achtung! Fünfter Wahlkreis!

Sonntag, den 6. Januar, früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekanntesten Stellen aus.

Die Genossen des vierten Kreises Ost, welche bisher noch keiner Gruppe des fünften Kreises zugeteilt waren, wollen sich bei Künzler, Sophienstr. 6, einfinden.

Die Genossen, welche bereits geholfen haben, bitten wir, direkt in die Lokale zu gehen, in welchen sie bei der vorausgegangenen Verbreitung tätig waren. Der Vorstand.

Sechster Kreis. Sonntag, den 6. Januar, findet von den bekanntesten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt. Der Vorstand.

Schöneberg. Die Parteigenossen werden erlucht, zu der am Sonntag früh stattfindenden Flugblattverbreitung zahlreich zur Stelle zu sein. Der Vorstand.

Britz. Am Sonntag, den 6. Januar, nachmittags 1 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Worsch, Chausseestr. 18, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: „Die Reichstagswahl“. Um regen Besuch dieser Versammlung erlucht Das Wahlkomitee.

Neuenhagen (Südbahn). Am Sonntag, den 6. Januar, nachmittags 4 Uhr: Versammlung bei Wünsche. Genosse Julian Vorchardt spricht über: „Die bevorstehende Reichstagswahl“. Die Handzettelverteilung zu dieser Versammlung findet am Sonntagvormittag statt.

Miersdorf. Am Sonntag, den 6. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet bei Bier eine Volksversammlung statt, in welcher Stadtverordneter Paul Hirsch-Charlottenburg über die bevorstehende Reichstagswahl sprechen wird. Genossen, Wähler, erscheint in Massen in der Versammlung. Der Einberufer.

Reinickendorf (Ost) - Schönholz. Am Sonntag, den 6. Januar, abends 8 Uhr, findet bei Ramlow, Schönholz 14, die erste öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher der Genosse Stadthagen über: „Die bevorstehende Reichstagswahl“ sprechen wird.

Wilhelmsruh-Nordend. Genossen, welche an der am Sonntag, den 6. Januar, 12 Uhr mittags, in Zehlendorf bei Lieberow walde stattfindenden Versammlung, in der Genosse Stadthagen referiert, teilnehmen wollen, werden erlucht, dies dem Genossen Kenntnis Kronprinzstr. 14, mitzuteilen. Zahlreiche Beteiligung ist erwünscht, da die Sache gleich als Agitationstour angesehen wird. Auch Reinickendorf hat große Beteiligung zugesagt. Abfahrt für Wilhelmsruh nach Oranienburg: Morgens 8,00 Uhr. Treffpunkt: Lokal Schorch 3/8 Uhr.

Vorligwalde. Heute Freitag abend 8 Uhr findet im Lokale von Wollschach eine öffentliche Reichstagswähler-Versammlung statt. Genosse Dr. Rosenfeld-Berlin referiert über: „Die Auflösung des Reichstags und die bevorstehenden Neuwahlen.“ Regere Beteiligung wird erwartet.

Berliner Nachrichten.

Des Stadtfreisinn erste Leistungen im neuen Jahre!

Hoch! — hoch!! — hoch!!! — So erklang es gestern laut und freudig durch den Sitzungssaal der Stadtverordneten-Versammlung. Wem galt die begeisterte Huldbigung, mit der die freisinnige Mehrheit der Stadtverordneten die erste Sitzung im neuen Jahre eröffnete? Vielleicht der „Selbstverwaltung“ der Kommunen, die der „Stolz“ des freisinnigen Bürgertums ist? Oder unserer Stadt Berlin, die vom Freisinn so „musterhaft“ verwaltet wird? Keinem von beiden, sondern dem deutschen Kaiser! So will es gute, alte Untertanensitte — und das war denn auch diesmal wieder, wie alljährlich, der selbstverwaltungsstolzen Freisinnsmänner erster Gedanke im neuen Jahre.

Daß die freisinnigen Bürger „nach oben hin“ Ergebnisse und Untertanentreue zu bekunden haben, das war ihr erster Gedanke, ihr zweiter war der, daß sie „nach unten hin“ um so schneidiger auftreten müssen. Im Berliner Stadtparlament sichert das Dreiklassenystem des Gemeindewahlrechtes ihnen die Mehrheit, und sie haben diese Machtstellung oft genug mißbraucht, ohne mit der Wimper zu zucken. So pflegte sie auch alljährlich in der ersten Sitzung des neuen Jahres bei der Wahl des Vorstandes, der aus acht Personen besteht, die sozialdemokratische Fraktion auszuschließen, obwohl diese allmählich bis auf fast ein Viertel der ganzen Versammlung angewachsen ist und bereits die zweitstärkste Gruppe in ihr bildet. Auch hierin hat gestern die freisinnige Mehrheit festgehalten an dem alten Brauch, den sie so lange geliebt hat. Nachdem der Vorsteher Langerhans, wie immer, durch Affirmation wieder gewählt worden war, erlebten wir das gewohnte Schauspiel, daß nicht nur der Posten des Vorsteher-Stellvertreters, sondern auch diejenigen der Beisitzer sowie ihrer Stellvertreter nur an freisinnige übertragen wurden. Von der sozialdemokratischen Fraktion wurde für den Posten des Vorsteher-Stellvertreters Genosse Singer, für den eines Beisitzers Genosse Borgmann vorgeschlagen, aber beide bekamen nur die Stimmen der eigenen Fraktion. Warum wehrt der Freisinn sich so hartnäckig dagegen, daß die Sozialdemokraten des Stadtparlaments nach Maßgabe ihrer Stärke auch im Vorstand vertreten sein sollen? Vermutlich deshalb, weil bei Befragung auch nur eines Beisitzerpostens mit einem Sozialdemokraten die Lücke des Zufolls es fügen könnte, daß ausgerechnet diesem Sozialdemokraten bei irgend einem

**Fürstenempfang Repräsentations-„Pflichten“**  
aufgeladen werden müssten, deren Erfüllung er dann ab-  
lehnen würde. Freimänner, die in solchen Fällen mit  
bekannter „Würde“ den „freien Bürger“ zu mimieren verstehen,  
dürfen es zu diesem Entschlichen nicht kommen lassen.

Nachdem die Versammlung sich nun konstituiert hatte,  
ging sie an die Erledigung der laufenden Geschäfte und trat  
in die Erledigung der ihr zugegangenen Vorlagen ein. Unter  
ihnen war die Vorlage betreffend die Nachbewilligung von  
Mitteln für die Säuglingsfürsorge gestellt. Von der  
sozialdemokratischen Fraktion wurde dieser Antrag des  
Magistrats mit Freude begrüßt, das verstand sich von selber.  
Genosse Bchl zeigte, wie sehr die von der Stadt Berlin  
begonnene Säuglingsfürsorge noch der Erweiterung und Ver-  
besserung bedarf und wie notwendig es ist, hier mit noch viel  
freigebigerer Hand zu spenden. An seine Ausführungen  
knüpfte sich eine längere Debatte, doch wurde gegen den Antrag  
des Magistrats von keiner Seite Widerspruch erhoben. Wir  
sind neugierig, ob das Wohlwollen, das man im Rathause  
den Säuglingsfürsorge stellen zunächst noch entgegenbringt,  
lange andauern wird. Es ist klar, daß diese Einrichtung nicht  
in dem bisherigen Anfangsstadium bleiben kann. Wenn an  
die Gemeindebehörden erst die Forderung herantritt, wird,  
zu ihrer zweckmäßigen Ausgestaltung bedeutende Mittel zu  
betwählen, dann wird die freisinnige Mehrheit sich wieder  
auf die Pflichten des „sparsamen Hausvaters“ besinnen und  
den Stadtsäckel zuhalten.

Die Wirkungen des am Mittwoch plötzlich eingetretenen Tau-  
wetters machten sich am Abend in recht unangenehmer Weise bei  
der Gassenbeleuchtung bemerkbar. Fast überall, wo Gas für Be-  
leuchtungs- und gederliche Zwecke gebraucht wird, war der Gas-  
druck berartig verringert, daß er nicht genügte, und waren Ge-  
schäftskunden vielfach gezwungen, zur Beleuchtung ihrer Läden wieder  
auf die Petroleumlampe zurückzugreifen. Von allen Seiten wurden  
die städtische und englische Gasanstalt angerufen, deren Arbeiter  
bis in die Nacht hinein tätig waren, um die Ursache der Be-  
leuchtungsstörung zu beseitigen. Sie bestand in den meisten  
Fällen in Wasseransammlungen in den Leitungsröhren, die durch  
den Witterungsumschlag herbeigeführt worden ist.

Die Eisflächen der öffentlichen Gewässer sind durch das scharfe  
Taubwetter und die mehrfachen Regengüsse teilweise morisch ge-  
worden, so daß das Betreten desselben sicherer Eisflächen nicht un-  
gefährlich erscheint. Es sind denn auch am Mittwoch tatsächlich  
mehrere Unglücksfälle zu verzeichnen gewesen. So ist auf dem  
Kieker Spreetanal bei Köpenick ein neunjähriger Knabe ein-  
gebrochen, konnte jedoch, ohne Schaden genommen zu haben, gerettet  
werden. Einen ersten Verlauf nahm ein Unglücksfall, der sich  
auf dem Teufelssee an den Müggelbergen ereignete. Dort gerieten  
ein Herr und eine Dame auf eine morsche Eisstelle und brachen  
ein. Ein Schlittschuhläufer, der den Verunglückten Hilfe bringen  
wollte, brach ebenfalls ein und vermochte sich nur dadurch vor der  
Gefahr des Ertrinkens zu retten, daß er sich an dem Eisrand an-  
klamerte. Der Unglücksfall war von dem Personal des Restau-  
rants Teufelssee beobachtet worden. Den Leuten gelang es unter  
Anwendung von Laufplanen, an die Unglücksstelle heranzukommen  
und die drei Personen den kühlen Pluten zu entreißen. Die beiden  
erst Verunglückten waren jedoch schon völlig erstarret und be-  
sinnungslos und konnten erst nach längerem Bemühen in das  
Leben zurückgerufen werden.

Ein Opfer des Taubwetters wurde gestern morgen der 33jährige  
Straßenbahnfahrer Karl Lausowitz aus der Kronheimerstraße 10.  
L. hatte sich auf dem Wege nach dem Straßenbahnhof in Reinick-  
dorf befunden, und beim Passieren der Residenzstraße glitt er auf  
dem schlüpfrigen Pflaster aus. Der Bedauernswerte brach bei dem  
Sturze beide Unterarme und mußte längere Zeit in hilflosem  
Zustande liegen bleiben, bis er schließlich durch mehrere Kollegen  
aufgefunden und ins Lazaruskrankenhaus gebracht wurde.

Bei einem Straßenbahnunfall den Tod gefunden hat in der  
gestrigen Nacht der Rentier Belov. Er war in Pantow gewesen  
und hatte auf der Rückfahrt einen Straßenbahnwagen benutzt. In  
der Verlängerung sprang er während der Fahrt von dem Waggon  
herab, kam auf dem schlüpfrigen Fahrdamm zu Fall und stürzte zu  
Boden. Bewußungslos blieb er neben den Gleisen liegen. Der Un-  
fall war weder von dem Schaffner noch von einem der Fahrgäste  
beobachtet worden. Er wurde später von einem Milchsträger ge-  
funden und nach der Sanitätsstation gebracht. Er starb jedoch dort  
ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Alle Jahre zum Neujahrstage kommen Halloren nach Berlin, um  
einer alten — oder besser veralteten — Sitte gemäß dem Kaiser  
ihre Neujahrswünsche und auch Gaben darzubringen. Die Gaben  
bestehen in Wärsen und Giern. Die Gelegenheit, daß Leute aus  
dem Arbeiterstande dem Kaiser Glückwünsche darbringen, bietet sich  
nicht so oft; wenn sie sich aber bietet, kann man sicher sein, daß die  
bürgerliche Presse, vor allem voran der „Berliner Sozialanzeiger“,  
die Gelegenheit benutzt, um in der byzantinischen Weise der  
saumenden Mittwelt darüber zu berichten. Da erzählt man denn  
ganz genau, wie viele Wärsen und wie viel Eier die Gratulanten  
mitgebracht haben und in welcher leutseligen Weise sie empfangen  
wurden. Man lese nur:

„Der Kaiser hörte aufmerksam dem Sprecher zu und er-  
kundigte sich dann nach dessen Familienverhältnissen. Mit der  
Hand wies der Monarch über die Tafel weg, dahin, wo Prinz  
August Wilhelm mit seiner jugendlichen Braut saß und sagte:  
„Da sitzt das neue Brautpaar!“ Er erinnerte dabei an einen Vor-  
gang, der sich vor drei Jahren bei Gelegenheit des Kaiser-  
manövers in Halle abgespielt hatte. Beim Empfang des  
Kaisers waren auch zwei „Hallorenbrautpaare“ zugegen ge-  
wesen. Der Kaiser, dem die schmunzenden Leuchten aufgefallen  
waren, erkundigte sich nach dem weiteren Geschick dieser  
beiden Paare. Von dem einen konnte Koryth melden, daß es in-  
zwischen in den Stand der Ehe getreten und auch bereits Nach-  
wuchs erhalten habe, bezüglich des zweiten Paares aber zögerte  
er mit der Antwort. Der Kaiser, dem die Verlegenheit des  
Sprechers auffiel, warf belustigt die Bemerkung dazwischen: „Die  
waren wohl nur für den einen Tag als Brautleute zusammen-  
gekommen“, und sichtlich erleichtert platzte der biedere Hallor  
heraus: „Nu freilich, Majestät, wir hatten doch  
gerade nur ein richtiges Brautpaar.“ In-  
zwischen hatten die beiden Begleiter dem Kaiser die Geschenke der  
Verlobtschaft, je einen Korb mit vier Wärsen und einen Korb  
mit Giern, überreicht. Dann trat man an den Platz der Kaiserin,  
um ihr die gleichen Gaben darzubringen. Der Kaiser wie auch die  
Kaiserin suchten sich je eine der Wärsen aus, eine dritte Wärs  
wurde in Scheiben geschnitten und von der Dienerschaft herum-  
gereicht. Dann trat die Deputation zur Gratulation an jeden  
einzelnen heran und legte einen Abdruck des Glückwunschschreibchens  
auf den Platz. Hierauf begab sie sich wieder zum  
Monarchen, um sich für die Ehre des Empfanges  
eucharistisch zu bedanken. Dabei ist es üblich, daß  
der Kaiser die Deputation für den nächsten Tag zur Privat-  
audiens zu befehlen pflegt. Da der Kaiser, der in sehr lebhafter  
Unterhaltung war, es diesmal zu unterlassen schien, holt Koryth  
mit der Frage nach, ob Majestät nicht der Deputation die Ehre  
eines nochmaligen Empfanges erteilen werde. „Gewiß,“ an-  
wortete der Kaiser, „ich sag's euch noch und verabschiedete sich  
herzlich von den Halloren, die später der Galavorstellung im  
Schauspielhause betwohnten. Es waren ihnen Plätze im  
zweiten Rang angewiesen worden, wo sie in ihren  
blauen und roten Köcken allgemein aufzufallen. Gestern  
gegen Mittag begab sich die Deputation in das  
„Hotel Bristol“ zum König von Württemberg, dann ging es in  
das Schloß. Hier wurden der Kaiserin und der Prinzessin

Viktoria Luise die Gaben überreicht, der Kaiserin eine große  
Schlachtwurst und eine in Stämmel gefüllte Gänseleberwurst, der  
Prinzessin eine kleine Schlachtwurst. Vom Schloß ging es nach  
dem Tempelhofer Ufer zum Fürsten Wilhelm von Hohenzollern,  
dann nach Schloß Bellevue, wo Prinz Fritzi-Friedrich residiert,  
später zum Prinzen Karl von Hohenzollern und endlich  
zum Oberbürgermeister Kirchner nach Moabit. Es ist in diesem  
Jahre das erste Mal, daß auch der Berliner Oberbürgermeister von  
den Halloren Gaben erhält. Der Besuch bei ihm erfolgte auf  
ausdrücklichen Wunsch des Bürgermeisters Dr. Niese in Halle, der  
des Oberbürgermeisters Schwiegerohn ist. Heute wird sich die  
Deputation nach Potsdam, bezw. Glienicke begeben.

In dem Bericht ist nicht einmal vergessen zu erwähnen, daß  
von dem Schloß Giern, die die Gratulanten mitbrachten, nur 36 auf  
den Keller gingen. Sicherlich sehr wichtige Fragen, die die  
Öffentlichkeit sehr interessieren.

Es ist nur schlimm, daß es noch so viele Leute gibt, und zu  
denen gehören leider noch viele Arbeiter, die dieses leichte Zeug sich  
Tag für Tag vorsetzen lassen und nicht vom Unwohlsein befallen  
werden.

Wiederum wird eine Störung im Unterleitungsbetriebe gemeldet.  
Nachdem der Unterleitungsbetrieb der Straßenbahn über den Opern-  
platz mit Beginn des gestrigen Frühverkehrs aufgenommen war, hat  
er jetzt abermals eine größere Störung erfahren. Infolge Kurz-  
schlusses sind vermutlich die Kabel beschädigt worden, so daß gestern  
um 8<sup>30</sup> morgens der Betrieb abermals eingestellt werden mußte.  
Die Wagen der über den Opernplatz führenden Linien fahren in der  
Richtung nach dem Norden bis zum Schinkelplatz, in der Richtung  
nach dem Süden bis zum Kastanienwäldchen und legen dort um.  
Die Störung dürfte voraussichtlich baldigt gehoben werden.

Zu der Störung des Unterleitungsbetriebes der Straßenbahn  
schreibt der „Täglichen Rundschau“ ein Mitarbeiter, der Ingenieur  
ist, folgendes: „Derartige Störungen des Betriebes vieler Linien an  
einer Stelle könnte die Straßenbahngesellschaft vermeiden, wenn sie,  
entsprechend dem Schneefall, in die Unterleitungskanäle Viehsalz  
streuen ließe. Das Schmelzen und Abfließen des Schnees würde dann nicht  
so plötzlich eintreten, wie es nun bei Beginn des Taubwetters der Fall war.  
Auch wäre es auf einer so kurzen Strecke, wie am Opernplatz,  
möglich gewesen, die Gleise in ihrer ganzen Breite Mittwoch früh  
schneefrei zu machen, so daß nicht noch immer neue Massen Schnee-  
wasser in die Leitungskanäle liefen. Wenn nun aber einmal dem  
Publikum das Vergnügen des Umsteigens gemacht werden soll, wie  
dies bei der Straßenbahn verlangt, daß jeder der Fahrgast die  
Fahrt doppelt bezahlt? Nachdem wir, mit der Linie 64  
von der Schöndorfer Allee kommend, hinter dem Platz am Opernplatz  
einen neuen Wagen der Linie 54 bestiegen hatten, der uns zum  
Potsdamerplatz führte, mußten wir einen neuen Fahrschein lösen.  
Warum haben die Schaffner nicht für solche Fälle irgend ein Zeichen,  
z. B. zwei Wärsen an einer Stelle des Fahrscheins dicht nebenein-  
ander? Warum ist auf den Scheinen (die doch zu Einzelnigen Platz  
frei haben) nicht ein U vorgezeichnet, das in solchen Fällen des Um-  
steigens gelocht werden kann?“

In seinem Verufe verunglückt ist gestern mittag ein Kollisions-  
der Prima Paul Schur. Er hielt vor dem Hause Lindenstraße 89  
und wollte mit seinem Wagen ein Stiel vorrücken. Dabei wurde  
der Mann von der Deichselstange so schwer vor den Leib gestossen,  
daß er erhebliche innere Verletzungen erlitt und nach dem Kranken-  
hause geschafft werden mußte.

Rehrständige Betriebsstörung auf der Hochbahn. Ansehnend  
durch Kurzschluß in der Stromleitung entstand gestern abend 6 Uhr  
auf der Hochbahn zwischen den Stationen Hallesches Tor und  
Bälowstraße eine Betriebsstörung, die erst nach mehreren  
Stunden behoben werden konnte. Während dieser Zeit war der ge-  
samte Verkehr auf dieser Strecke lahmgelegt. Mehrere  
Jüge blieben unterwegs stehen, weshalb sich die Passa-  
giere zu Fuß nach den nächstgelegenen Bahnhöfen be-  
geben mußten. Schon in den Nachmittagsstunden kam es  
wiederholt vor, daß die Jüge plötzlich stromlos wurden, doch erholte  
sich der Strom immer wieder, bis er um 6 Uhr völlig versagte.  
Trotzdem sofort die Strecke einer eingehenden Beschäftigung und  
Untersuchung unterzogen wurde, dauerte es doch mehrere Stunden,  
bevor die Ursache der Störung gefunden war. Es scheint, wie  
bereits erwähnt, kurzschlüssig vorzuliegen.

An Fleischvergiftung gestorben. Böse Folgen hatte ein Fleisch-  
gericht, das am Weihnachtstage in der Familie des Arbeiters  
Schrüder in der Raumstraße 87 auf den Tisch kam. Der zum  
Besuch hier weilende achtzehnjährige Schwager Schrüders, August  
Fehling aus Rindlich i. M., ist vorgehern an Fleischgift gestorben,  
und das Schrödersche Ehepaar mußte nach dem Krankenhaus  
übergeführt werden, wo es bedenklich daniederliegt. Die „Berl.  
Volkszeitung“ erzählt über die Angelegenheit noch folgende Einzel-  
heiten: Zum 2. Festtage besorgte Frau Schröder Fleisch aus einer  
Nachhalle. Dann nach dem Genusse veripürte der junge Fehling  
Bekwerden, denen er aber keine Bedeutung belegte. Man ging  
abends gemeinschaftlich nach einem Restaurant. Der Zustand des  
Kranken verschlimmerte sich aber in den folgenden Tagen erheblich.  
Es trat starkes Erbrechen und Atemnot ein. Daneben traten eine  
Trübung des Augenlichtes vorzuliegen. Da sich auch bei dem  
Schrüderschen Ehepaar seit Sonntag ähnliche Erscheinungen  
zeigten, wurde ein Privat- und ein Kassenarzt zu Rate gezogen.  
Der eine von ihnen stellte bei dem jungen Fehling die Diagnose  
auf Diphtherie, während der andere eine Vergiftung konstatierte.  
Gestern verstarb Fehling. Vor seinem Tode hatte er Scham vor  
dem Munde, klagte aber sonst nicht über Schmerzen. Da die  
Schrüderschen Eheleute ähnliche Krankheitssymptome zeigten, wurden  
sie nach dem Krankenhaus geschafft. Die polizeiliche Untersuchung  
ist eingeleitet worden.

Mit einem großen Verlust hat das alte Jahr für einen Boten  
der Berliner Vaterstadt geendet. Derselbe verlor am 31. Dezember  
vormittags in einem Hause der Großerbersen, Königgräberstraße oder  
am Hasenplatz einen Hundemarkstein. Der ehrliche Finder wird  
gebeten, denselben gegen eine Belohnung von 10 M. im Bureau,  
Potsdamerstr. 118 abzugeben.

Das Apollotheater hat sein Spezialitätenprogramm im neuen  
Jahre durch die Einreihung einiger erstklassigen Spezialitäten ver-  
jungt. Zu diesen gehört zunächst der Autopierrot Vayer, ein  
Künstler, der, von einer als Baby kostümierten Dame assistiert,  
in einer automatischen Pierrotzene die verschiedensten Tricks am  
Trapez, Ringen und hängenden Seilen ausführt. Einen Melange-  
Valettakt vollführen die 10 Dorellys. Bedeutendes akrobatisches  
können verrät die „Riff Hallerini“ durch ihre Leistungen am  
Stehtrapez. Die Badfahrerkunst findet tüchtige Vertreter in  
den tomschen Radschwarzmann und Dolien. Als  
Humorist wirkt Karl Bretschneider, der in seiner „Zeitung-  
frau“ eine hübsche Satire auf unsere Verhältnisse bringt.  
Eine Attraktion ersten Ranges ist die hübsche Luftnummer der vier  
Raffows. Mit atemloser Spannung steht man die waghalsigen  
Akrobaten in schwindelnder Höhe des Zuschauerraumes arbeiten  
und ist schließlich froh, wenn die Nummer ihr Ende erreicht hat.  
Außer dem reichhaltigen Spezialitätenreicht wird noch die melodische  
Operette „Die schöne Vestalin“ gegeben, aus der die beiden Schöner:  
„So'n bißchen Hudepade“ und „Immer links rum, links rum“ bald  
auf den Leertafeln übergehen dürfen.

Bermüht wird seit dem 8. November 1906 der Fabrikarbeiter  
Wilhelm Nädiger, am 5. September 1845 zu Wüntersdorf geboren,  
welcher sich beschäufliche in Schöneberg, Woystraße 92 bei seinem  
Sohne aufhielt. Beschäftigung: Größe 1,80 Meter, unterseht, grau-  
melierter Haare, rötlichmelierter Schnurrbart, graublaue Augen,  
defekte Zähne, Kennzeichen: Lahm mit dem linken Beine. Kleidung:  
schwarzer weicher Filzhat, schwarzer Wehroberanzug, Jagstiefel, graue  
Strümpfe, weiße Bänder ohne Fäden. Der Benannte ist hier fremd,  
sein Wohnort ist Wüntersdorf. Es wird angenommen, daß Nädiger,  
da er auch in seinem Heimatort nicht angekommen ist, irgendwo  
umherirrt. Personen, welche Angaben zur Sache machen können,

werden gebeten, dies der Kriminalpolizei oder einem Polizeibetrieb  
zu den Akten: 7825 IV/40. 08 mitzuteilen.

**Feuerwehrricht.** Auch gestern hatte die Feuerwehr ununter-  
brochen zu tun. Am Pflaster 92b brannte abends ein Ballon mit  
Ammonial auf dem Treppenhof, der dort zerbrach und aus dem  
dann die Säure ausgelassen war. Karbolgeröl war in der Kur-  
straße 34/35 ausgelassen und Spiritus, Petroleum usw. brannte in  
einer Küche in der Oberbergerstr. 31. Wegen eines verdröberischen  
Anschlages wurde der 2. Zug nach der Königgräberstr. 7 gerufen.  
Dort im ersten Stock des Vorderhauses brannte auf der Treppe vor  
der Tür des Rauchwarenhandlers H. Dörge eine mit 5 Liter Benzol  
gefüllte Bleckanne. Der Schutzmann Reinicke besah die Geistes-  
gegenwart, die Flamme, die aus der Kanne herausschlug, ohne Ver-  
sinnen durch Auflegen von Lappen zu erlösen. Die Untersuchung  
ergab, daß sich in der Kanne eine Weibherkeule mit Venturverschluß  
befand, die halb mit gewöhnlichem Schießpulver gefüllt war. Einige  
Minuten später traf die Feuerwehr ein, nach deren Ansicht es zu  
einer Katastrophe gekommen wäre, wenn die Kanne geplatzt und  
das Benzol an der Luft sich zu einer Stiefelkammer ent-  
zündet hätte. Von dem Täter fehlt noch jede Spur. Gleich-  
darauf mußte ganz in der Nähe, in der Andreas-  
straße 32 ein Treppenbrand gelöscht werden. Am Nordhafen 8 stand  
abends ein Automobil in Flammen, die am Benzol reiche Ladung  
gefunden hatten. Der 8. Zug hatte längere Zeit in der Grünauer-  
straße 38/39 zu tun, wo auf einem Reubau Feuer ausgelommen  
war. Der 16. Zug mußte einen großen Kellerbrand in der Altredner-  
straße 4 löschen. Vohnermasse u. a. brannten in der Chodowled-  
straße 20. In der Rintstr. 17 stand das Zwischengebäl des Hauses  
in Flammen und in der Ritterstr. 99 eine Wohnung. Ferner hatte  
der 3. Zug in der Velfortstr. 29 zu tun, wo Hausrat usw.  
brannten. Gefährzte Pferde mußten an vielen Stellen aufgerichtet  
werden, u. a. in der Rossdorferstr. 47, Steinmeßstr. 11, Alt-  
Moabit 45 usw. Alarnte liefen noch von der Stromstr. 20, Friedrich-  
straße und mehreren anderen Stellen ein. Gleich in den ersten  
beiden Tagen wurden nicht weniger als 45 Alarnte verzeichnet und  
gegen 100 Brände polizeilich gemeldet.

In der letzten Nacht gegen 2 Uhr kam in einer Gastwirtschaft Große  
Frankfurterstr. 104 Feuer aus, Leppische u. a. brannten dort und in  
der Landsberger Allee 148. Weihnachtsbäume, Gardinen usw. wurden  
in der Bodumerstr. 6, Große Frankfurterstr. 37 u. a. Stellen ein  
Rausch der Flammen. Holz, Säde u. a. brannten in einem Stall  
in der Danzigerstr. 16. Wegen eines Wasserrohrbruches wurde die  
Feuerwehr nachs nach der Friedenstr. 60 gerufen. Der 8. Zug  
rückte abends nach der Kärwalderbrücke am Urbanhafen aus. Dort  
trieb ein Hund auf einer Fischholle umher. Die Feuerwehr holte den  
Köder aus Trodene. Gestern früh wurde der 15. Zug nach dem  
Untersuchungsgegenstand Alt-Moabit 12 gerufen. Ein Gefangener war  
dort anheimelnd in einem Anfall von Geisteskrankheit auf einen  
Baum geklettert. Ohne Schaden genommen zu haben, wurde der  
Rann von der Feuerwehr heruntergeholt. Ferner hatte die Feuer-  
wehr in der Genthinerstr. 112, Königgräberstr. 119, Wasserstr. 44  
und anderen Stellen zu tun.

## Vorort-Nachrichten.

### Rixdorf.

Der Rixdorfer Magistrat genehmigte die Gewährung einer  
Teuerungszulage für den vorübergehend auswärts beschäftigten Teil  
der städtischen Kanalisationsarbeiter und die allgemeine Erhöhung  
des Stundenlohnes der städtischen Arbeiter um 2 Pf. vom 1. April  
ab. Gutgehehen wurden ferner die Einteilung der Stadt Rixdorf  
in 49 Wahlbezirke, die Erweiterung des zweiten Kieselgeländes und die  
Einrichtung des Herzbergplatzes als Spielplatz.

Die Beschäftigung von Soldaten bei dem Brande des Kohlen-  
lagars in der Teupigerstraße durch den Magistrat hat viel böses  
Blut gemacht, weil die Soldaten, die doch aus Steuermitteln erhalten  
werden müssen, den freien Arbeitern Beschäftigung wegnehmen.  
Man werden uns aber Mitteilungen gemacht, aus denen hervorgeht,  
daß die Beschäftigung der Soldaten lediglich fiskalischen Rücksichten  
zufolge und zu sein scheint. Dieser Tage hatte der Rixdorfer  
Magistrat sich an die Herberge des Gewerkschaftshauses gewandt mit  
der Bitte um Zufindung von Arbeitslosen, die bei der Kohlen-  
umschlagung in der Teupigerstraße beschäftigt werden sollten. Es  
wurde ein Stundenlohn von 60 Pf. vereinbart. Als es ans Aus-  
zahlen kam, wurde den Arbeitern aber dieser vereinbarte Lohn nicht  
ausbezahlt, sondern nur 40 Pf. pro Stunde und alle Hinweise auf  
den vereinbarten Stundenlohn blieben unbeachtet. Wenn also der  
Rixdorfer Magistrat Soldaten beschäftigt, so nur zu dem Zweck,  
billigere Arbeitskräfte zu erhalten. Gegen ein derartiges Verfahren  
muß entschieden Protest eingelegt werden.

Im Stadtbahnzug verauht wurde gestern der Photograph Arthur  
Mäder aus der Hermannstr. 221. Er hatte in Schöneberg Wesam  
besucht und wollte mit der Stadtringsbahn nach Rixdorf zurückfahren.  
Während der Fahrt schlief er ein und erwachte erst wieder in  
Schmargendorf. Hier mußte er dann die traurige Wahrnehmung  
machen, daß er von einem fiederer vollständig ausgeplündert  
worden war. Die Taschenuhr samt Kette, das Portemonnaie, eine  
lederne Brieftasche mit Legitimationspapieren, eine Zigarettenspitze, ja  
selbst eine Streichholzschachtel hatte ihm der Räuber entwendet.

### Friedenau.

Das Opfer eines Raubankalles ist der Kaufmann Alex. Kaiser-  
Allee 128 geworden. Auf dem Heimwege wurde er in der Nähe  
des Wohnhauses von vier Stroldchen überfallen und durch Messer-  
schmer verlegt. Die Täter, die es auf eine Verwundung ihres Opfers  
abgesehen hatten, wurden jedoch durch hinzukommende Passanten an  
der Vollendung ihres Verbrechens gehindert. A. mußte sich in ärzt-  
liche Behandlung begeben. Die Urheber des Raubankalles sind be-  
reits ermittelt worden.

### Köpenick.

Der Polizeikommissar Jädel, der in der berühmten Köpenicker  
Hauptmannskomödie eine so klägliche Rolle spielte, ist nach zweimon-  
dreihundertjähriger Dienstzeit zwangsweise pensioniert worden. Bekannt-  
lich hat Jädel den Pseudonym Wilhelm Voigt um Erlaubnis  
erstattet, ob er das Rathaus verlassen könne, um ein Bad zu nehmen.  
Diese Haltung in einem so „kritischen“ Augenblick scheint den Vor-  
gesetzten des Polizeikommissars nicht gerade gefallen zu haben, wes-  
halb ihm anheimgelassen wurde, seine Pensionierung einzureichen,  
andernfalls würde der Regierungspräsident das Disziplinarverfahren  
gegen ihn einleiten. Der Landrat gab ihm nur vier Stunden Be-  
denkzeit. Jädel reichte sofort sein Entlassungsgesuch ein. Noch ehe  
aber sein Besuch vor die Stadterordneten-Versammlung gelangt  
war, zog er es zurück. Er wurde trotzdem vor einigen Tagen pen-  
sioniert. Hiergegen soll nun der mutige Polizeikommissar Beschwerde  
erhoben haben.

### Königs-Wusterhausen.

Ein Strafmandat gegen sich beantragt der Sanitätsrat Dr. G.,  
um hierdurch eine Aufklärung über einen Vorgang herbeizuführen,  
der leicht Veranlassung zu einer schweren Eisenbahnkatastrophe hätte  
geben können. Ende November vorigen Jahres fuhr Sanitätsrat  
Dr. G. mit einem Automobil die Königs-Wusterhausener Chaussee  
entlang und mußte bei der Station Niederlehme den Bahnhöfengang  
der Strecke Brunow-Königs-Wusterhausen kreuzen. Als sich das  
Automobil auf dem Bahnhöfengang befand, bemerkte der Chauffeur die  
Annäherung eines Personenzuges und konnte einen Zu-  
sammenstoß nur dadurch verhindern, daß er die Ge-  
schwindigkeit seines Gefährtes erhöhte. Der Wagen kam  
stopp vor der Maschine über das Gleis hinüber. Seitens  
der Eisenbahndirektion Halle ist nunmehr die Behauptung  
aufgestellt, daß der Chauffeur den Zug rechtzeitig gesehen und daß  
durch die Lokomotive gegebene Warnungssignal gehört habe. Zu

einer Berichtigenden Erklärung behauptet die Direktion, daß das Automobil bei Annäherung des Zuges die Schnellsteigbahn und eine Gefährdung, wenn solche vorlag, erst dadurch herbeigeführt habe. Sanitätsrat Dr. F. und sein Chauffeur bestreiten ganz entschieden, daß sie die Aufsicht gehabt hätten, sich überfahren zu lassen und geben der Erwartung auf Justizstrafe eines Strafmandates Ausdruck, am auf gerichtlichem Wege den Vorfall klar stellen zu können.

## Panlow.

Bekanntlich verstehen es die besitzenden Klassen, durch ihre Vertreter im Parlament sowohl wie in den Kommunen ihre Interessen, wenn auch auf Kosten anderer zur Geltung zu bringen. Die Sozialdemokratie hat zwar mit dieser Wirtschaft schon etwas aufgeräumt, die vollständige Beseitigung dieser Interessenswirtschaft infolge ihrer mangelhaften Vertretung jedoch in den Kommunen noch nicht herbeiführen können. Die Schulverhältnisse der höheren Schulen haben in den letzten Jahren derartig die Gemeinde in Anspruch genommen, daß die allgemeine Volksschule ganz bedeutend darunter gelitten hat. Während bis zum Jahre 1900 die sogenannte „höhere Anabensschule“ ein ziemlich primitives Dasein fristete, wurde die Realschule mit einem Kostenaufwande von 300 000 M. erbaut und für Erweiterungsbauten 80 000 M. ausgedehnt. Das jetzt im Bau befindliche Realschulhaus wird 500 000 M. beanspruchen, auch die bisher private Mädchenschule ist von der Gemeinde übernommen worden. Bei der Uebernahme der höheren Anabensschule wurde durch Gemeindevorstand erklärt, daß fähige Schüler der Volksschule unentgeltlich die Realschule besuchen könnten und denselben Stipendien gewährt werden sollten. Dieser Beschluß ist stillschweigend in den Ortus verfallen worden, nachdem der Schullehrer Gemeindevorstand unter Verfall erklärte, daß es immer mißlich sei, ein Kind aus seinen natürlichen Verhältnissen herauszureißen. Damit es aber den Besiegten leicht gemacht wird, ihren Sprösslingen, gleichgültig ob befähigt oder nicht, eine bessere Schulbildung angedeihen zu lassen, hat die Gemeindevertretung beschlossen, daß wenn drei Geschwister ohne Unterschied des Geschlechtes höhere Gemeindevorstande besuchen, so soll für das dritte Kind Schulgeldbefreiung eintreten. Außerdem erhalten vierte und fünfte Geschwister je eine halbe Freistelle. Ist der Kindererwerb ein noch größerer, so wird von Fall zu Fall entschieden, ob neben einer weiteren Freistelle noch freie Lehr- und Lernmittel bewilligt werden. Diese Vergünstigungen greifen indes nur für solche einheimische Kinder, deren Eltern eine Einnahme von nicht über 6000 M. jährlich haben. — Außerdem wird beschlossen, unter seinen Umständen für Volksschulen Schulgeldbefreiungen zu gewähren. Wozu auch? Während der Volksschüler pro Jahr 48 M. kostet, hat die Gemeinde für den Realschüler 86 M. zu zahlen.

# Gerichts-Zeitung.

## Einkläde in den Sumpfen des Mädchenhandels und der weißen Klaverei

gestaltete eine Anklage wegen Rupperei, die gestern den Vordellwirt Karl Brennecke aus Rährisch-Ostrow vor die zweite Strafammer des Landgerichts I führte. Auf Grund einer bei der hiesigen Polizei eingegangenen Mitteilung ließ Kriminalkommissar v. Trederow am 9. November abends auf dem Bahnhof Friedrichstraße den Angeklagten verhaften. Dieser war mit zwei Mädchen, die kurze Zeit in dem von ihm bewirtschafteten öffentlichen Hause tätig gewesen sind, hier angekommen und beabsichtigte, die Mädchen nach einem öffentlichen Hause in Lübeck zu überführen. Ein Mann in Rährisch-Ostrow, der ein gewisses Interesse für die Mädchen hatte, hatte der hiesigen Zentralstelle für die Bekämpfung des internationalen Mädchenhandels Kunde von der geplanten Verschleppung gegeben, und darauf hin erfolgte die Festnahme des Brennecke und die Ueberführung der beiden Mädchen in das Frauen-Rettungshaus, Auguststraße 60. Die Verhandlung ergab folgendes Bild: Die jetzt 21 bezw. 22 Jahre alten Mädchen sind frühzeitig zu prostituierten geworden und auf ihren Wanderfahrten in die Hände einer Vermittlerin Frau Schmidt in Travpau geraten. Durch diese kamen sie in die Sumpfen der weißen Klaverei des Angeklagten Brennecke, der in Rährisch-Ostrow ein polizeilich konfessioniertes öffentliches Haus unterhält. Sie befanden sich, wie dies bei solchen bedauernswerten Geschöpfen immer der Fall ist, bald ganz in der Gewalt des Angeklagten, der sie zunächst bei der Frau Schmidt, wo sie 7 fl. schuldig waren, ausgelöst und dann für ihre bessere Equipierung gesorgt hatte. Obgleich sie viel Geld verdienten, wuschen ihre Schulden bei dem Angeklagten laminenhaft an, und nach 14 Tagen sah die eine bei ihm schon mit 60 fl., die andere mit 90 fl. in der Kreide. Nun war in Rährisch-Ostrow in der Zeit vor Weihnachten das „Geschäft“ in solchen Häusern ein sehr mageres, und so suchte sich der Angeklagte der beiden Mädchen wieder zu entledigen. Er hatte sie auch nur als „Durchgangsware“ betrachtet. Die Vordellwirte pflegten sich gegenseitig mit „Ware“ zu versorgen, und so hatte der Angeklagte eines Tages von dem Hauswirth Paul Schilling in Lübeck, der dort im Klemenswiel ein „Logierhaus für Mädchen“ bewirtschaftet, die briefliche Aufforderung erhalten, ihm bei Gelegenheit doch zwei Mädchen zu „bringen“, da, wie es in dem aufgefundenen Briefe heißt, „er mit seinen alten Beständen aufzuräumen und frische Ware haben müsse“. Für die Ueberführung der von ihm begehrten zwei Mädchen hatte Schilling gleich den Betrag von 120 Kronen mitschickt. Der Angeklagte hielt sich in seinem Hause nur 16 bis 17tägige Ware, er mußte aber, daß er dem „Kollegen“ in Lübeck nur Mädchen bringen durfte, die über 21 Jahre alt waren, und so hielt er die beiden, mit denen er die Reife über Lübeck nach Lübeck antrat, für die geeigneten Objekte. Er rebete ihnen zu, ihr weiteres Heil in Deutschland zu versuchen und hatte sie bald bestimmt, sich von ihm nach Lübeck zu lassen. Wie die beiden Mädchen gestern vor Gericht bekundeten, hätten sie sich diesem Plane gar nicht widersetzen können, denn sie seien doch vollständig in der Gewalt des Brennecke gewesen. Für Vordellmädchen gebe es so gut wie gar kein Recht, da die Polizeibeamten den Vordellwirten gewöhnlich beiständen. Trotzdem beide Mädchen verführten, im Verkehr fleißig gewesen zu sein, hätten sie doch nie Geld, sondern immer Schulden gehabt und hätten sich nicht sträuben können, als sie der Angeklagte nach Lübeck bringen wollte. Das eine Mädchen ist sehr übrigens hier Dienstmädchen, das andere Kellnerin. — Der Angeklagte behauptete, daß der Gedanke einer Ueberführung nach Deutschland von den Mädchen selbst ausgegangen sei. Er habe aus einer Gefälligkeit für den „Kollegen“ aus Lübeck die Mädchen mit nach Berlin genommen, wo er seine hier anfangigen beiden Töchter, die er sehr lange nicht gesehen gehabt, besuchen wollte. Von Berlin hätten die Mädchen allein nach Lübeck weiter reisen sollen. Eine Vermittlungsprovision habe er von Schilling weder verlangt, noch erhalten. — Staatsanwaltschaftsrat Artelt hielt den Tatbestand der Rupperei für darlegend. Der Angeklagte habe, wie dies unter den Wirten dieser Art üblich sei, dem Schilling in Lübeck die beiden Mädchen zum Zwecke der Unzucht zuführen wollen, und er hätte sicher auch die von ihm im stillen erwartete Vermittlungsgebühr erhalten, wenn das „Geschäft“ perfekt geworden wäre. Mit Rücksicht darauf, daß dieses Treiben der Vordellwirte gemeingefährlich sei, beantragte der Staatsanwalt neun Monate Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust. — Rechtsanwalt Bahm beantragte die Freisprechung. Die Tatsache, daß der Angeklagte Vordellwirt sei, dürfe nicht entscheidend ins Gewicht fallen. Der Angeklagte sei doch in Letztverfolg von der l. l. Polizei konfessioniert, er wisse, daß auch in Deutschland, nämlich in Hamburg, in Lübeck und auch unter den Augen des Reichsgerichts Vordelle bestehen, und deshalb habe ihm bei seinem Vorhaben der Dolus gefehlt. Gemohnheitsmäßig habe er seinen Handel durch Vermittlung und Bewährung von Gelegenheiten. Der Eigennutz bestehe in der Erhaltung der bereits stehenden Einnahmequellen als Vordellwirt, auch habe der Gerichtshof gemohnheitsmäßig Handeln für zweifellos vorliegend. — Der Antrag des Angeklagten, ihn gegen 8000 M. Kaution aus der Haft zu entlassen, wurde abgelehnt.

## Der Tod auf der Straßbahn.

Welche schweren Pflichten den so gering beforderten Wagenführern obliegen, zeigt die nachfolgende am Mittwoch vor dem Reichsgericht verhandelte Strafsache. Wegen fahrlässiger Tötung ist am 28. November 1905 vom Landgericht II in Berlin der Referendar Friedrich Wilhelm Schmidt zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden, während der Mitangeklagte Haffelmann freigesprochen wurde. Als Angefallener der Großen Berliner Straßbahn hatte S. für den defekten Wagen des H. diesem einen Ersatzwagen zuzuführen. Beide Wagen trafen sich auf der eingeleitigen Straße und hielten drei Meter von einander entfernt. Dann sollten die Wagen gewechselt werden. Den defekten Wagen sollte S. wieder nach Berlin zurückfahren. Als er den Wagen fahren ließ, bewegte er sich aber nicht nach Berlin, sondern nach Plohensee zu. S. hielt ihn noch ruck an. Auf seine Veranlassung machte sich B. (der Getöte) zwischen beiden Wagen zu schaffen, insbesondere an der Kurbel des Kraftwagens, um sie abzunehmen. Dabei stellte er sich aber versehenlich auf Kraft und der Wagen bewegte sich auf den anderen zu. Anstatt aus dem Gleise herauszuspringen, drehte B. an der Kurbel weiter und kam zwischen beide Wagen, die beim Zusammenstoß ihm den Unterkörper zerstückelten. Er starb nach längerem Leiden und weil er — wie es im Urteile heißt — sich nicht operieren lassen wollte, im Krankenhause. Die Schuld es an dem Tode des B. wurde dem Gericht durch den Angeklagten Schmidt abzuwehren versucht. Er behauptete, daß er die Kurbel seines Wagens nicht, wie er verpflichtet war, vorher abgezogen hat. Schmidt hat in der Eile vergessen, die Kurbel abzuziehen. — Auf die Revision des Angeklagten Schmidt hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Es wurde nicht als genügend festgestellt erachtet, daß S., indem er die Kurbel abzunehmen vergaß, sich einer Fahrlässigkeit schuldig gemacht hat.

## Schadenersatzpflichtung wegen Unterlassens im Hof bei Glatteis zu streuen.

Das Dienstmädchen H. in Sebnitz in Sachsen kam am 7. Februar 1902 frühmorgens insofern Glatteis zu Fall, als sie den Hof des Beklagten, in dessen Hause sie bei einer Familie in Stellung war, betreten wollte, um Aiche wegzutragen. Für die ihr aus dem Unfall entstandenen Nachteile macht sie den besagten Hausbesitzer verantwortlich, da dieser es unterlassen habe, im Hofe abtupfendes Material zu streuen. Sie führt dazu aus, daß der Beklagte die Streupflicht vorzüglich verachlässigt habe, indem er sich zu einem Hausbewohner äußerte: „Worn habe ich gestreut, wer sich hinten hinsetzt, setzt sich auf seinen eigenen Hintern.“ Der Beklagte bestreitet dies jedoch und macht hauptsächlich geltend, daß es in der Gegend üblich sei, daß die Dienstmädchen selbst für die Streuung sorgen. Auch habe die Klägerin die Glätte gesehen, als sie die Hoftür öffnete, und war es ihr eigenes Verschulden, wenn sie den Hof betrat, ohne vorher etwas hinzustreuen, was sie sehr bequem hatte, da sie Kehricht und Aiche in den Hof schaffen wollte.

Das Landgericht wog und das Oberlandesgericht Dresden nahmen übereinstimmend an, daß sich aus der Polizeiverordnung und der Lokalverordnung für Sebnitz eine Verpflichtung des Beklagten zur Beseitigung der Glätte in seinem Hof nicht herleiten lasse. Beide nahmen eigenes Verschulden der Klägerin an und erkannten deshalb auf Abweisung der Schadenersatzklage. Das Oberlandesgericht Dresden führt dazu aus, daß der Beklagte überhaupt von jeder Schadenersatzpflicht frei sei, auch wenn er schuldhaft das Streuen unterlassen hätte!

Dieser eigentümlichen jegliche Rücksichtnahme auf seinen Nebenmenschen verkennenden Rechtsanschauung verordnete das Reichsgericht nicht beizutreten. Es führte aus, es könne nur so wenig einer Bestrafung des Beklagten von jeder Schadenersatzpflicht eintreten, wenn die von der Klägerin aufgestellten Behauptungen über das mutwillige Unterlassen des Streuens im Hofe auf Wahrheit beruhen sollten. Infolgedessen wurde das oberlandesgerichtliche Urteil aufgehoben und die Sache zur Prüfung nach der angegebenen Richtung hin noch einmal an das Oberlandesgericht Dresden zurückverwiesen.

## Berteilen von Boykottzetteln auf der Straße.

Der Genosse Mantle und weitere vier Genossen aus Dresden hatten ohne polizeiliche Erlaubnis auf der Straße an Passanten Zettel verteilt, auf denen zur Weidung gewisser, von der organisierten Arbeiterkassette boykottierter Lokale aufgeföhrt wurde. Sie wurden vom Landgericht wegen Uebertretung des § 10 des preussischen Pressgesetzes verurteilt. Das Landgericht meinte: Allerdings wäre mit dem Kammergericht anzunehmen, daß § 10 des preussischen Pressgesetzes durch den § 30 des Reichs-Pressgesetzes hinsichtlich des öffentlichen Verteilens von Druckschriften nur insoweit aufrechterhalten sei, als er von einer polizeilichen Erlaubnis abhängig mache die unentgeltliche Verteilung von Kupfuren, Plakaten und Bekanntmachungen. Es würde also nicht darunter fallen eine entgeltliche Verteilung, das heißt eine Verteilung, für die der Auftraggeber ein Entgelt zahlt. Nun behaupteten die Angeklagten zwar, von der örtlichen Partei etwas bekommen zu haben. Inzwischen sei nach der Ueberprüfung anzunehmen, daß keiner der Angeklagten von vorn herein etwas erhalten habe und daß einzelnen ganz erheblich später zwar eine Kleinigkeit gegeben worden sei, aber lediglich zu dem Zwecke, um sie vor Strafe zu bewahren, nicht als Entgelt. Das Gericht sei fest überzeugt, daß alle Angeklagten nur im Interesse der Partei die Zettel verteilt hätten, ohne auch nur an eine Vergütung zu denken. Sie hätten einer polizeilichen Erlaubnis bedurft, denn die Zettel mit der Aufforderung, bestimmte Lokale zu meiden, stellten sich als Kupfuren dar.

Die Angeklagten legten Revision ein und machten geltend, das Landgericht habe den Begriff der Entgeltlichkeit und den des Auftrags verkannt. — Das Kammergericht verwirft aber das Rechtsmittel. Es scheidet an den tatsächlichen Feststellungen, auf die § 10 des preussischen Pressgesetzes in der durch das Reichspressgesetz erhaltenen Fassung ohne Rechtsirrtum angewendet worden sei.

Bekanntlich ist das Verbot des § 10 des preussischen Pressgesetzes für die Zeit des Wahlkampfes durch § 43 der Gewerbeordnung, Absatz 4 und 5, außer Kraft gesetzt.

## Kontraktbrüchige Unterscheifer beleidigen die Richter.

Wegen Beleidigung ist am 17. Oktober 1905 vom Landgericht I der Guttsbesitzer Gustav Herrendorf zu 200 M. Geldstrafe verurteilt worden. Er war von einem entlassenen Schweizer wegen grundlos erlassener Verhaftung verklagt und vom Amtsgericht seinem Vertragsbruch entsprechend verurteilt worden. Gegen das Urteil machte der Angeklagte eine Eingabe an den Landgerichtspräsidenten, in welcher er das Urteil scharf kritisierte, besonders aber den Amrichter, der es gefällt hatte, stark mißtraute. Das Landgericht hat dem Angeklagten den Gehalt des § 193 im weitesten Maße zugestanden, aber angenommen, daß er durch die gewählte Form den Amrichter beleidigen wollte. Es ließ in der Eingabe: „Im Darausfolgenden hinter dem preussischen Adler lasse der Amrichter seine Amtspflicht außer Acht“, ferner: „Das kommt davon, wenn Richter das Gesetz über die Sitten stellen, und ungebildete Richter schieben, wenn Läden sich aufstun, wieder die Ohren am Verge“. — In der Revision des Angeklagten gab der Verteidiger zu, daß der Ton der Eingabe sehr scharf sei, er meinte aber, aus dem konfusen Schriftstück lasse sich nicht entnehmen, daß der Angeklagte sich der Beleidigung bewußt war. Das Reichsgericht erkannte am Mittwoch auf Verwerfung der Revision des „Konfusianer“ Agrars.

## Straßlozes Töten eines Bauern durch ein Automobil.

Am zweiten Tage der vorjährigen Herkomer-Konkurrenz (Klappe München-Ling) ereignete sich bei Badbergen ein Unfall, der den Tod eines Bauern zur Folge hatte. Frhr. v. Hirsch fuhr am Donnerstag, 7. Juni, in aller Frühe nach Salzburg, um die Rollabfertigung der später über die Grenze kommenden Motorfahrzeuge der Konkurrenten vorzubereiten. Bei Badbergen passierte er den Einpänner eines Bauern, dessen Pferd, nachdem das Auto schon vorüber war, einen Seitensprung machte, infolgedessen der abspornende Bauer so unglücklich unter die Räder kam, daß er an den erhaltenen Verletzungen starb. Auf Grund des eingeleiteten Strafverfahrens und der hierdurch bedingten Zeugenvernehmungen hat am 19. November v. J. die Strafkammer des Landgerichts Traunstein beschlossen, das Verfahren gegen Frhr. v. Hirsch unter Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse einzustellen. Die hiergegen eingelegte Beschwerde des Staatsanwalts hat der Strafsenat des obersten Landesgerichts verworfen und dem Urteile der Strafkammer des Landgerichts Traunstein zugestimmt. Das Gericht geht davon aus, der Unfall habe sich auf der Staatsstraße, die von Automobilen viel frequentiert wurde, ereignet. An jenem Tage waren anlässlich der Herkomer-Konkurrenz sehr viele Motorwagen zu erwarten; das sei in allen Orten belangig geworden. Der Bauer hätte also mit seinem scheinbar doppelt vorständig sein müssen. Jedenfalls treffe den Automobilbesitzer kein Vorwurfs. — Die agrarische Weidbarkeit des aufgelösten und von der Regierung erwarteten neuen Reichstages widerlegte sich mit allen Kräften gegen eine auch nur zivilrechtliche Haftung für durch Automobile angerichtete Schäden.

## Vermischtes.

Durch den Untergang der Hamburger Bark „Nordwind“ an der englischen Küste ist eine Berliner Kaufmannsfamilie in tiefe Trauer versetzt worden. Die Bark scheiterte, wie bereits gemeldet ist, am 16. Dezember 1906 in der Nähe der Heilandsinseln, wo sie auf Riffe getrieben worden war. Die Besatzung versuchte sich dadurch zu retten, daß sie die Brandung, die für Boote unpassierbar war, durchschwamm. 17 Mann gelang dies, während der Kapitän, der Schiffszimmermann und der Schiffsjunge Großmann den Tod fanden. Er wurde bei dem Durchschwimmen der Brandung gegen ein Riff geschleudert und sein Körper buchstäblich zerquetscht. Seine Leiche sowie diejenige der beiden anderen Ertrunkenen sind in die See hinausgetrieben.

28 Verletzte. An dem Eisenbahnunfall bei Terracota wird noch gemeldet: Beide Hüge stießen in voller Fahrt aufeinander, mehrere Wagen wurden völlig zertrümmert; ein Teil davon fing Feuer, ohne daß es möglich war, den unter den Trümmern liegenden Verletzten Hilfe zu bringen. Fünf Wagen verbrannten völlig. 28 Verletzte sind nach Terepoce gebracht worden.

Seehelben. Das Rettungsboot „Anke“ der Insel Wight war, wie aus London gemeldet wird, vorgestern bei hohem Seegange ausgefahren und kenterte. Kein Mann der Besatzung hielt sich krampfhaft am Kiel des Bootes fest. Nach fünf Stunden waren zwei derart ermattet, daß sie losließen und in den Wellen untergingen. Die übrigen sieben konnten kurz darauf von einem anderen Rettungsboot geborgen werden.

Schiffsbrand. In Farjund (Norwegen) entstand auf dem Dampfer „Rindholmen“ gestern vormittag Feuer im Schiffsalon; da es sich als unmöglich erwies, den Brand zu löschen, feuerte man auf Lister zu, wo das Schiff auf Grund gesetzt wurde. Weber das Schiff, noch die Ladung sind zu retten. Ein Kellner und zwei Passagiere wurden vermißt; man nimmt an, daß alle drei verbrannt sind. Auch die gesamte Post ist verbrannt.

Ein Schiffszusammenstoß ereignete sich, wie aus Antwerpen gemeldet wird, gestern in der Nähe von Nieuport. Dort stießen die beiden englischen Dampfer „Boston“ und „Thurland Castle“ zusammen. Beide Fahrzeuge erlitten schwere Havarien.

Erdstöß. In Belgien wurden der Wäldermeister Ogmanovic, dessen jähriger Sohn sowie 2 Gefellen morgens in der Bodstube tot aufgefunden. Das Unglück ist auf mangelhaftes Funktionieren des Badofens zurückzuführen.

In St. Winguib wurden drei Personen, ein altes Ehepaar und dessen 16-jähriges Dienstmädchen, ersticht im Zimmer aufgefunden. Das Unglück ist durch das schlechte Funktionieren der Zentralheizung verursacht worden.

Großfeuer. In Portsmouth brach vorgestern Nacht gegen 11 Uhr in verschiedenen Vorratsmagazinen in der Nähe des Arsenalts Feuer aus, das, durch einen heftigen Wind angefaßt, sehr bald eine bedrohliche Haltung annahm. Nachdem die Truppen alarmiert und von den im Hafen befindlichen Schiffen Feuerlöschabteilungen mit Spritzen auf dem Brandplatz erschienen waren, gelang es gegen 3 Uhr morgens dem Feuer Herr zu werden. Von den in den Magazinen lagernden Ausrüstungsgegenständen eines Armeekorps sind Sachen im Werte von vielen tausend Pfund Sterling vernichtet worden.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der hiesigen Marktschranken-Direktion: (Großhandel) Rindfleisch Ia 70-75 pr. 100 Wd., Ia 64-69, Ia 58-63, IVa 50-56, Kalbfleisch, Doppelländer 120-135, Ia 92-100, Ia 80-90, IIIa 65-78, fette 56-62, Hammelfleisch Ia 67-75, Ia 62-65, Schweinefleisch 57-66, Rehwild Ia pr. Wd. 0,90-0,70, Ia 0,40-0,58, Rothwild Ia 0,98-0,48, Ia 0,85, do. Hahnen 0,40-0,45, Damwild 0,40-0,55, do. Kaffee 0,45-0,65, Wildgänse 0,30-0,45, Brühlinge 0,40-0,65. Gehen per Stück 2,00-3,00, do. Heim und Ia 2,00-2,50, Spanische per Stück 0,70-0,90, Wüsten per Stück 1,25-1,50, Gänse, alte per Stück 1,50-2,20, do. Ia 1-1,40, do. junge per Stück 0,80-1,40, Tauben per Stück 0,35, junge keine 0,00, Hal. 0,00, Enten per Stück 1,50-2,00, Hamburger junge per Stück 3,00, Gänse, Oberbrücker, per Wd. 0,45-0,60, do. Ia per Stück 0,00, Ia 0,00, Gänse per 100 Wd. 90-100, mast 88, Gänse 0,00, Gänse unsortiert 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00, Gänse 0,00, Gänse, groß 0,00, mittel 0,00, klein 0,00, unj. 0,00, Wüsten 45-46, Krupfen 25-30er 0,00, do. 30-35er 0,00, do. unsort. 0,00, Reis 50-70er 0,00, Schilf 0,00, Farne 50, Karawangen 0,00, Pfeffer 0,00, Weis 0,00, Bunte Fische 0,00, Amerikan. Waage Ia neuer per 100 Wd. 110-130, do. Ia neuer 90-100, do. IIIa neuer 75, Speiseöl 20-25, Sprossen, Mehl, Weis 0,75-1,25, Dampfer, Weis 0,60-0,90, Alundern, pomerische Ia, per Schof 0,90, do. pomerische IIa 0,00, Mehl, Ebge Ia 4-6, do. mittel der Riste 2-3, Hamb. Siege 4-5, halbe Riste 1,50-2, Sädlinge, per Ball Mehl 3,50-5,00, Straßländer 0,00, Weis, groß per Wd. 1,10-1,30, mittelgroß 0,80-1,00, klein 0,60-0,80, Deringe per Schof 4-5, Schmalz Riste 4,00, do. Ia, Riste 2,00, Kaffee, p. 100 Wd. 20-25, Heilbut 0,00, Carbellin 1900er per Wd. 95, 1904er 96, 1905er 93, 1906er 78-75, Schottische Wollseide 1905 0,00, large 40-44, full 38-38, med. 35-42, deutsche 37-44, Deringe, neue Ratjes, per 1/2, Ia. 60-120, Sirben, russ. Rab 1,50-1,60, Bratlinge, Rüste (4 Liter) 1,50-1,75, Remanen, Schofah 11, keine 5-8, Meisen 14, Hummern, keine, per Wd. 0,00, Krebse, per Schof, große 0,00, mittel 0,00, keine 0,00, unsort. 4,60, Galtier, groß 0,00, mittel 0,00, Tier, Land, per Schof 4,00-5,50, Butter per 100 Wd. Ia 121-124, Ia 117-120, IIIa 114-117, abfallende 90-100, Saurer Gurken Schof 3,50-4,00, Pfeffergurken 3,50-4,00, Karthoffeln per 100 Wd. 0,00, magnum bonum 2,10-2,25, Daberscht 2,10-2,25, Hasen 0,00, weis 1,75-2,00, Solatkarstoffe 5,00-6,00, Spinat per 100 Pfund 20-25, Karotten per 100 Pfund 10-12, Sellerie, hiesige, per Schof 4,00-5,00, do. pomerische 4,00-5,00, Zwiebel, große, per 100 Pfund 3,00-3,50, do. kleine 2,00-2,25, do. hiesige (Berl.) 0,00, Charlotten 0,00, Petersilie, grün, Schof und 2,00, Knoblauch per Schof 0,00, Mehl, bayr., per Schof 2,40-4,00, Rabieschen per Schof und 0,00, Salat, per Schof 0,00, do. Escarole, per Mandel 0,00, do. Endivien 0,00, Rottkräuter per 100 Pfund 2,50-4,50, Letzterer Raben per 100 Wd. 8-10, Heis Raben, große 2-2,50, kleine 5-6, Rote Raben 1,50-2, Blumenkohl, holl. per Kopf 0,00, Hal. per Kopf 0,00, Wirtungstief per Schof 3,00-6,00, Kaffee, p. 100 Wd. 95, 1904er 96, 1905er 93, 1906er 78-75, Karthoffeln 100 Wd. 25-35, Grünkohl per 100 Wd. 5-10, Schnittlauch 12 Töpfe 0,00, Rüberrüben, Schof 2-3, Rüberrüben 0,00, Birnen, per 100 Pfund, hiesige 7-10, hiesighe 8-10, Mehl, per 100 Wd. hiesige 3-90, Weizenklein 0,00, Krieler in Rüssen 0,00, Riste 32-34, Amerik. 15-30, Weizenhülse per 100 Wd. 0,00, do. runderhülse 0,00, do. franz. Cornes 22-25, Baronsmehl 0,00, Oafelmehl lange 40-42, runde 0,00, Bittern, Weis, ma 500 Stück 8,00-10,00, 300 Stück 7,00-9,00, 200 Stück 6-13, Pfefferminn, Zoffa, per Riste 8-14, Rucola 200er per Riste 6-10, dr. 300er 7-11, Valencia 420er per Riste 11,70-20, do. 714er 17-23.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Sonntag, den 6. Januar 1907, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus, Rosenstr. 3.

## Anfechtliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Aufsperrung in der Holzindustrie und Anträge der Ortsverwaltung.
  2. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.
- Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.
- Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
- Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Zimmer 34, Amt 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9679.

Sonntag, den 6. Januar 1907, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1.

## Versammlung der Bauanschläger.

Tages-Ordnung:

1. Bericht und Neuwahl der Branchenkommision.
2. Verbands- und Branchenanliegenheiten.
3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Die Ortsverwaltung.

## Kraftdroshkenführer.

Heute Freitag, den 4. Januar, vorm. 9<sup>1/2</sup> Uhr im Gewerkschaftshaus (Saal IV).

## Versammlung.

Tages-Ordnung:

- Berichterstattung über den Stand der Aufsperrung.
- Pünktliches und vollständiges Erscheinen ist notwendig.
- Streichkarte legitimiert.

## Automobilführer und solche die es werden wollen.

Heute Freitag, den 4. Januar, abends 9 Uhr, in Kellers Festsaal, Koppenstraße 29.

## Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Wahrheit über die Chausseeschulen und welche Mängel haben dieselben im Geolge.
  2. Die Aufsperrung der Kraftdroshkenführer und die von den Unternehmern vorgenommene Lohnreduzierung von 33<sup>1/2</sup> Proz.
- Zu dieser Versammlung sind sämtliche Automobilführer, Lehrlinge sowie sonstige Interessenten ganz besonders eingeladen.

## Tischler-Verein (E. N. 89)

Sonabend, den 5. Januar, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, Melchiorstraße 15.

## Versammlung.

Vereinsangelegenheiten. Aufnahme neuer Mitglieder.

Der Vorstand.

**Handbuch f. sozialdemokratische Wähler**  
anlässlich der Reichstagsauflösung 1906  
herausgegeben vom Parteivorstande:  
Preis broschürt 1,50 M., gebunden 2 M.  
Unentbehrlich für jedermann, der anlässlich der bevorstehenden Wahlen gut orientiert sein will.  
Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

# Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Sonabend, den 5. Januar 1907: Schönhauser Vorstadt.

## Theater-Vorstellung

zum Besten des Wahlfonds  
Berliner Prater-Theater, Kastanien-Allee No. 7-9.

### Der Hüttenbesitzer.

Entree 30 Pf. Anfang 8 Uhr.  
Tische und Stühle dürfen nicht reserviert werden.  
Kassenerverkauf findet nicht statt. Billets sind nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches bei den Bezirksfahrern und in der Parteipost von Karl Mars, Lychnenstr. 123, zu haben.

## Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Deutschlands. X X Zweigverein Berlin u. Umgegend.

### Achtung!

Allen Gruppen wie Sektionsmitgliedern zur besonderen Kenntnis, daß die Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstage stattfindet, dieses jedoch nur in den Bezirksversammlungen laut Wahlreglement erfolgt. Aus diesem Grunde ist es daher notwendig, daß die Mitglieder der Gruppen und Sektionen die Versammlung ihres Bezirkes besuchen. Alles Nähere wird in den betreffenden Bezirksversammlungen bekanntgegeben. Der Zweigvereinsvorstand.

Wegen Besuchs wirksamer Agitationschriften zu den bevorstehenden Reichstagswahlen wende man sich an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 und verlange Spezialofferte.

## Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. — Sektion der Püger.

Sonntag, den 6. Januar 1907, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Neujahrsgruß des Gesangsvereins der Püger. 2. Jahresbericht des Vorstandes. 3. Konfirmierung der Kandidaten zum 9. Verbandstag. 4. Innere Vereinsangelegenheiten.  
In Hinblick auf die wichtige und reichhaltige Tagesordnung, ersuchen wir die Mitglieder, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.  
Die örtliche Verwaltung. J. N.: H. Neumann.

**Liebhabe**  
eines zarten reinen Gesichts mit rosigen jugendlichen Aussehen, weißer sammetweicher Haut und blendend schönem Teint, gebrauchen die allein echte **Starkennord-Lilienmilch-Seife** von Bergmann & Co., Radebeul-Dresden  
Schutzmarke Steckepferd, à St. 50 Pf., überall vorräthig.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15: Sitzung der Ortsverwaltung.

## Verband der Sattler

Ortsverwaltung Berlin.

Die nächsten Branchen-Versammlungen finden an nachfolgenden Tagen statt:

- Geschirrbrenner: Mittwoch, den 6. Januar.
  - Treibriemenbranche: Montag, den 7. Januar, bei J. Wohlfahrt, Rosenhallerstr. 57.
  - Taschen, Koffer- und Galanteriebranche: Donnerstag, den 10. Januar.
  - Militärbranche: Sonnabend, den 5. Januar.
  - Vinolenleger und Teppichnäher: Donnerstag, 10. Januar.
  - Wagenbranche: Donnerstag, den 10. Januar.
  - Eisenmöbel-Branche: Donnerstag, den 10. Januar.
  - Sektion Charlottenburg: Montag, den 7. Januar, im Volkshaus, Rosenstr. 3.
- Zahlreichen Besuch dieser Branchenversammlungen erwartet  
Die Ortsverwaltung.
- Sonabend, den 26. Januar 1907, in den Gesamträumen der Brauerei Friedrichshain, Am Königsplatz 18-23:

## Großes Alpen-Fest

Origl. Bayr. Kapelle unter Leitung ihres Dirigenten, Ehrengruber“ Zillertaler Jodler- und Schuhplattler-Gesellschaft. Alpenrutschbahn. Alpenglühn. Orig.-bayrische Bedienung.

Billet im Vorverkauf 60, an der Abendkasse 70 Pf.  
Anfang 8<sup>1/2</sup> Uhr.  
Die Festteilnehmer werden gebeten, möglichst in dem Charakter des Festes entsprechende Kostüme (auch humoristische) zu erscheinen. — Billets sind bei den Bezirksverwaltungsstellen sowie im Bureau zu haben.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Das Komitee.  
J. N.: F. Habermann, Waldemarstr. 67.

**Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein**  
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“

Touren zum 6. Januar:  
3. Abt.: Radm. 1 Uhr „Zur Verle“ von Tegel. Start: Maximsendplatz.  
4. Abt.: Radm. 2 Uhr nach Hirschgarten (Waldheimhof). El. Kastrup.  
7. Abt.: Radm. 3 Uhr am Start „Rößlerhof“ bekannt gegeben.

Montag, den 7. Januar, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, Markgrafstr. 88: Vorstand- und Fahrwart-Sitzung.

**Beste Bettenkilling**  
sind die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, echt chinesischen **Monopoldaunen**  
(jeftl. gefüllt) Pfund Mt. 2,50. 2-4 Pfund gefüllten 1 gr. Oberbett. Best. geg. Nachnahme. Versandpost frei.  
Gustav Lustig  
Berlin S. Prinzenstr. 46  
Bestes Bettfedern-Geheimgeheimnis Deutschlands.

Die Muskel- und Knochenbildung der Säuglinge bleibt bei Kindern mit englischer Krankheit und Skrofulo oder auch schon bei ungelangter Nahrung, besonders bei zu reichlicher Nahrung im frühen Alter im Rückstände. Der Zusatz von Rinfes Kindermehl zu der dem Alter entsprechend verdünnten Kuhmilch macht nicht nur die durch ihre im Magen des Kindes bewirkte feinstkörnige Gerinnung leichter verdaulich, sondern erhöht durch seinen Gehalt an leicht verdaulichen Eiweiß- und Mineralstoffen auch den Nährwert der Kuhmilch und wirkt in günstigster Weise auf den Anstieg des Muskelgewebes und die Knochenbildung. Bei Skrofulo und Skrofulo ist Rinfes Kindermehl ein ausgezeichnetes Nahrungsmittel zur Unterstützung der spezifischen Behandlung mit Phosphorlebertran usw.

# Kleine Anzeigen

**Jedes Wort 10 Pfennig.**  
Das erste Wort (festgedruckt) 20 Pf. Stielgesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (festgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

**Verkäufe.**  
Gardinenband Große Frankfurterstr. 9, parterre. 14  
Leppische mitfordenlehrenfabrik-leberlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 11  
Leppische! (leberhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Leppischlager Brunn. Oederstr. Markt 4, Salzdorf Seite. 208/14

**Möbelverkauf.** Ballstraße 80/81.  
Muschelbiederpfend, Muschelbieder 29  
Karl, Ausgüchlich 17, Schlaffola 38,  
Wellerstraße 12, Walsenstraße 4,50,  
Säulenstranau 30, Muschelbiederstellen,  
Katraken und Rühlisen 39, Garde-  
robenstran 38, Büßgarnitur,  
Scheibliche, Bücherpfend, Anleide-  
henal, Maßschloße 21, Tischschloße,  
anzelsoße, Büßschmüdel, ganze Ein-  
richtungen, auch Teilzahlungen. 478

**Monatshaus und Winter-  
aufeis** von 5,00, Joppen von 4,50,  
Hosen von 1,50, Gedruckt von  
2,00, Frack von 2,50, sowie für  
verwandte Figuren. Neue Garderobe  
an stannend billigen Preisen, aus  
Glanztücheln verarbeitete Sachen kann  
man am billigsten bei Nab. Kall-  
straße 14. 6248

**Federbetten, breiter Stand, 20  
Mark, auch Bettfelle. Dresden-  
straße 38, vorn II. 410**

Genauvolliger Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

**Spottbilligste!** Winterpaletts,  
Winteranzüge, Bettentwurf, Bälge-  
stüde, Taschenrechner, Wanduhren, Wa-  
gungsbücher Wandtafelwand Uhren-  
weg neuzeitlich. 191/3

**Zwei große Bekleidungen 240, Beit-  
bezug nebst zwei Kopfstücken 3,95,  
Damenhemden mit gestrichelter Wäsche  
1,25, Herrenhemden 1,25, Normal-  
wäsche, Arbeiterhemden, ausgegünstigt-  
lich billig. Maßschneiderei Salomonstr.  
Dresdenerstr. 21, Alexanderplatz.**

**Reparatur verkauft** Bienen-  
straße 36. 784  
**Reparatur, gutgehend, wegen  
Todesfall billig zu verkaufen.** Rühl-  
straße 60. 784  
**Nahmaschinen!** Vergüte bis 15,00,  
wer Teilzahlung kauft oder nach-  
weist. Sämtliche Systeme. Brauer,  
Lütznerstraße 20, Lager. 7123

**Verschiedenes.**  
Barentsbaufest Bessel, Göttinger-  
straße 94a. 9278  
Kigdor, Brules, Jellide, Kne-  
bedstraße 113, Restaurant, Garten,  
Bereinszimmer, Parkett (600 Ver-  
lenen). Sonntags Ball. 4116

**Kaufschloßerei von Frau Kollan,  
Charlottenburg, Goethestraße 84, I. •  
Tanzunterricht!** Gruppe, Linden-  
straße 16, Sonntagstunten zweimonat-  
lich, Herren 4,00, Damen 3,00 (monat-  
lich). Vorortbewohnern Schnelldre-  
he. 2153

Insistententil veranlt.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vordere

**Stellenangebote.**  
Herbstschlosser, tüchtiger, erfahrener,  
mit guten Zeugnissen, der einer  
Schloßerei nachsehen kann, gesucht.  
Offizier V 5, Expedition des „Vor-  
wärts“. 704b  
Fahrgemacher verlangt Weiß,  
Dieffenbachstraße 33. 706b

**Achtung! Achtung!**  
**Klavierarbeiter!**  
Über die Pianofabrik Bell &  
Co., Andreasstr. 32 und Grüner  
Weg 79, die unter der Firma  
Neugebauer Nachf. Arbeit-  
stoffe liefert, ist nach 14mögigem  
Streik die

**Sperre dauernd**  
verhängt. 141/16  
Zuzug streng fernhalten.  
Vereinigung der Musikinstrumenten-  
arbeiter.

**Achtung, Töpfer!**  
Die gepörrte Firma  
A. H. Berndt & Co. in Wilms-  
dorf, Dillendammstraße 15, führt jetzt  
folgende Bauten aus:  
Stegalin, Gubertus, Ecke Schlo-  
straße!  
Charlottenburg, Pernburgstr. 47  
und Quarestr. 3:  
dieselben sind strengstens zu meiden,  
sämtliche Bauhandwerker werden er-  
sucht dieses zu beachten. 212/3  
Die Verbandsleitung.

**Messerschmied,**  
ber selbständig auf Reparaturen und  
Schleiferarbeiten kann. Dauernde  
Beschäftigung, guter Lohn.  
**D. Müller,**  
Refferschied,  
Hannover, Marktstraße 55.

Im Arbeitsmarkt durch  
besonderen Druck hervorgehobene  
Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.  
Auf sofort ein tüchtiger  
**Messerschmied,**  
20/4  
ber selbständig auf Reparaturen und  
Schleiferarbeiten kann. Dauernde  
Beschäftigung, guter Lohn.  
**D. Müller,**  
Refferschied,  
Hannover, Marktstraße 55.